

K1 Lebensgrundlagen erhalten

Antragsteller*in: .

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 Lebensgrundlagen erhalten

2 Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist die Aufgabe unserer Zeit.
3 Denn die Klimakrise und das Artensterben sind längst auch in Nordrhein-
4 Westfalen angekommen, sie finden direkt vor unserer Haustür statt. Wer Klima und
5 Umwelt schützt, schützt auch unsere Freiheit und die der nachfolgenden
6 Generationen.
7 Wenn wir jetzt entschlossen handeln, können wir die schlimmsten Auswirkungen der
8 Klimakatastrophe und des Artensterbens noch abwenden. Dafür braucht die Klima-
9 und Umweltpolitik NRW einen echten Neustart.
10 Sehr viele Menschen in NRW sind schon längst weiter als die Landesregierung: Es
11 sind die vielen Millionen, die beispielsweise eine Solaranlage oder Teile davon
12 besitzen; all diejenigen, die Produkte aus der Region kaufen, verstärkt Rad, Bus
13 und Bahn benutzen und für einen starken Klimaschutz auf die Straße gehen. Sie
14 alle verdienen Unterstützung in ihrem Engagement durch einen von Bundes- und
15 Landespolitik gestalteten Rahmen, der eine klimaneutrale Gesellschaft
16 tatsächlich möglich macht.
17 Im Klimaschutz steckt eine riesige Chance für einen sozialen und ökologischen
18 Wandel, der das Leben in Nordrhein-Westfalen für alle verbessern wird. Ein
19 klimagerechter Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit, neue und zukunftsfähige
20 Arbeitsplätze, intakte Natur und eine höhere Lebensqualität in der Stadt und auf
21 dem Land sind unsere Leitplanken.
22 Dieser Wandel geht nur mit einer mutigen Politik, die Vorsorge und Verantwortung
23 endlich großschreibt und nicht im Reparatur-Modus verharrt. Mit einem
24 Klimaschutz-Sofortprogramm schlagen wir jetzt die Pflöcke ein, um unser Land bis
25 2040 klimaneutral zu machen und auf den 1,5°C-Pfad des Pariser Klimaabkommens zu
26 kommen. Der Kohleausstieg bis 2030 gehört genauso zu unserem Plan wie ein
27 Industriepakt mit der Wirtschaft und einem Klimavorbehalt für alle
28 Landesgesetze. Mit Sonnenenergie von jedem geeigneten Dach und Rückenwind für
29 die Windenergie machen wir NRW zum Vorreiter bei den Erneuerbaren Energien. So
30 schaffen wir zehntausende sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze.
31 Wir machen das Unterwegssein im Land einfach, sicher, umweltfreundlich und für
32 alle bezahlbar. Gleichzeitig sorgen wir dafür, dass unsere Mobilität nicht
33 weiter das Klima aufheizt, lärmt und die Luft in unseren Städten verschmutzt.
34 Für Fahrräder und Fußgänger*innen gibt es mehr Platz. Dörfer und auch abgelegene
35 Regionen binden wir endlich an Bus, Bahn und vernetzte Mobilitätsangebote an.
36 Grüne Oasen in der Stadt spenden auch im Sommer Schatten und sorgen für frische
37 Luft. Und auch die Industrie wird durch den Umstieg auf erneuerbare Energien und
38 konsequente Kreislaufwirtschaft leiser, sauberer und effizienter. Von Dürre und
39 Borkenkäfern gezeichnete Wälder ergrünen wieder als widerstandsfähige und
40 klimaangepasste Mischwälder. Mehr Platz für Tiere in den Ställen sorgt für mehr
41 Tierwohl, besseren Klimaschutz und gesündere Nahrungsmittel. Die Landwirte
42 erhalten faire Preise für ihre Produkte und einen Ausgleich für die Leistungen,
43 die sie für Umwelt- und Klimaschutz und damit für uns alle erbringen. Wir geben

44 der Natur wieder mehr Raum, holen die Schmetterlinge zurück in unsere Gärten und
45 Parks und die Bienen wieder zurück auf die Felder. Zu diesem Zweck setzen wir
46 die Forderungen der Volksinitiative Artenschutz um und reduzieren den
47 Flächenverbrauch ebenso wie den Pestizideinsatz.

48 Wir schützen das Klima

49 Sofortprogramm für mehr Klimaschutz in NRW

50 Nordrhein-Westfalen kann auf den 1,5-Grad-Pfad kommen und bis 2040 klimaneutral
51 werden. Dafür leiten wir die wichtigsten Maßnahmen mit einem Klimaschutz-
52 Sofortprogramm ein. Wir nutzen alle Möglichkeiten, die wir auf Landesebene
53 haben, um den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen und stellen den
54 Kohleausstieg bis 2030 sicher. Wir legen ein Klimaschutzgesetz vor, das hält,
55 was es verspricht. Mit klar definierten jährlichen Zielen für jeden Sektor und
56 verpflichtenden Plänen, wie sie erreicht werden sollen. Ein Klima-
57 Sachverständigenrat überwacht die Erreichung der Ziele. Kommunen statten wir mit
58 mehr Geld und Personal für Klimaschutz und den Schutz vor Klimawandelfolgen aus.
59 Kommunale Planungen und Konzepte zu Klimaschutz und Klimaanpassung sind für uns
60 Teil der Daseinsvorsorge. Mit klaren Regeln und Zielen schaffen wir Planungs- und
61 Investitionssicherheit für die Unternehmen im Land. Industrieunternehmen geben
62 wir mit einem Industriepakt gezielt Unterstützung für Investitionen in
63 klimaneutrale Prozesse. Damit ergänzen wir auch die Instrumente, die umgehend
64 auf Bundesebene auf den Weg gebracht werden müssen: eine höhere CO₂-Bepreisung,
65 Klimaverträge und steuerliche Anreize für Investitionen in Klimaneutralität.
66 Beim Verkehr senken wir die Emissionen mit einem ambitionierten Fahrradgesetz,
67 einem Klima-Check für Straßenbauvorhaben und mehr Unterstützung für den Ausbau
68 von Bus und Bahn. Haushalte mit geringen Einkommen wollen wir mit höheren
69 Förderquoten in Landesförderprogrammen besonders unterstützen.

70 Klima-Check für alle Landesgesetze und für Förderprogramme

71 Wir werden einen Klimavorbehalt für neue Gesetze einführen. Schon jetzt fordert
72 das Klimaschutzgesetz, dass neue Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften
73 den Zielen des Klimaschutzgesetzes nicht entgegenstehen dürfen. Diese Regelung
74 werden wir auf Gesetze ausdehnen und konkreter machen: Für jedes Gesetz wird
75 berechnet, wie viel Treibhausgase entstehen oder vermieden werden und wie sich
76 das mit den Klimazielen vereinbaren lässt. Gleiches gilt für eine Abschätzung
77 der sozialen Auswirkungen. Wir haben hierbei aus Fehlern der Vergangenheit
78 gelernt und werden keine Bürokratiemonster, sondern intelligente, rasch
79 umsetzbare Verfahren auflegen. Einen vergleichbaren Klima-Check werden wir für
80 die Förderprogramme des Landes einführen. Landesgeld darf nicht die Klimakrise
81 anheizen.

82 Klimaanpassung: NRW vor der Klimakrise schützen

83 Schon heute ist es in unserem Land 1,5 Grad wärmer als zu Beginn des letzten
84 Jahrhunderts und auch wenn es uns gelingt, die Klimaschutzbemühungen deutlich zu
85 erhöhen, wird es zu einem weiteren Anstieg kommen. Besonders in ländlichen
86 Gebieten steigt die Gefahr von Waldbränden. Land, Städte und Gemeinden in
87 Nordrhein-Westfalen müssen sich noch besser an die unvermeidbaren Folgen der
88 Klimakrise anpassen, die etwa durch Hitze, Dürren, Stürme und Starkregen
89 entstehen. Um unsere Städte im Sommer zu kühlen, werden wir offene Wasserflächen
90 und mehr Grün in die Städte bringen und auf Plätzen, Dächern und Fassaden und
91 über Frischluftschneisen für Abkühlung sorgen. Bei Starkregen kommt jede

92 Kanalisation an ihre Grenzen, daher ist der Umbau anhand des Leitbilds der
93 „Schwammstadt“ so wichtig. So können die Städte mehr Wasser aufnehmen, speichern
94 und im Sommer kühlend wirken. Flächenfraß und Versiegelung werden wir mit
95 intelligenter Stadtplanung Einhalt gebieten. Für diese Aufgaben brauchen die
96 Kommunen mehr Unterstützung von Land und Bund. Wir werden die Landesförderungen
97 beispielsweise für die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten oder die
98 Fassadenbegrünung ausweiten. Auch bei der Klimaanpassung gilt: Keine
99 Landesmittel mehr ohne vorherigen Klima-Check. Flächen, die für die
100 Klimaanpassung wichtig sind, wollen wir effektiver vor Bebauung oder anderer
101 Versiegelung schützen.

102 Erneuerbare Energien gemeinsam ausbauen: schnell, naturverträglich, fair
103 Nur mit Strom aus erneuerbaren Quellen bekommen wir die Klimakrise in den Griff.
104 Deswegen stellen wir den Ausbau von Windenergie und Solaranlagen ins Zentrum. Der
105 Großteil der Treibhausgasemissionen stammt aus der Verbrennung von Kohle, Öl und
106 Gas. Da wir darauf nicht mehr angewiesen sein wollen, brauchen wir sehr schnell
107 viel mehr Strom aus Wind und Sonne. Dies gilt auch, wenn konsequent alle
108 Möglichkeiten für mehr Energieeffizienz genutzt werden. Unser Ziel ist, bis 2035
109 die Stromversorgung von Nordrhein-Westfalen zu 100 Prozent auf Erneuerbare
110 umzustellen. Deswegen werden wir umgehend eine echte Ausbauoffensive für
111 Windenergie und Photovoltaik auf den Weg bringen. Als Teil dessen werden wir
112 Mindestabstände für neue Windenergieanlagen abschaffen und jährliche Mindest-
113 Ausbaupfade für Windkraft und Solar festlegen. Denn von einer sicheren
114 Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energien hängt nicht nur erfolgreicher
115 Klimaschutz ab, sondern auch die Zukunft unseres Industriestandortes. Die
116 Ausbauhemmnisse auf Landesebene werden wir beispielsweise durch Änderungen in
117 der Landesplanung, dem Klimaschutzgesetz oder der Landesbauordnung aus dem Weg
118 räumen. Daneben werden wir mit einer stärkeren Bündelung auf Landes- und
119 Regionalplanebene die Planungen für die Erneuerbaren Energien beschleunigen und
120 die überörtliche Steuerung im Sinne des Arten- und Naturschutzes verbessern. Arten-
121 und Naturschutz zu sichern, Fairness und Teilhabe für Bürger*innen auf Augenhöhe
122 und eine Beschleunigung der Planungsverfahren gehört für uns beim Ausbau der
123 Erneuerbaren zusammen.

124 Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen
125 Klimaschutz und Digitalisierung sind eng miteinander verwoben und werden unser
126 Land grundlegend verändern. Nur mit digitalen Mitteln werden wir unsere
127 Gesellschaft klimaneutral umbauen können. Mit künstlicher Intelligenz und
128 digitaler Steuerung von den Übertragungsnetzen bis in jedes Gebäude bleibt das
129 erneuerbare Energiesystem stabil – auch wenn Millionen E-Autos geladen werden und
130 Wärmepumpen unsere Häuser heizen. In der Industrie sind mit stärkerer
131 Digitalisierung noch immer enorme Effizienzgewinne möglich. Gleichzeitig muss
132 die Digitalisierung konsequent an Klimaneutralität und Nachhaltigkeit
133 ausgerichtet werden, damit sie nicht zum Brandbeschleuniger der Klimakrise wird.
134 Wir wollen verhindern, dass Effizienzgewinne durch den überbordenden
135 Datenverbrauch fragwürdiger Anwendungen aufgeessen werden. Mit einer
136 ambitionierten Green-IT-Strategie machen wir daher die öffentliche Verwaltung
137 zum Vorreiter bei der Nutzung von Green IT und klimaneutralen Rechenzentren. Wir
138 werden uns dafür einsetzen, dass der Ausbau des schnellen Internets ab sofort
139 allein mit Glasfaser und 5G erfolgt. Dadurch können wir Energieeinsparungen
140 gegenüber bisherigen Netzen nutzen.

141 Den Jobmotor Klimaschutz zum Laufen bringen
142 Der Wandel unserer Gesellschaft in Richtung Klimaneutralität bedeutet ein nie
143 dagewesenes Modernisierungsprogramm. Es sichert bestehende Arbeitsplätze und
144 schafft viele neue. Das Erreichen von Klimaneutralität spielt für unsere
145 Unternehmen und Nordrhein-Westfalen als Standort eine immer größere Rolle im
146 weltweiten Wettbewerb. Im Bereich Erneuerbarer Energien, aber auch in der
147 Bauwirtschaft, der Kreislaufwirtschaft oder der Industrie werden durch die
148 notwendigen Investitionen in Milliardenhöhe hunderttausende neue Arbeitsplätze
149 entstehen. Indem wir Landesfördermittel mit einem Klima-Check klar an einen
150 Nutzen für den Klimaschutz binden, unterstützen wir den Aufbau zukunftsfähiger
151 Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsplätze. Schon jetzt arbeiten fast 500.000
152 Menschen in unserem Land in grünen Jobs. Diese zukunftsfähigen Jobs müssen aber
153 auch nachhaltig im Sinne fairer und sicherer Arbeitsbedingungen sein. Wo das
154 Land Einfluss darauf nehmen kann, z.B. bei der Vergabe von Fördermitteln, werden
155 wir tarifvertraglich gesicherte oder mindestens vergleichbare Bedingungen
156 einfordern. In einzelnen Branchen wie der fossilen Energiewirtschaft werden
157 Arbeitsplätze wegfallen. Uns ist sehr bewusst, dass der Verlust der Arbeit einen
158 enormen Einschnitt in jede einzelne Biografie bedeutet. Wir lassen aber
159 niemanden damit allein, sondern werden diese Menschen durch Instrumente wie das
160 Qualifizierungs-Kurzarbeitergeld dabei unterstützen, sich für zukunftsfähige
161 Arbeitsfelder fit zu machen.

162 Wir geben NRW neue Energie – grün, sicher und dezentral

163 Kohleausstieg auf 2030 vorziehen
164 Ein Kohleausstieg erst 2038 passt mit den Klimazielen nicht zusammen. Wir gehen
165 voran und setzen mit einer neuen Leitentscheidung den Rahmen für ein Ende des
166 Braunkohleabbaus bis 2030. Wir stellen hierbei Menschen und Klimaschutz ins
167 Zentrum, damit alle Dörfer bleiben. Mit einem Abrissmoratorium werden wir eine
168 weitere sinnlose Zerstörung von Infrastruktur und Heimat verhindern. Auch die in
169 der Kohleindustrie Beschäftigten verdienen ehrliche Ausstiegsplanungen im
170 Einklang mit den klimapolitischen Notwendigkeiten. Nur so kann eine verlässliche
171 Planung gewährleistet und können kurzfristige Einschnitte vermieden werden.
172 Die Industrie in unserem Land ist auf eine gleichbleibend hohe
173 Versorgungssicherheit angewiesen. Deswegen gehört zum Kohleausstieg untrennbar
174 der Ausbau der Erneuerbaren Energien, ganz besonders in NRW. Daneben werden wir
175 uns auch für eine Beschleunigung des Netzausbaus einsetzen, damit der Windstrom
176 aus dem Norden auch zu uns kommt.
177 Wir werden sicherstellen, dass sich RWE auch bei einem vorgezogenen
178 Kohleausstieg nicht aus der Verantwortung für eine ordnungsgemäße Rekultivierung
179 und die Ewigkeitskosten des Braunkohleabbaus stellen kann. Die Planungen für die
180 Versorgung der Feuchtgebiete und die Befüllung der Tagebau-Rest-Seen mit Wasser
181 aus dem Rhein müssen umgehend vor dem Hintergrund des Klimawandels überprüft und
182 an einen früheren Ausstieg angepasst werden. Statt unnötige Autobahnen
183 wiederherzustellen, muss RWE das Geld in eine ökologisch hochwertige
184 Renaturierung investieren. Den Hambacher Wald werden wir in öffentlichen Besitz
185 überführen, schützen und in einen Ökosystemverbund einbetten, in dem er seine
186 Funktion als Rückzugsgebiet für seltene Arten wieder übernehmen kann.

187 Sonnenenergie von jedem Dach
188 Gerade im dicht besiedelten Nordrhein-Westfalen bieten die Dachflächen ein

189 enormes Potenzial für die Energiewende. Etwa die Hälfte des heutigen
190 Stromverbrauchs könnte dort erzeugt werden, wenn wir den Turbo für die
191 Solarenergie zünden. Mit Solarenergie kommt die Energiewende in die Dörfer und
192 Städte. Wir wollen, dass Solaranlagen zum Standard auf unseren Dächern werden.
193 Dafür brauchen wir faire Rahmenbedingungen auf Bundesebene und deutlich weniger
194 Bürokratie. Dazu gehören auch Erleichterungen beim Denkmalschutz. Um auch
195 Mehrfamilienhäuser endlich flächendeckend für die Solarenergie zu nutzen, werden
196 wir Mieterstromprojekte besonders unterstützen. Wir werden die öffentlichen
197 Gebäude von Land und Kommunen zu Klima-Vorbildern machen und so schnell wie
198 möglich alle geeigneten Dachflächen vollständig nutzen. Auch auf
199 Gewerbegebäuden und Neubauten werden Solaranlagen mit uns schnell zum Standard.
200 Perspektivisch muss jedes geeignete Dach eine Solaranlage zieren. Pachtmodelle
201 können hier unterstützend wirken, denn nicht jede*r möchte oder kann selbst in
202 eine Anlage investieren.

203 Solarparks säumen unser Autobahnnetz
204 Auch wenn wir auf jedem Dach Strom erzeugen: Wir brauchen auch den Strom und
205 zunehmend auch die Wärme aus Freiflächensolaranlagen, um auf Kohle, Öl und
206 Erdgas verzichten zu können. Auch hier nutzen wir die Standortvorteile von NRW
207 und werden vor allem entlang des dichten Netzes der Autobahnen und Bahntrassen
208 Flächen freigeben, genauso wie bereits versiegelte Flächen wie Parkplätze,
209 Halden und Deponien. So vermeiden wir Flächenkonkurrenzen mit Landwirtschaft und
210 Naturschutz. Das gilt noch mehr für Agri-Photovoltaikanlagen, bei denen die
211 Stromproduktion mit Landwirtschaft oder Gartenbau auf der gleichen Fläche
212 kombiniert wird. Die ersten Projekte werden wir wissenschaftlich begleiten, um
213 Vor- und Nachteile, Potenziale und Hemmnisse ermitteln zu können. Wir wollen mit
214 einem Solarenergie-Erlass unsere Vorstellungen für Kommunen und Planer*innen
215 erläutern und mit klaren Vorgaben sicherstellen, dass die Anlagen Vorteile für
216 Artenschutz und Biodiversität bringen. Wie bei der Windenergie wollen wir die
217 Menschen und die Standort-Kommunen im Umfeld der Projekte frühzeitig einbeziehen
218 und fair beteiligen.

219 Wieder Rückenwind für die Windenergie
220 Nach Jahren der Verunsicherung und des Gegenwinds geben wir der wichtigsten
221 Erneuerbaren Energie wieder Rückenwind. Denn die Windenergie ist zusammen mit
222 der Photovoltaik das Fundament für Energiewende und Klimaschutz. Wir werden die
223 Grundlagen dafür legen, dass jedes Jahr mindestens 200 neue Anlagen gebaut
224 werden können. Damit das gelingt, müssen etwa zwei Prozent der Landesfläche für
225 die Windenergie gesichert werden. Feste Mindestabstände zur Wohnbebauung passen
226 damit nicht zusammen. Wir werden sie daher wieder abschaffen. Außerhalb
227 besonders schutzwürdiger Wälder werden wir die Windenergie wieder einfacher
228 zulassen. Auch werden wir den Bau von Windenergieanlagen in Industrie- und
229 Gewerbegebieten erleichtern. Außerdem werden wir Änderungen auf Bundesebene
230 erwirken, damit ausreichend Flächen für neue Anlagen bereitstehen. Genauso
231 müssen die Abgaben und Umlagen auf Strom und Wärme geändert werden. Wenn mehr
232 als genug Wind weht und die Sonne scheint, muss es sich lohnen den Strom zu
233 speichern, statt die Anlagen runterzufahren.
234 Wir werden die Planungs- und Genehmigungsverfahren durch operative Verbesserungen
235 und einheitliche Bewertungsmaßstäbe beschleunigen. Wir werden den Artenschutz
236 auch bei dem notwendigen schnelleren Ausbau weiter stärken, indem Dichtezentren
237 windenergie-sensibler Arten freigehalten werden. Im Gegenzug werden Anlagen in
238 anderen Bereichen einfacher realisiert werden können. Mit einem umfangreichen

239 Schutzprogramm helfen wir Vögeln und Fledermäusen. Repowering wollen wir
240 erleichtern, so dass alte Windenergieanlagen dort, wo es keine
241 Artenschutzbedenken gibt, zügig durch leistungsstärkere in der Nähe ersetzt
242 werden können. Denn diese Standorte sind etabliert und in der Regel breit
243 akzeptiert.

244 Power to the People: Bürger*innen an der Energiewende beteiligen
245 Die Energiewende wurde viele Jahre lang maßgeblich von Bürger*innen
246 vorangetrieben. Mit uns Grünen bekommt die Demokratisierung der
247 Energieversorgung neuen Schwung. So profitieren möglichst viele Menschen von
248 günstiger Energie. Bürger*innen-Projekte bei Wind- und Solarparks unterstützen
249 wir bei der Projektentwicklung mit einem neuen Bürgerenergiefonds. Mit einem
250 Siegel für Faire Windenergie schaffen wir Transparenz und Vertrauen. Wir setzen
251 das Landesförderprogramm für Mieterstrom neu auf. In der Bundespolitik machen
252 wir uns für attraktiven Mieterstrom stark. Denn gerade in unserem Bundesland mit
253 vielen Mehrfamilienhäusern können Mieter*innen noch viel stärker am Ausbau der
254 Erneuerbaren profitieren.

255 Tempo machen bei Heizungstausch und Gebäudesanierung
256 Es ist das heiße Eisen beim Klimaschutz: In zwanzig Jahren Millionen Gebäude
257 –vom Einfamilienhaus auf dem Land bis zum Büroturm in der Innenstadt
258 –klimaneutral und energieeffizient zu heizen. An der Technik scheitert es nicht.
259 Mit Wärmepumpen, Solarthermie, Kraft-Wärme-Kopplung oder Fernwärme ist es
260 möglich. Doch das Tempo, in dem jetzt gerade alte Heizungen ausgetauscht und
261 Häuser gedämmt werden, reicht nicht aus. Wir verdreifachen die Sanierungsrate.
262 Damit Land und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen, werden wir bis 2030 alle
263 Landesliegenschaften energetisch sanieren und setzen ambitionierte Standards für
264 öffentliche Neubauten. Nur so ist das gesetzliche Ziel einer klimaneutralen
265 Landesverwaltung 2030 noch zu schaffen.
266 Wir helfen den Kommunen bei der Erstellung kommunaler Wärmeplanungen. Dadurch
267 wird klar, wo Nah- und Fernwärmenetze ausgebaut werden können und wo auch in
268 Zukunft jedes Gebäude einzeln beheizt werden muss. Wir vereinfachen die
269 Förderprogramme des Landes, machen sie attraktiver und richten sie auf solche
270 Maßnahmen aus, die mit dem Ziel der Klimaneutralität in Einklang stehen. Dafür
271 setzen wir uns auf Bundesebene für höhere Energieeffizienzstandards ein, auch
272 für den Bestand. Beim Heizungstausch geben wir auch im Bestand eine Mindestquote
273 für Erneuerbare Energien vor.
274 Wir stocken die Angebote zur Energieberatung der Verbraucherzentrale auf und
275 machen sie kostenfrei. Darüber hinaus unterstützen wir die Kreise und
276 kreisfreien Städte dabei, Sanierungsmanager*innen einzustellen und
277 Energiekompetenzzentren aufzubauen. Dort sollen die Bürger*innen sich zu
278 Energiewende und Klimaschutz beraten lassen können, Vorträge und Schulungen
279 stattfinden und Technik unmittelbar erlebbar werden.

280 Fair geht mehr bei der Wärmewende
281 Ein warmes Zuhause geht auch ohne CO₂-Emissionen und hohe Heizkostenrechnung.
282 Die technischen Lösungen dafür sind längst da. Wir wollen, dass es bei der
283 Wärmewende fair zugeht. Die kontinuierlich steigende CO₂-Steuer sorgt für
284 ehrlichere Preise. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass die Einnahmen aus
285 dieser Steuer an die Menschen rückverteilt werden. Dadurch haben insbesondere
286 Haushalte mit geringerem Einkommen am Ende des Jahres einen finanziellen
287 Vorteil. Werden Mehrfamilienhäuser energetisch saniert, geht dies noch zu oft zu
288 Lasten der Mieter*innen, da die Aufschläge auf die Miete häufig höher sind als

289 die Einsparungen der Energiekosten. Auf Bundesebene wollen wir deshalb die
290 Kosten fair zwischen den Vermietenden, den Mietenden und dem Staat aufteilen.
291 Auf Landesebene wollen wir in den Förderprogrammen des Landes eine
292 Sozialkomponente mit höheren Förderquoten für Haushalte mit niedrigem Einkommen
293 einführen. Viele Menschen können sich eine aufwendige energetische Sanierung
294 ihres Hauses mit den aktuellen Förderungen nicht leisten. Diese müssen auch
295 mithilfe von Landesmitteln weiter verbessert werden. Zudem müssen die Prozesse
296 bei der Nutzung der Landesförderprogramme vereinfacht und weiter digitalisiert
297 werden.

298 Erdgas nur wohldosiert für den Übergang nutzen
299 Die Rolle von Erdgas als Brückentechnologie in der Energiewende wird
300 überschätzt. Denn Erdgas hat gegenüber Kohle kaum Klimavorteile, wenn Leckagen
301 bei Förderung und Transport berücksichtigt werden. Zudem binden uns neue
302 Kraftwerke und Pipelines wegen der hohen Baukosten für mehrere Jahrzehnte daran.
303 Daher werden wir dafür sorgen, dass neue Gaskraftwerke nur dort gebaut werden,
304 wo sie wirklich für den Übergang gebraucht werden und mit den Klimazielen
305 vereinbar sind. Das wird vor allem als Ersatz für Kohlekraftwerke in
306 Fernwärmenetzen sein, wo Erneuerbare und Abwärmequellen auf Basis von kommunalen
307 Wärmeplanungen noch nicht ausreichend verfügbar sind. Grundvoraussetzung ist,
308 dass sie in Zukunft auch mit Wasserstoff oder anderen klimaneutralen Gasen
309 betrieben werden können und die Einbindung erneuerbarer Wärme nicht behindern.
310 Neue Pipelines werden wir nur genehmigen, wenn sie auch erneuerbare Gase wie
311 grünen Wasserstoff transportieren können.
312 Biogas als klimaneutrale Alternative zu Erdgas werden wir nachhaltiger machen.
313 Dazu unterstützen wir die Betreiber dabei, auf Gülle und andere Reststoffe
314 umzustellen. So können wieder mehr landwirtschaftliche Flächen für die
315 Produktion von gesunden und regionalen Nahrungsmitteln genutzt werden.
316 Eine weitere Alternative zu Erdgas ist die Geothermie. Wir werden Wärmepumpen
317 weiter fördern, die Wärme schon aus wenigen Metern Tiefe für die Beheizung von
318 Gebäuden nutzen. Um aus Erdwärme Strom zu produzieren, muss man in Nordrhein-
319 Westfalen mehr als tausend Meter tief bohren. Wir werden die ersten
320 Forschungsprojekte dazu unterstützen und dabei sicherstellen, dass keine
321 Fracking-Verfahren oder andere wassergefährdende Technologien eingesetzt werden.

322 Atomausstieg vollenden – Urananreicherungsanlage Gronau schließen
323 Auch wenn in Nordrhein-Westfalen seit 20 Jahren kein Atomkraftwerk mehr am Netz
324 ist: Der Atomausstieg ist hier noch lange nicht vollendet. Unser Ziel ist es,
325 die Urananreicherungsanlage in Gronau schnellstmöglich zu schließen. Auf
326 Bundesebene setzen wir uns zudem dafür ein, dass das Exportverbot im Atomgesetz
327 auch für die Reststoffe aus der Urananreicherung in Gronau gilt. Bei der
328 deutschlandweiten Suche nach einem Endlager für den hochradioaktiven Abfall
329 bekennen wir uns zum verabredeten Verfahren der Standortsuche. Für die
330 Zwischenlagerung, wie z.B. in Ahaus, braucht es ein unter Beteiligung aller
331 Betroffenen erarbeitetes Gesamtkonzept für ganz Deutschland mit einheitlichen
332 Sicherheitsanforderungen. Wir ergreifen die Initiative für ein Abschalten
333 grenznaher Atomkraftwerke in unseren Nachbarländern und schöpfen alle
334 Einspruchsmöglichkeiten aus. Die Standortentscheidung für das geplante
335 Logistikzentrum für Atommüll in Würgassen erscheint nicht erst nach der
336 Hochwasserkatastrophe im Juli 2021 fragwürdig. Wir werden die Notwendigkeit und
337 die Standortauswahl kritisch prüfen. Der Schutz der Bevölkerung muss oberste
338 Priorität haben.

339 Wir sorgen für saubere und bezahlbare Mobilität –
340 Verkehrspolitik für das 21. Jahrhundert

341 Garantiert mobil in ganz NRW –mit einem Ticket fürs ganze Land
342 Bisher werden in Nordrhein-Westfalen lediglich 8,5 Prozent der Wege mit Bus und
343 Bahn zurückgelegt –da ist noch viel Luft nach oben. Wir machen umweltfreundliche
344 Mobilität für alle attraktiv und bezahlbar. Wir streben eine Mobilitätsgarantie
345 an, mit der alle Menschen im Land von 5:30 Uhr bis 22.30 Uhr mindestens im
346 Stundentakt mit einer verlässlichen Verbindung vorankommen –in Großstädten
347 mindestens halbstündlich von 4.30 bis 23.30. Die Angebote werden vertaktet, auf
348 andere Busse und die Bahn abgestimmt, so dass der Umstieg überall attraktiv
349 wird. Flexible Bedienkonzepte via App und traditionelle Ruf-oder überörtliche
350 Bürgerbusse sind gute begleitende Angebote dort, wo ein gut getakteter
351 Busverkehr im Regelbetrieb kaum genutzt wird. Wir beenden das Tarifchaos und
352 führen in den nächsten zehn Jahren schrittweise ein solidarisch finanziertes
353 Bürger*innenticket für ganz NRW ein. Den Anfang macht das kostenlose Ticket für
354 Schüler*innen und junge Menschen bis 18 Jahre. Wir senken den Preis für das
355 landesweite Azubiticket und bauen soziale Angebote aus. Städte und Kreise, die
356 schneller vorangehen wollen, unterstützen wir aktiv in ihren Modellprojekten.
357 Auch bei der Preisentwicklung des Semestertickets wollen wir sicherstellen, dass
358 es für Studierende gut bezahlbar wird. Das Jobticket machen wir schrittweise zur
359 Pflicht für öffentliche Arbeitgeber*innen.

360 Wir bauen das Verkehrsnetz für das 21. Jahrhundert

361 Unsere Verkehrswege stammen im Wesentlichen aus vergangenen Jahrhunderten. Sie
362 dienen zu großen Teilen dem motorisierten Verkehr und überlassen andere
363 Verkehrsteilnehmer*innen oftmals sich selbst. Grüne Verkehrspolitik stellt
364 demgegenüber Klimaschutz und Lebensqualität endlich in den Mittelpunkt. Wir
365 werden Bahnstrecken reaktivieren oder ausbauen und Lücken oder Nadelöhre
366 beseitigen. Stilllegungen und Entwidmungen von Bahnstrecken soll es nicht mehr
367 geben. Damit das klappt, verdoppeln wir die pro-Kopf-Investitionen in Bus, Bahn,
368 Schiene und Stationen. Städte und Kreise verpflichten und unterstützen wir,
369 selbst verkehrsträgerübergreifend in moderne Verkehrswege zu investieren. Die
370 drei Zweckverbände NWL, NVR und VRR stehen für einen Großteil der anstehenden
371 Aufgaben bereit und sind gut darauf vorbereitet. Wir wollen sie bei ihrer
372 Entwicklung vom Verkehrsverbund zum Mobilitätsverbund unterstützen und prüfen,
373 ob wichtige neue Infrastruktur zukünftig von einer Landesverkehrsgesellschaft
374 geplant und unterhalten wird. Für uns Grüne hat dabei der effektive Schutz vor
375 Lärm und Schadstoffen Priorität. Darum wollen wir die Elektrifizierung heutiger
376 Dieselstrecken bis 2030 abschließen. Straßenbauprojekte werden wir auf den
377 Prüfstand stellen und Gelder, z.B. für unzeitgemäße Autobahnen oder
378 Umgehungsstraßen, zugunsten der Sanierung maroder Straßen und des Ausbaus von
379 Schienen- und Radwegen umschichten.

380 Mit dem Bus direkt und abgasfrei ans Ziel

381 Um die Verkehrswende in Stadt und Land schnell voranzubringen, werden wir in ein
382 leistungsstarkes und emissionsfreies Busangebot im ganzen Land investieren. Bis
383 2025 werden wir 50 regionale Schnellbuslinien schaffen und so für
384 alltagstaugliche, verlässliche Land-Stadt-Verbindungen und –wo entsprechende
385 Angebote fehlen –auch zwischen den verschiedenen Ballungsräumen sorgen. Um auch
386 zu Stoßzeiten schnelle Verbindungen zu gewährleisten, werden wir dem Vorbild
387 anderer Länder folgen und Autobahnstandstreifen für Linienbusse öffnen. Die

388 Beschaffung von emissionsfreien Bussen werden wir durch attraktive
389 Förderbedingungen für die Kommunen und Verkehrsbetriebe vorantreiben, bei der
390 Neuaufstellung oder Fortschreibung örtlicher Nahverkehrspläne wird die
391 Festschreibung klimafreundlicher Antriebe in Zukunft zur Pflicht.

392 Sicher, schnell und barrierearm mit dem Fahrrad durch NRW
393 Seit einigen Jahren erfreut sich das Radfahren stark steigender Beliebtheit.
394 Bereits rund acht Prozent der Wege werden mit dem Rad zurückgelegt. Bewegungen
395 wie die Volksinitiative Aufbruch FahrradNRWfordern, das Fahrrad endlich als
396 vollwertiges Verkehrsmittel anzuerkennen und den Radverkehr entsprechend zu
397 fördern. Für uns Grüne ist der Radverkehr ein zentraler Baustein zur Erreichung
398 unserer Klimaschutzziele. Mit einem neuen, besseren Radverkehrsgesetz werden wir
399 Grüne die Grundlagen dafür schaffen, dass der Anteil des Radverkehrs zukünftig
400 auf 25 Prozent wächst. Unsere Investitionsoffensive werden wir dazu nutzen, ein
401 landesweites Radwegenetz aus Radschnellwegen und Radvorrangrouten zu entwickeln
402 und unsere Kommunen finanziell bei der Umsetzung eigener Radverkehrskonzepte zu
403 unterstützen. Wir bauen Jobrad-Modelle im öffentlichen Dienst konsequent aus und
404 sorgen dafür, dass Fahrräder auch in Bussen und Bahnen bequem und gratis
405 mitgenommen werden können. Straßenbau- und -sanierungsmaßnahmen ohne Zusatznutzen
406 für einen sicheren und besseren Radverkehr wird es mit den Grünen in Nordrhein-
407 Westfalen nicht mehr geben.

408 Autos der Zukunft: Individuell. Elektrisch. Mobil.
409 Stau, Lärm, Abgase, andauernde Parkplatzsuche und steigende Kosten – Autofahren
410 ist gerade in unseren Großstädten für immer mehr Menschen nicht mehr die erste
411 Wahl. Andererseits sind gerade Familien im ländlichen Raum, aber auch
412 Unternehmen und andere Einrichtungen nach wie vor auf den eigenen Wagen
413 angewiesen. Wir setzen deshalb auf die Chancen des Elektroantriebs -in
414 Verbindung mit unseren ehrgeizigen Ausbauzielen für die erneuerbaren Energien.
415 In den kommenden fünf Jahren schaffen wir flächendeckende Lademöglichkeiten im
416 privaten und öffentlichen Raum. Dazu werden wir die Parkraumverordnung anpassen
417 und öffentliche wie private Ladepunkte, wo möglich in Verbindung mit Solar- und
418 Speichertechnik weiter fördern. Unternehmen, die ihren Mitarbeitenden,
419 Kund*innen oder der Nachbarschaft auf ihren Parkplätzen Lademöglichkeiten zur
420 Verfügung stellen, werden wir dafür bei Steuern und Abgaben entlasten. Für uns
421 Grüne ist es selbstverständlich, dass die öffentliche Verwaltung beim Umstieg
422 auf den E-Antrieb vorangeht. Bis 2030 wollen wir öffentliche Fahrzeugflotten
423 daher auf regenerative Antriebe umstellen.

424 Mehr Mobilität für alle durch intelligent vernetzte Angebote
425 Warum sollen wir uns auf nur ein Fortbewegungsmittel festlegen, wenn wir alle
426 nutzen können? In Zukunft steht uns alles zur Verfügung, was uns bewegt. Wir
427 sorgen für echte Wahlfreiheit durch die intelligente Vernetzung aller
428 Verkehrsmittel. Dazu bauen wir die sogenannten Sharing-Angebote für Autos, Fahr-
429 und Lastenräder, Scooter und andere Leihfahrzeuge aus. Bahnhöfe und Busplätze
430 bauen wir zu Mobilitätsstationen um, die den Wechsel vom Auto oder dem Fahrrad
431 in den Zug oder Bus erleichtern. Busse, Bahnen und Haltestellen werden endlich
432 flächendeckend barrierefrei. Wir nutzen die Möglichkeiten der Digitalisierung,
433 um Angebote wie den Bus auf Bestellung oder Mitfahrdienste zu stärken. Um eine
434 echte Vernetzung aller Angebote zu erreichen, werden wir private Anbieter
435 verpflichten, Schnittstellen zu Mobilitätsplattformen der öffentlichen Hand
436 bereitzustellen. Private Haushalte werden wir beim Umstieg unterstützen, indem

437 wir –analog zur Kaufprämie für E-Autos –eine finanzielle Förderung für den
438 Umstieg auf den öffentlichen Nahverkehr oder das Fahrrad einführen.

439 Mehr Sicherheit im Straßenverkehr

440 Mit zunehmender Geschwindigkeit erhöht sich nicht nur der Energieverbrauch
441 unserer Autos, auch die Unfallgefahr steigt. Wir Grüne werden darum –mit oder
442 ohne den Bund –für mehr Sicherheit auf nordrhein-westfälischen Straßen sorgen.
443 Neben einem Sicherheitstempo von 130 km/h auf unseren Autobahnen werden wir auch
444 das grüne Modell eines Regeltempos von 30 km/h innerhalb geschlossener
445 Ortschaften umsetzen. Städte und Kreise können dann selbstständig entscheiden,
446 wo im begründeten Ausnahmefall weiter Tempo 50 gelten soll. Das sorgt nicht nur
447 für mehr Sicherheit im Autoverkehr. Von grüner Verkehrspolitik profitieren
448 endlich auch Kinder, Menschen mit Behinderung, Fußgänger*innen und Radfahrende.
449 Ihre Sicherheit muss zukünftig oberste Priorität in der Verkehrspolitik unserer
450 Städte und Gemeinden haben. Dazu verpflichten wir unsere Kommunen zur
451 Aufstellung von Fuß-und Radverkehrskonzepten und fördern deren Umsetzung.

452 Flugverkehr klimaneutral ausrichten, Anwohner*innen schützen

453 Unsere globalisierte Welt ist ohne das Flugzeug nicht denkbar. Zugleich ist es
454 heute wegen seines hohen Energieverbrauchs das klimaschädlichste Verkehrsmittel.
455 Hinzu kommen der immense Flächenbedarf und die starken Belastungen für
456 Anwohner*innen durch Fluglärm, Abgase und den An-und Abreiseverkehr. Wir Grüne
457 nehmen diese großen Herausforderungen an und machen den Flugverkehr mit einem
458 nachhaltigen Flugverkehrskonzept zukunftsfest. Um Kerosin durch klimaneutrale
459 Treibstoffe zu ersetzen, wollen wir die Flughäfen Düsseldorf und Köln-Bonn zu
460 Vorreitern bei der Beimischung von klimaneutralen Treibstoffen machen. Um die
461 Menschen besser vor Lärm zu schützen, werden wir Nachtflüge reduzieren und die
462 Ausweitung sowie die Einhaltung von Nachtflugverboten fortlaufend überprüfen. An
463 keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und
464 klimapolitisch vertretbar. Die Zukunftsperspektiven der vier Regionalflughäfen
465 werden wir genau analysieren. Sie müssen sich aus eigener Kraft tragen. Inlands-
466 und Kurzstreckenflüge machen wir durch attraktive Alternativen mit Bus und Bahn
467 so schnell wie möglichüberflüssig.

468 Für einen klima-und umweltfreundlichen Güterverkehr

469 Rund 3,7 Milliarden Tonnen Güter wurden 2020 durch Deutschland bewegt. Davon
470 wurden 3,2 Milliarden Tonnen auf der Straße transportiert, lediglich 500
471 Millionen Tonnen per Zug oder Binnenschiff. Wir Grüne wollen, dass sich endlich
472 mehr auf Wasser und Schiene bewegt. Wir bekennen uns zum Ziel der Europäischen
473 Union, 75 Prozent des Güterverkehrs, der aktuell auf der Straße stattfindet, auf
474 die Bahn oder das Schiff zu verlagern. Verbleibenden LKW-Verkehr machen wir bis
475 2035 emissionsfrei. Unser Bahnausbau-Programm nutzen wir, um wieder mehr
476 Industrie und Gewerbe ans Bahnnetz anzuschließen und den Ausbau der
477 Schienenstrecken zu den unterschiedlichen Seehäfen endlich unter hohen
478 Lärmschutzstandards umzusetzen. Eine Mautbefreiung für kombinierte Verkehre rund
479 50 km um Häfen und Güterbahnhöfe kostet nicht viel, ermöglicht aber, dass sich
480 Multimodalität im Güterverkehr rechnet. In enger Abstimmung mit Umweltverbänden,
481 Kommunen und der Wirtschaft werden wir einen neuen Landeswasserstraßenplan zur
482 Ertüchtigung unserer Schifffahrtswege und Binnenhäfen erarbeiten. Dabei ist es
483 unser Ziel, auch in der Schifffahrt fossiles Schweröl durch alternative
484 Kraftstoffe und Antriebe zu ersetzen.

485 Oberleitungen, Wasserstoff, grüne Biotreibstoffe und Batterien: Für jeden Laster
486 der passende
487 Antrieb
488 Im Güterverkehr, aber auch auf Baustellen, bei der Müllabfuhr oder der Feuerwehr
489 wird großes bewegt. Wir machen auch den Schwerlastverkehr nachhaltig, indem wir
490 alle Technologien und Antriebe fördern, die dazu geeignet sind. Gas-LKW werden
491 längst in Serie hergestellt, auch Batterie-LKW's gibt es schon auf nordrhein-
492 westfälischen Straßen und als Modellprojekte fahren die erste Busse und LKW
493 bereits mit Wasserstoff. In Schleswig-Holstein wurden erfolgreich Oberleitungs-
494 LKW getestet, auch Baden-Württemberg macht sich auf den Weg. In Zukunft brauchen
495 wir all diese Antriebe, um auch in NRW für jedes Nutzfahrzeug die beste Lösung
496 zu finden. Neben dem Ausbau der grünen Wasserstoffwirtschaft werden wir
497 gemeinsam mit anderen Bundesländern und dem Bund auch den Ausbau von
498 Oberleitungen auf unseren Autobahnen vorantreiben. Unser Ziel ist es, dass
499 Lastwagen unser Land bis 2035 elektrisch durchqueren können.

500 Wir schützen Natur und Umwelt

501 Artensterben stoppen –Volksinitiative Artenvielfalt umsetzen
502 Der Verlust an Tier-und Pflanzenarten spitzt sich jedes weitere Jahr zu. Die
503 Hälfte aller Arten ist mittlerweile vom Aussterben bedroht. Wer durch die Natur
504 streift, spürt es: Mit den Pflanzen und Tieren gehen über Jahrtausende
505 gewachsene wertvolle Lebensräume unwiederbringlich verloren. Natur, die auch uns
506 erhält und das Klima schützt. 115.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen haben mit
507 ihrer Unterschrift für die „Volksinitiative Artenvielfalt“ ein deutliches
508 Zeichen für den Artenschutz gesetzt. Das ist gerade auch ein großer Erfolg für
509 alle Aktiven, die sich oft ehrenamtlich seit Jahren im Natur-und Umweltschutz
510 einsetzen. Wir setzen ihre Forderungen um, stoppen den Flächenfraß und
511 unterstützen eine artenfreundliche Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur
512 wirtschaftet. Dazu aktualisieren wir die „Biodiversitätsstrategie NRW“ mit den
513 neuesten Daten und mit ambitionierten Zielen. Mit einem „Landesprogramm
514 Biologische Vielfalt“ bringen wir die Landespolitik beim Schutz der biologischen
515 Vielfalt endlich vom Reden ins Handeln. Für eine verlässliche und zielgerichtete
516 Umsetzung sind die 44 Biologischen Stationen im Land bestens geeignet. Wir
517 wollen sie besser ausstatten und vernetzen, sowohl untereinander als auch mit
518 dem Zentrum für Biodiversitätsmonitoring in Bonn.
519 Wir verhindern die Versiegelung von immer größeren Flächen zu Lasten der Natur
520 und der Landwirtschaft. Zu diesem Zweck verankern wir im Landesentwicklungsplan
521 wieder das verbindliche Ziel, den Flächenverbrauch von aktuell über acht Hektar
522 pro Tag in einem ersten Schritt auf fünf Hektar pro Tag zu begrenzen und bis
523 2035 auf netto null abzusenken. Dafür erarbeiten wir eine wirksame Strategie mit
524 operativen Zielen und einer Flächenversiegelungsabgabe sowie weiteren konkreten
525 Maßnahmen. Mit Hilfe eines Brachflächenfonds und einer verbesserten
526 Finanzausstattung des Flächenrecyclings starten wir eine Entsiegelungsoffensive
527 und machen so vorhandene Flächen wieder nutzbar, statt neue Grünflächen zu
528 versiegeln. Wir führen ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in dem die
529 ökologische Qualität der Kompensationsfläche einen höheren Stellenwert erhält.

530 Lebensräume verbinden heißt Arten schützen –die Senne wird zweiter Nationalpark
531 Biologische Vielfaltbraucht ihren Raum. Wo Lebensräume durch Straßen oder
532 Siedlungen zertrennt werden, ist die Belastung für die Tierwelt groß. Aus diesem

533 Grund schaffen wir einen übergreifenden Biotopverbund für Nordrhein-Westfalen.
534 Hier bilden Wiesen, Weiden, Gewässerrandstreifen und andere Strukturen ein Netz,
535 in dem die Ausbreitung und Wanderung von Arten und deren genetischer Austausch
536 gewährleistet wird. Wo immer es möglich ist, müssen Schutzgebiete verbunden und
537 solche größeren Biotop-Systeme hergestellt werden. Wir schützen wertvolle
538 Lebensräume durch eine Pestizidminderungsstrategie für alle Flächen, ein Verbot
539 von Pestiziden und Mineraldünger in Schutzgebieten sowie durch eine bessere
540 Förderung für eine vielfältige Landschaftsstruktur. Mit Förderprogrammen und
541 klaren Vorgaben schaffen wir Anreize für den Erhalt unterschiedlicher
542 Lebensraumtypen und setzen dafür auf ein integriertes
543 Lebensraumentwicklungsprogramm. Das Vorkaufsrecht für Schutzgebietsflächen für
544 Verbände muss endlich umgesetzt werden.
545 Durch einen Nationalpark in der Senne und weitere neue Schutzgebiete schaffen
546 wir zusätzlichen Rückzugsraum für gefährdete Arten. Gerade im Verbund von Senne
547 und Teutoburger Wald kann ein weiteres großräumig vernetztes Schutzgebiet mit
548 Wald- und Offenlandflächen im Norden des Landes entstehen. Dafür muss der „Teuto“
549 vor Rodungen und vor weiterem Abbaggern durch die Zementindustrie geschützt
550 werden.
551 Intakte Moore und Feuchtgebiete liefern einen bedeutenden Beitrag zur CO₂-
552 Minderung. Auch Grünland mit seinem weiträumigen Wurzelgeflecht ist ein
553 wichtiger CO₂-Speicher. Wir wollen daher diese Ökosysteme besser schützen, durch
554 gezielte Projekte aufwerten und den Wasserhaushalt dieser Lebensräume deutlich
555 verbessern.

556 Mehr Artenschutz in unserer Nachbarschaft
557 Artenschutz gehört auch in die Stadt. Zum Schutz der Artenvielfalt im
558 städtischen Raum setzen wir auf Nachverdichtung und Flächenrecycling, statt
559 intakte Grünflächen zu bebauen. Wir setzen auf begrünte Fassaden und Dächer, auf
560 starke kommunale Baumschutzsatzungen bis hin zu einem wirksamen Ausschluss von
561 sogenannten Schottergärten in der Landesbauordnung. Pestizide haben in
562 Hausgärten, öffentlichen und nicht-landwirtschaftlichen Flächen nichts verloren.
563 Entlang unserer Straßen muss es wieder summen. Straßengrün umrahmt mehrere
564 tausend Kilometer Straße in Nordrhein-Westfalen. Wir machen eine
565 insektenfreundliche und ökologische Pflege des Straßengrüns überall im Land zur
566 Regel und schaffen damit parallel zum Straßen-ein Vielfaltsnetz.
567 In unseren Städten wird es nachts nicht mehr richtig dunkel. Diese
568 Lichtverschmutzung ist nicht nur ein Problem für unseren Schlaf, sondern auch
569 für die biologische Vielfalt. Mit dem Verlust der Dunkelheit verlieren die
570 nachtaktiven Tiere ihren Lebensraum. Wir verankern die Vermeidung von
571 Lichtemissionen – dort wo es für die Sicherheit nicht notwendig ist – im
572 Landesrecht, etwa durch belastungsärmere Leuchtmittel und klare Regeln für
573 Neubaugebiete.

574 Wo Tier und Mensch eng zusammenleben, gibt es immer auch Konflikte, wie bei der
575 Rückkehr des Wolfs. Hier ist das Land in der Verantwortung einen Ausgleich zu
576 schaffen und zu vermitteln. Die bislang getroffenen Regelungen zum
577 Wolfsmanagement sind unzureichend. Ziel allen Handelns muss ein möglichst
578 konfliktfreies bzw. -armes Miteinander von Wolf und Mensch sein.
579 Weidetierhaltung muss auch in Zukunft möglich sein und als wichtiger Beitrag zum
580 Tier- und Artenschutz besser gefördert werden. Sie darf weder an fehlenden
581 finanziellen oder personellen Ressourcen noch an Ängsten scheitern.

582 Klimaschutz und Artenschutz gehen nur zusammen
583 Natur- und Artenschutz braucht Klimaschutz und umgekehrt. Die Klimakrise heizt
584 das Artensterben und den Verlust von Lebensräumen an. Intakte Ökosysteme
585 wiederum dienen als natürliche CO₂-Senken und sind widerstandsfähiger gegen
586 Klimaänderungen. Konflikte zwischen dem Ausbau klimanotwendiger Infrastruktur
587 auf der einen und Natur- und Artenschutz auf der anderen Seite werden wir
588 auflösen. Durch vorrausschauende, klare und verbindliche Vorgaben auf Bundes- und
589 Landesebene schaffen wir eine Planungskultur, die Umweltregulierung nicht als
590 Fesseln wahrnimmt und Bürger*innen und Umweltverbände nicht als „Planungs-
591 Bremser“ abwertet, sondern ihre Ideen wertschätzt.
592 Wir bringen Schwung in die Infrastrukturplanung: mit einer Personal- und
593 Nachwuchsoffensive sowie Verbesserungen und Beschleunigungen operativer Abläufe
594 in Planungs- und Genehmigungsbehörden und Gerichten. Bürger*innenbeteiligung ist
595 dann erfolgreich, wenn sie verbindlich, frühzeitig und auf Augenhöhe
596 stattfindet. Umwelt- und Klimaverträglichkeitsprüfungen werten wir auf und
597 stellen sie an den Beginn des Verfahrens. Die Erfahrungen und die Expertise von
598 Naturschutz- und Umweltverbänden wollen wir stärker würdigen und eine Nutzung
599 vertraglich regeln.
600 Beim Ausbau der Windenergieleiten wir einen Systemwechsel ein. Mit einer Bund-
601 Länder-übergreifenden Bedarfsplanung legen wir bis zu zwei Prozent der
602 Landesfläche als Vorrangfläche fest. Dabei sind Schwerpunktorkommen besonders
603 konfliktträchtiger, windenergiesensibler Tierarten von vornherein aus den
604 Vorranggebieten auszuschließen. Mit Schutzprogrammen fördern wir die Population
605 der Tierarten in den Schwerpunktorkommen und überkompensieren damit mögliche
606 negative Auswirkungen auf einen Teil der Population in den Vorrangflächen. Wo es
607 sinnvoll ist, nutzen wir Repowering zur Übersiedlung der neuen Anlagen in
608 Vorranggebiete. Auch technische Lösungen wie Überwachung der Rotoren in Echtzeit
609 mit Abschaltautomatik für die Erkennung von Greifvögeln oder Fledermäusen können
610 die Tiere besser schützen.

611 Umweltverwaltung stärken und Umweltkriminalität konsequent verfolgen
612 Starke Gesetze zum Schutz von Umwelt und Natur können nur wirken, wenn sie auch
613 konsequent angewandt werden. Die mehr als 30 EU-Vertragsverletzungsverfahren
614 gegen die Bundesrepublik und das Land NRW wegen nicht umgesetzter
615 Umweltgesetzgebung stehen sinnbildlich für die Probleme bei der Umsetzung. Als
616 unabhängiger Anwalt der Umwelt leistet die Umweltverwaltung einen wichtigen
617 Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, den Erhalt öffentlicher
618 Infrastruktur und der Sicherung des Wirtschafts- und Industriestandortes. Mit
619 einem Zukunftsplan stärken wir die Umweltverwaltung. Dazu gehört insbesondere
620 eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung, damit der Umweltschutz
621 nicht an unterbesetzten Behörden scheitert. Mit gezielten Kampagnen unterstützen
622 wir die Gewinnung von Fachkräften. „Grüne Telefone“ als unabhängige
623 Umweltbeschwerdestellen werden auf allen Ebenen die Regel, damit Missstände
624 nicht im Verborgenen bleiben. Die Kommunikation zwischen den Behörden,
625 ehrenamtlichem Naturschutz und Naturschutzbeauftragten, Privatpersonen und
626 Unternehmen stärken wir. Durch die Digitalisierung entlang landesweiter
627 Standards zur Verbesserung, Entbürokratisierung und Beschleunigung operativer
628 Maßnahmen kann und muss die Arbeit effizienter, transparenter, bürger*innennäher
629 und wirtschaftlicher werden.
630 Umweltverbrechen sind kein Kavaliersdelikt. Die von Schwarz-Gelb abgeschaffte
631 Stabsstelle Umwelt- und Verbraucherschutzkriminalität setzen wir wieder ein und
632 entwickeln sie zu einer zentralen Koordinierungsstelle weiter. Zu ihren Aufgaben

633 gehören Sensibilisierung, Vermittlung von Wissen und die Vernetzung von Akteuren
634 wie (Umwelt-)Behörden, Polizei und Staatsanwaltschaften. Wir bündeln die Arbeit
635 der Strafverfolgungsbehörden in einer neuen „Schwerpunktstaatsanwaltschaft
636 Umweltkriminalität“ mit landesweiter Ermittlungsbefugnis.

637 Wir wahren das Naturerbe in NRW für die nächsten Generationen –Mit einer
638 Stiftung Naturerbe NRW
639 Das Naturerbe in Nordrhein-Westfalen steht unter Druck durch Privatisierung und
640 Zersiedelung. Für uns gilt: Das Naturerbe gehört uns allen und darf nicht hinter
641 hohen privaten Zäunen der Gemeinschaft entzogen werden. In einer rechtlich
642 selbstständigen „Stiftung für das Naturerbe in NRW“ bündeln wir die Naturflächen
643 im Besitz des Landes in einer zentralen Stelle und schützen sie damit vor
644 Privatisierung. Durch aktiven Zukauf von Flächen und Flächenaustausch bei
645 Projekten mit landesweiter Bedeutung schaffen wir einen landesweiten, dauerhaft
646 geschützten Biotopverbund, der für Generationen allen Menschen im Land
647 offenstehen und Natur erlebbar machen wird.

648 Natur und Umwelt lernen –Wir bilden Naturschützer*innen von Morgen
649 Das Wissen über den Schutz von Umwelt, Natur und Klima ist nicht
650 selbstverständlich. Wenn mehr Menschen jeden Alters und aus jedem sozialen
651 Milieu informiert sind, mehr Menschen in ihrer ganz eigenen Art und Weise
652 Naturschützer*innen werden, dann können wir die Klima-und Artenkrise gemeinsam
653 besser meistern. Dabei leitet uns das Konzept der Bildung für nachhaltige
654 Entwicklung (BNE), das wir in allen Bildungsbereichen fest verankern werden. Das
655 Wissen über die internationalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (sustainable
656 development goals) und die sozial-ökologische Transformation zur Erreichung
657 dieser Ziele werden so in die Breite der Gesellschaft getragen –von der Kita,
658 über die Lehrerinnenbildung bis zur Senioren-Uni. Dafür setzen wir einen Rahmen,
659 der von den Bildungsträgern mit ihren didaktischen Konzepten mit Leben gefüllt
660 werden kann. In den regionalen Bildungsnetzwerken wird Bildung für nachhaltige
661 Entwicklung zu einer tragenden Säule. Wir fördern außerschulische
662 Kooperationspartnerschaften und bauen die BNE-Regionalzentren zu einem
663 landesweiten BNE-Landesnetzwerk aus, das mehr Projekte, Netzwerkpartner und
664 kommunale Aktivitäten beinhaltet.

665 Unseren Wald für die nächsten Generationen bewahren
666 Wälder verdienen unseren besonderen Schutz. Sie sind eine wesentliche CO2-Senke
667 und als solche unsere stärksten Verbündeten im Kampf gegen die
668 Klimakrise. Gleichzeitig sind sie selbst im Klima-Dauerstress. Aus diesem Grund
669 machen wir den Waldumbau hin zu naturnahen, arten-und strukturreichen Wäldern
670 zum Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft. Hier werden klima-tolerante
671 und heimische Baumarten zum neuen Normal. Das gilt für Wald in öffentlicher Hand
672 genauso wie für den privaten Waldbesitz. Damit es gelingt, bauen wir die
673 Angebote des Vertragsnaturschutzes im Bereich des Privatwaldes aus. Außerdem
674 entwickeln wir das Forstliche Bildungszentrum in Arnsberg zu einem
675 Waldbildungszentrum weiter, um hier verstärkt ökologische und klimatologische
676 Zusammenhänge zu vermitteln. Daneben stärken wir den Waldnaturschutz und werden
677 weitere Wildnis-Gebiete ausweisen.
678 Der Waldumbau gelingt nur mit den Waldeigentümer*innen zusammen. Wir werden
679 geeignete Förder-und Beratungsinstrumente schaffen, die den Waldumbau zu einer
680 naturgemäßen Waldwirtschaft vorantreiben. Forstbetriebsgemeinschaften und
681 forstliche Zusammenschlüsse wie Waldgenossenschaften sind sehr gut geeignet, um
682 die Potenziale kleiner privater Waldflächen zu bündeln und die

683 Waldbesitzer*innen fachlich und wirtschaftlich zu unterstützen. Die Gründung von
684 Bürger*innenwaldgenossenschaften werden wir unterstützen, um Bürger*innen aktiv
685 in den Schutz des Waldes mit einzubeziehen. Der wachsenden Waldbrandgefahr
686 begegnen wir, indem wir die Kommunen in der Brandprävention und der effektiven
687 Brandbekämpfung unterstützen.

688 Der Wald ist Artenbewahrer und Häuslebauer
689 Naturverjüngung – also der sich selbst erneuernde Wald – ist zentral für eine
690 naturnahe Wiederbewaldung von Kahlfleichen. Ein naturverjüngter Wald ist ein
691 wichtiger Lebensraum für bedrohte Arten. Doch in vielen Teilen Nordrhein-
692 Westfalens verhindern deutlich überhöhte Wildbestände genau diesen wichtigen
693 Prozess. Um den Waldumbau hin zu klimastabilen Mischwäldern gestalten zu können,
694 ist eine konsequente Reduzierung der Wildbestände auf ein verträgliches Maß
695 erforderlich. Öffentliche Gelder zur Herstellung einer naturnahen Waldnutzung
696 sollten daher zukünftig nur dann erteilt werden, wenn gleichzeitig das
697 notwendige ökologische Wildmanagement erfolgt.
698 Holz ist ein wertvoller, klimaneutraler Baustoff, der nachwächst und CO₂ über
699 viele Jahrzehnte lang binden kann. Deshalb wollen wir in Zukunft stärker auf den
700 Baustoff Holz aus unseren heimischen Wäldern setzen. Öffentliche Gebäude sollen
701 hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen, indem sie statt mit Kies und Zement
702 verstärkt aus Laub- und Nadelholz gebaut werden. Wir wollen auch für die
703 kommunale Ebene entsprechende Anreize setzen und entsprechend die Verwendung von
704 Holz im Baugewerbe stärker unterstützen.

705 Sauberes Trinkwasser – immer und überall
706 Nitrat, Pestizide, Medikamentenreste und Mikroplastik haben in unseren Gewässern
707 nichts zu suchen. Eine der größten Belastungen für unser Trinkwasser geht nach
708 wie vor von Nitratreinträgen aus der Landwirtschaft aus. Aber auch der Einsatz
709 von Pestiziden setzt unseren Gewässern zu. Diese Stoffeinträge stellen die
710 Wasserversorger bei der Aufbereitung unseres Trinkwassers schon heute vor
711 erhebliche finanzielle Herausforderungen. Wir unterstützen daher Landwirt*innen
712 und die Wasserwirtschaft beim Schutz von Wasser und Umwelt und setzen die
713 bestehenden Regeln zum Gewässerschutz konsequent um. Um unser Wasser sauber zu
714 halten, fördern wir nachhaltige Formen der Landnutzung und Tierhaltung.
715 Erdgasförderung oder tiefe Geothermie mittels „Frackings“ gefährden unser
716 Trinkwasser. Daher lehnen wir diese Technologien auch aus Gründen des
717 Trinkwasserschutzes ab.

718 Wir wenden konsequent das Vermeidungs- und Vorsorgeprinzip und die
719 Herstellerverantwortung bei Verschmutzungen unseres Wassers an. Zur fairen
720 Verteilung der steigenden Kosten für die Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung,
721 setzen wir einen Verursacherfonds auf und reformieren die Abwasserabgabe. So
722 stärken wir die Produktverantwortung von Herstellern. Die Wiederverwendung von
723 Abwässern und Speicherung von Regenwasser werden wir regeln und Anreize zum
724 Wassersparen schaffen. Um unsere Gewässer und Böden als Lebensraum und Quelle
725 für unser Trinkwasser zu schützen, muss eine Verbesserung der Klärtechnologie
726 und die dafür notwendige Finanzierung sichergestellt werden.
727 Wasser ist unser Lebensmittel Nr. 1 und sollte daher allen Menschen kostenfrei
728 zur Verfügung gestellt werden. Daher ergreifen wir die Initiative für eine
729 flächendeckende Trinkwasserversorgung an öffentlichen Plätzen, indem wir die
730 Kommunen in rechtlichen und organisatorischen Fragen unterstützen. Wir setzen
731 die europäische Trinkwasserrichtlinie vollständig um.

732 Wir schützen den Lebensraum Wasser

733 Die zurückliegenden Hitzesommer und Flutkatastrophen machen die Auswirkungen der
734 Klimakrise zunehmend spürbar. Wir entwickeln eine „Zukunftsstrategie Wasser“, um
735 angemessen auf die Auswirkungen der Klimakrise reagieren zu können. Auch
736 Maßnahmen zur Verteilung der Wasserressourcen schreiben wir darin fest. Die
737 europäische Wasserrahmenrichtlinie verlangt eine Wiederherstellung des naturnahen
738 Zustandes unserer Gewässer.

739 Diese Vorgaben werden zum Schaden von Umwelt und dem Menschen schon viel zu
740 lange ignoriert. Das werden wir ändern. Denn lebendige, durchgängige und
741 naturnah fließende Gewässer bilden mit ihren Auen wichtige Lebensräume
742 für verschiedene Arten und leisten daher einen unersetzlichen Beitrag zum Erhalt
743 der Biodiversität. Im Sinne eines ökologischen Hochwasserschutzes verankern wir
744 das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung mit Mooren, Auwäldern und
745 Feuchtwiesen stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung.

746 Wo „Wasserschutzgebiet“ drauf steht, muss auch Wasserschutz drin sein. Deshalb
747 überarbeiten wir das Landeswassergesetz und stärken den Wasserschutz nach vier
748 Jahren des Rückschritts wieder. Derzeit blockieren viele tausend Querbauwerke,
749 Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Um die Wasserkraftnutzung mit
750 den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie in Einklang zu bringen, müssen
751 insbesondere kleine Wasserkraftanlagen unter ökologischen Aspekten
752 weiterentwickelt werden. Fisch- und fließgewässerfreundliche Wasserkraftwerke
753 sollten bevorzugt werden und können zur Verbesserung des Fließgewässers
754 beitragen und gleichzeitig einen Beitrag zur Stromerzeugung leisten. Verrohrte
755 Bäche im Stadtgebiet sollten – wo möglich – offengelegt und renaturiert werden.

756 Saubere Luft – überall in NRW

757 Saubere Luft ist überlebenswichtig. Jedes Jahr sterben in Deutschland 70.000
758 Menschen vorzeitig aufgrund schlechter Luft. Gerade Menschen mit geringen
759 Einkommen können es sich nicht aussuchen, ob sie an belasteten
760 Hauptverkehrsstraßen oder in der Nähe einer stickstoff-lastigen industriellen
761 Massentierhaltung leben. Insofern ist saubere Luft auch eine Frage der
762 Gerechtigkeit. Mit der Wende hin zu schadstoffarmem, emissionsfreiem Verkehr und
763 Kraftwerk, mehr Stadtgrün und weniger versiegelten Flächen machen wir die Luft
764 sauberer. In der Landwirtschaft senken wir die Stickstoff- und Pestizidbelastung
765 durch die Stärkung einer bäuerlichen Landwirtschaft, die ihre Tierbestände
766 wieder an die vorhandene Fläche anpasst und in tiergerechten Ställen hält.
767 Die Überschreitung von Grenzwerten ist keine Bagatelle, sondern gefährdet die
768 Gesundheit der Menschen. Statt auf die nächste Klage zu warten, setzen wir die
769 Grenzwerte konsequent um und unterstützen Kommunen und Kreise dabei, bevor es
770 überhaupt zu Klagen kommt. Wir legen ein Programm zur Verbesserung des
771 Messnetzes auf, das insbesondere bisher ausgesparte Orte wie Flughäfen,
772 Flusshäfen und Wohnbebauung einschließt. Zurzeit nicht erfasste, aber
773 hochgefährliche Schadstoffe wie Ultrafeinstäube nehmen wir in das Messnetzauf
774 und überwachen sie systematisch. Beim Gesundheitsschutz darf es keine Lücken
775 geben.

776 Wir stärken Bäuer*innen, Tiere und Natur

777 Gute Nahrungsmittel aus einer gesunden Natur – Sicherheit für Landwirt*innen
778 Gute Lebensmittel von artenreichen Feldern und von gesunden Tieren, hergestellt
779 von Bäuer*innen mit sicherem Einkommen in NRW. Das ist unser grüner Plan für die

780 Landwirtschaft der Zukunft. Immer mehr Menschen wollen regionale,
781 klimafreundliche und gesunde Lebensmittel kaufen –und immer mehr Landwirt*innen
782 wollen diese produzieren. Wir geben dieser Bewegung Rückenwind und wollen die
783 Rechte der Konsument*innen durch einen besseren Verbraucher*innenschutz stärken
784 sowie die Bäuer*innen beim Umstieg unterstützen. Landwirtschaft und der Schutz
785 von Tieren, Klima, Umwelt und Gewässern sind keine Gegensätze, sondern bedingen
786 einander. Ohne eine intakte Natur, fruchtbare, Böden, sauberes Wasser und ein
787 stabiles Klima können Landwirt*innen auf Dauer nicht sicher arbeiten. Schon
788 heute tragen viele Landwirt*innen aktiv zum Schutz der natürlichen Ressourcen
789 bei. Sie werden wir weiter unterstützen und allen, die den Aufbruch wagen, unter
790 die Arme greifen. Das geht nur im engen und offenen Austausch zwischen
791 Landwirt*innen, Verbraucher*innen und Wissenschaftler*innen. Unser Leitbild ist
792 die ökologische, strukturreiche und bäuerliche Landwirtschaft, die auf einem
793 Fundament von Pestizidfreiheit, Tiergerechtigkeit und Gentechnikfreiheit steht.
794 Eine industrialisierte Massentierhaltung hat in der Landwirtschaft der Zukunft
795 hingegen keinen Platz. Mit einer gezielten Förderung naturverträglicher
796 Landwirtschaft geben wir mehr und mehr landwirtschaftlichen Betrieben die
797 Planungs- und Investitionssicherheit, die sie brauchen. Unser Ziel ist es, den
798 Anteil des Ökolandbaus von heuteknapp sieben Prozent auf 25 Prozent bis 2030 zu
799 steigern, wie es die von uns unterstützte erfolgreiche „Volksinitiative
800 Artenvielfalt“ fordert. Gemeinsam mit dem Bund setzen wir die europäischen
801 Vorgaben zur Verringerung des Stickstoffeintrages durch Düngemittel konsequent
802 um und schützen so Trinkwasser und Böden. Mittelfristig reduzieren wir den
803 Viehbestand auf ein umwelt- und tierverträgliches Maß.
804 Landwirtschaft entwickelt sich weiter. Wir wollen dabei die Agrarforschung hin
805 zu einer naturverträglichen Landwirtschaft ausweiten, von vielfältigen
806 Fruchtfolgen, über widerstandsfähige Anbausysteme bis hin zu Agroforstansätzen.

807 Eine Landwirtschaft ohne Pestizide – Für Bienen, Vögel und Co.
808 2100 Tonnen Pestizide wurden im Jahr 2017 landesweit auf den Feldern
809 ausgebracht. Mit verheerenden Folgen für die Artenvielfalt auf und neben dem
810 Acker und der Gesundheit von uns Menschen. Unser Ziel ist es, die Abhängigkeit
811 der modernen Landwirtschaft von chemisch-synthetischen Pestiziden zu überwinden.
812 Mit einem verbindlichen Pestizidreduktionsprogramm halbieren wir den Einsatz von
813 Pestiziden kurzfristig. Besonders die für die Artenvielfalt kritischen Pestizide
814 finden keinen Einsatz mehr. Als Steuerungsinstrument setzen wir auf eine NRW-
815 Pestizidatenbank, mit der die Abkehr von Pestiziden für alle transparent und
816 planbar wird. Wir lassen die Landwirt*innen auf diesem Weg nicht allein. Wo durch
817 die Umstellung Mehrkosten anfallen, wollen wir die Landwirt*innen mit Förder- und
818 Ausgleichskonzepten unterstützen und ihnen mit Beratungsangeboten zur Seite
819 stehen.

820 Die Kosten für Umwelt und Gesundheit durch einen aus dem Ruder gelaufenen
821 Pestizideinsatz zahlen gerade wir alle, besonders auch die Menschen auf dem
822 Land. Mit einer verursacherorientierten Pestizidabgabe, vorzugsweise auf
823 Bundesebene, geben wir den Schäden einen ehrlichen Preis und nutzen die
824 Einnahmen gezielt für die Umstellung auf eine pestizidarme Landwirtschaft und
825 die Wiederherstellung intakter Natur.

826 Der Einsatz für Natur, Tiere und Menschen muss sich für die Landwirt*innen
827 lohnen
828 Der Löwenanteil der Agrarförderung geht derzeit an die größten Betriebe, nicht
829 an diejenigen, die tagtäglich mit großem Aufwand gesunde Lebensmittel im

830 Einklang mit der Natur erzeugen. In Nordrhein-Westfalen werden wir alle
831 Möglichkeiten nutzen, damit das öffentliche Geld von EU, Bund und Land an die
832 Bäuer*innen und Betriebe geht, die mit ihrem Schutz von Natur und Tieren eine
833 öffentliche Leistung erbringen. Der Umstieg in eine insekten- und
834 vogelfreundliche Landwirtschaft muss sich lohnen.
835 Gerade kleine Feldeinheiten und bäuerliche Betriebe sind gut für die
836 Artenvielfalt und bilden das Rückgrat des ländlichen Raums. Mit zielgerichteter
837 Unterstützung bäuerlicher Betriebe stoppen wir das Sterben kleiner Höfe. Durch
838 den Ausbau sozialökologischer Beratungsangebote für Familienbetriebe bieten wir
839 konkrete und niederschwellige Hilfe, damit der Übergang zwischen den
840 Generationen und in die Landwirtschaft der Zukunft gelingt. Bestehende Programme
841 zum Umbau der Tierhaltung hin zu mehr Tierwohl sind für viele kleine Unternehmen
842 durch zu hohe Anforderungen versperrt. Statt umzubauen, geben so viele Betriebe
843 auf. Wir setzen ein landeseigenes Förderprogramm auf, das gezielt Bauvorhaben
844 kleinerer und mittlerer Betriebe fördert und schließt so eine Lücke in der
845 Agrarförderung. Wo Arbeitsbedingungen in landwirtschaftlichen Betrieben und dem
846 verarbeitenden Gewerbe untragbar sind, greifen wir hart gegen Ausbeutung durch
847 und unterstützen bessere Arbeitsschutzvorgaben auf Bundes- und EU-Ebene.

848 Genuss für Artenvielfalt und Natur
849 Viele Menschen wünschen sich regionale, handwerkliche Produkte aus einer
850 bäuerlichen Landwirtschaft. Wir richten in jedem Kreis und jeder Großstadt ein
851 Zentrum für handwerkliche Lebensmittelverarbeitung ein. In enger Zusammenarbeit
852 mit den Kommunen und den dortigen Betrieben wird vor Ort entschieden, was
853 gebraucht wird, vom Wiederaufbau eines kleinen Schlachthofes bis zu einer
854 regionalen Vertriebsstelle.

855 Zuverlässige Abnahme schafft Sicherheit. Mit dem „300 mal 30 Prozent-Programm“
856 fördern wir mindestens 300 Kantinen und Mensen von Betrieben, Krankenhäusern,
857 Behörden, Kitas und Schulen dabei, mindestens 30 Prozent ihrer Produkte aus dem
858 Ökolandbau zu beziehen – so viel wie möglich davon regional, direkt von den
859 Betrieben oder regionalen Vertriebsnetzen. Hochwertiges Bio-Fleisch aus der
860 Region machen wir von der Ausnahme zum Standard, vollwertige fleischfreie und
861 vegane Angebote zur täglichen Selbstverständlichkeit. So schaffen wir regionale
862 Märkte mit fairen Preisen und Planungs- und Investitionssicherheit für
863 landwirtschaftliche Betriebe. Und nicht zuletzt: Orte, an denen viele Menschen
864 gesundes und ökologisch produziertes Essen aus ihrer Region genießen können!
865 12 Millionen Tonnen noch essbarer Lebensmittel werden jedes Jahr in Deutschland
866 weggeworfen, ein großer Teil davon auch in NRW. Gemeinsam mit dem Bund weiten
867 wir Projekte zur Eindämmung dieser Lebensmittelverschwendung aus, verpflichten
868 den Handel und Produzent*innen genusstaugliche Lebensmittel weiterzugeben und
869 entkriminalisieren das Retten von Lebensmitteln, das so genannte „Containern“.

870 Tiere haben ein Recht auf ein gutes Leben
871 Mit einer ambitionierten „Landesstrategie Nutztierhaltung“ wollen wir die
872 Tierhaltung deutlich verbessern und für tiergerechte Haltungsbedingungen in
873 nordrhein-westfälischen Ställen sorgen. Wir verbessern den Tierschutz auf den
874 Schlachthöfen in Nordrhein-Westfalen. Insbesondere bei tierschutzsensiblen
875 Arbeitsbereichen wie dem Zutrieb, der Betäubung und dem eigentlichen Töten, muss
876 die bisherige Akkordarbeit beendet werden. Wir stärken die Kontrollen durch
877 unabhängige Kontrolleur*innen und setzen auf flächendeckenden Einsatz von
878 Videokontrollen. Jedes Jahr werden Millionen von Schweinen vor der Schlachtung
879 mit Kohlendioxid betäubt, obwohl es Zweifel an Wirksamkeit und Schmerzfreiheit

880 gibt. Wir setzen auf tierschutzkonforme Alternativen für die CO₂-Betäubung.
881 Lange Lebendtransporte bedeuten für die Tiere ungeheure Strapazen und nicht
882 selten qualvolles Leiden. Wir beschränken Tiertransporte aus NRW in andere EU-
883 Länder ausnahmslos auf maximal vier Stunden, genehmigen sie nur unter strengen
884 Tierschutz-Auflagen und kontrollieren diese besser. Da bei Lebendtiertransporten
885 in Nicht-EU-Länder die Einhaltung der Tierschutz-Standards nicht gewährleistet
886 werden kann, werden wir diese Transporte aus NRW beenden und uns für ein
887 bundesweites Verbot einsetzen.

888 Mehr Power für den staatlichen Tierschutz
889 Um Tierschutz durchzusetzen, ist es unerlässlich, dass der oder die
890 Landestierschutzbeauftragte in Zukunft endlich weisungsunabhängig agieren kann.
891 Wir machen den Tierschutz in NRW effektiv, indem wir diesen in einem Ministerium
892 bündeln. Die seit Jahren anhaltende, unzureichende personelle Ausstattung der
893 Veterinärämter hat immer wieder zur Konsequenz, dass massive
894 Tierschutzverletzungen nicht geahndet werden. In zu vielen Fällen werden
895 Vergehen nicht durch die örtlichen Veterinärämter aufgedeckt, sondern durch
896 Tierschützer*innen, Bürger*innen oder Journalist*innen. Nicht selten bringen
897 diese sich bei dieser Aufklärungsarbeit selbst in Gefahr. Daher führen wir das
898 abgeschaffte Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände so schnell wie
899 möglich wieder ein und bauen es aus, indem wir eine Feststellungs- und
900 Anfechtungsklage mit der Möglichkeit einer aufschiebenden Wirkung für alle
901 tierschutz-relevanten Bereiche einführen.

902 Tierversuche reduzieren, Haustiere schützen
903 Die Zahl der Tierversuche ist seit Jahren auf einem konstant hohen Niveau,
904 obwohl die Alternativen in den letzten Jahren vielfältiger und aussagekräftiger
905 wurden. Wir setzen uns für ein Verbot von Tierversuchen ein, für die es
906 anerkannte, tierleidfreie Alternativen gibt. Mit klaren Zielvereinbarungen,
907 gezielter Förderung und eindeutigen Vorgaben reduzieren wir die Anzahl der
908 Tierversuche deutlich und streben ein Ende von Tierversuchen an. Auch im
909 privaten Bereich kann der Tierschutz noch verbessert werden. Mit einem
910 Gefahrtiergesetz stellen wir sicher, dass potenziell für andere Menschen
911 gefährliche Tiere gut und sicher gehalten werden. Wir lehnen Reptilien- und
912 Exotenbörsen ab und setzen uns für eine stärkere Kontrolle ein. Das bestehende
913 Gifttiergesetz ist deutlich zu kurzgefasst und leistet keinen Beitrag zur
914 Eindämmung des Handels und der Haltung mit und von exotischen Wildtieren.
915 Tierheime übernehmen eine wichtige gesellschaftliche Funktion, werden aber
916 finanziell und strukturell vernachlässigt. Viel zu oft ist ihre Finanzierung von
917 Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Sponsoring abhängig. Wir führen landesweit eine
918 verbindliche Vergütung von Tierheimen für die Unterbringung von Heimtieren ein,
919 damit die Tierheime sicher planen und Tiere bestmöglich schützen können. Seit
920 Jahren sind sich Expert*innen darüber einig, dass Wildtiere unter den
921 Bedingungen nicht ortsfester Einrichtungen (Zirkusbetriebe) nicht art- und damit
922 tierschutzgerecht gehalten werden können. Trotz mehrerer Initiativen des
923 Bundesrates kam es bisher nicht zu einem Verbot der Mitführung von Wild- und
924 Großtieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die sogenannten Zirkusleitlinien
925 unverzüglich und nach neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen überarbeitet und
926 in diesem Punkt angepasst werden.

927 Wir bewahren unsere Landschaften und unseren Boden

928 Mit neuen Konzepten gegen den Flächenfraß

929 Unser Boden ist eine endliche Ressource. In keinem anderen Flächenland ist er so
930 knapp wie im dicht besiedelten NRW. Gleichzeitig ist der Verbrauch von Fläche
931 durch Bebauung und den Rohstoffabbau eine der Ursachen für die schlimmsten
932 Umweltprobleme, angefangen beim Artensterben, über Dürre- und
933 Hochwasserereignisse bis hin zur Erderwärmung. Wir machen endlich Ernst im Kampf
934 gegen den Flächenfraß – mit einem klaren Rechtsrahmen und intelligenten Lösungen.
935 Dazu schreiben wir zunächst eine Obergrenze für den Flächenverbrauch von fünf
936 Hektar pro Tag im Landesentwicklungsplan (LEP) fest. Bis spätestens 2035 wollen
937 wir dafür sorgen, dass nicht mehr Fläche verbraucht, als gleichzeitig entsiegelt
938 wird. Mit Hilfe von tauschbaren Flächenentwicklungs-Zertifikaten sorgen wir
939 dafür, dass unsere Kommunen und Kreise Entwicklungsspielräume behalten.
940 Gleichzeitig setzen wir mit einer Versiegelungsabgabe Anreize, Flächen der Natur
941 zurückzugeben. Um für den verbleibenden Flächenverbrauch zukünftig einen
942 wirksamen und ortsnahen ökologischen Ausgleich sicherzustellen, führen wir ein
943 klares Ökopunktesystem ein.

944 Brachflächen reaktivieren, Altlasten entsorgen

945 Der jahrzehntelange Strukturwandel hat sichtbare Spuren in Form von
946 industriellen und gewerblichen Brachflächen hinterlassen. Hier soll Neues
947 entstehen. Doch Entgiftung, Abriss und Verkehrsanschluss sind für private
948 Investor*innen und Kommunen oft unwirtschaftlich oder einfach nicht leistbar.
949 Darum verstärken wir das Engagement des Landes bei der Reaktivierung von
950 Brachflächen. Dazu bauen wir den Grundstücksfonds NRW zu einem landesweiten
951 Brachflächen- und Grundstücksfonds aus. Mit seiner Hilfe geben wir Kommunen die
952 Möglichkeit, Flächen anzukaufen, zu entwickeln und neu zu nutzen. Parallel
953 verdoppeln wir die Fördermittel des Landes für die Beseitigung von Altlasten auf
954 kommunalen Flächen und machen diese auch für gemeinnützige und
955 gemeinwohlorientierte Grundstückseigentümer*innen zugänglich.

956 Mehr grün, weniger grau: neue Standards in der Flächenentwicklung

957 Unser langfristiges Ziel ist eine Gesellschaft, die nicht mehr Fläche
958 verbraucht, als sie der Natur zurückgibt. Bis es so weit ist, setzen wir neue
959 klima- und umweltfreundliche Maßstäbe bei der Flächenentwicklung. Tote
960 Schottergärten, Parkplatzwüsten oder Industriebauten mit dem energetischen
961 Standard von Wellblechhütten wird es mit uns zukünftig nicht mehr geben.
962 Stattdessen setzen wir auf verkehrsberuhigte Plus-Energie-Siedlungen, Null-
963 Emissions-Gewerbeparks und kühle, artenreiche Gärten. Mit einer Reform des
964 Landesplanungsgesetzes geben wir unseren Städten und Gemeinden die Möglichkeit,
965 über kommunale Entwicklungssatzungen geeignete Standards für die Erschließung
966 von Grundstücken, nachhaltiges Bauen, regenerative Energiekonzepte, die
967 ökologische Gestaltung von Gärten und Freiflächen, die Versickerung von
968 Regenwasser oder die Begrünung von Dächern festzulegen.

969 "Wohnen über dem Supermarkt, parken darunter": Wir nutzen bebaute Fläche
970 effektiver

971 Den Flächenfraß aufhalten bedeutet auch, bereits bebaute Flächen effektiver zu
972 nutzen. Wir geben unseren Kommunen dafür neue Instrumente an die Hand und fördern
973 innovative Bebauungs- und Nutzungskonzepte. Dazu werden wir die Landesbauordnung
974 ändern, um unterschiedliche Nutzungen auf einem Grundstück, wie z.B. die Wohnung

975 über dem Supermarkt, leichter vereinen zu können. Wir geben Kommunen die
976 Möglichkeit, hierzu Vorgaben zu machen. Um zusätzlichen Wohnraum auf vorhandenen
977 Flächen zu schaffen, werden wir Dachausbauten und Aufstockungen fördern und dazu
978 die soziale Wohnraumförderung und die bestehenden Förderprogramme zur
979 Gebäudesanierung erweitern. Großflächig betonierten Parkplätzen vor
980 Firmengebäuden oder Supermärkten werden wir einen planungsrechtlichen Riegel
981 vorschieben und durch die Festschreibung von Tiefgaragen und Parkhäusern Fläche
982 schonen. Dabei werden wir dafür sorgen, dass in urbanen Gebieten ganz auf
983 Stellplätze verzichtet werden kann und senken durch bedarfsgerechte Vorgabe von
984 Stellplätzen die Baukosten.

985 Eine Landgesellschaft für den Naturschutz und die Land- und Forstwirtschaft
986 Grund und Boden wird nicht nur für den Siedlungsbau gebraucht. Auch wer Flüsse
987 renaturieren, Landwirt*innen fördern und eine ökologische Forstwirtschaft
988 umsetzen will, ist auf die knappe Ressource Boden angewiesen. Was in anderen
989 Bundesländern schon lange erprobt ist, wollen wir jetzt in NRW realisieren: Mit
990 einer gemeinnützigen „Landgesellschaft“ können wir Boden für ökologische, aber
991 auch für agrar- und forststrukturelle Zwecke bevorraten und vergeben. So steuern
992 wir die Bewirtschaftung unbebauter Flächen und sorgen für eine
993 gemeinwohlorientierte Nutzung. Um eine auf sozialökologische Belange abgewogene
994 Grundstücksvergabe zu gewährleisten, schaffen wir eine solide gesetzliche
995 Grundlage zur Bestimmung der Gemeinwohlkriterien und installieren ein
996 unabhängiges und fachübergreifendes Aufsichtsgremium.

K2 Innovativ wirtschaften

Antragsteller*in: .

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 Innovativ wirtschaften

2 Nordrhein-Westfalen ist ein wirtschaftlich starkes Land. Die Unternehmen und
3 Beschäftigten haben hierzulande schon viele Veränderungen gemeistert und daraus
4 neue Stärke gezogen. Auch jetzt sind viele Unternehmen und ihre Beschäftigten
5 längst bereit zum Aufbruch: Sie wollen NRW zum ersten klimaneutralen
6 Industriestandort machen. Denn sie wissen: Die Märkte der Zukunft sind
7 klimaneutral und digital.
8 Die Veränderungen sind groß und bedrohen manches Geschäftsfeld und manchen
9 Arbeitsplatz. Eine Politik, die nur darauf bedacht ist, zu erhalten, was keine
10 Zukunft hat, wird aber auf Dauer mehr gefährden, als sie bewahrt. Wer jetzt
11 konsequent in die Technologien von morgen investiert, wer im besten Sinne
12 vorausschauend vorangeht, wird die Veränderungen zum Positiven gestalten können.
13 Das ist unsere Überzeugung und unser Angebot.
14 Dafür geben wir der Wirtschaft in NRW einen klaren Rahmen und Unterstützung im
15 Wandel. Mit verlässlichen Regeln, in denen es sich für viele kreative Menschen,
16 Initiativen und Unternehmer*innen in allen Wirtschaftsbereichen finanziell
17 lohnt, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Mit gezielter Förderung,
18 funktionierender, zeitgemäßer Infrastruktur und einer durchweg digitalen und
19 deutlich effizienteren Verwaltung.
20 Klimafreundliche Wirtschaft denkt im Kreislauf, schont Ressourcen und schützt
21 unsere Lebensgrundlagen. In NRW wollen wir zeigen, wie es geht. Klimaneutraler
22 Stahl, grüner Wasserstoff, saubere Chemie und das Bauen der Zukunft sind die
23 Fundamente für den klimaneutralen Wohlstand. Mittelständische Unternehmen, das
24 Handwerk und die vielen Start-Ups sind der Innovationsmotor in NRW. Damit er
25 nicht stottert, starten wir den Klima-Turbo mit besseren Arbeitsbedingungen,
26 unbürokratischer Förderung und einer Fachkräfteoffensive. Wir streiten an der
27 Seite der Gewerkschaften für gute Arbeitsbedingungen, faire Löhne und
28 Mitbestimmung im Wandel. Soziale und solidarische Unternehmen zeigen, wie
29 Wirtschaft für das Gemeinwohl funktioniert mit uns haben sie eine verlässliche
30 Partnerin.
31 Wir definieren europäische und globale Verantwortung neu. NRW übernimmt
32 Verantwortung in Europa und der Welt, ohne Wenn und Aber. Lieferketten, die nur
33 durch Umweltzerstörung und Ausbeutung funktionieren, gehören in die
34 Vergangenheit. Ganz egal wo. Unser NRW nutzt die EU-Mittel wie die aus dem
35 Europäischen Green Deal für innovative Ideen für die klimaneutrale Zukunft und
36 schafft neue, sichere Arbeitsplätze.
37 Nach den Erschütterungen durch die Pandemie bauen wir mit den Unternehmen eine
38 Brücke in eine bessere Zukunft. Tragende Säule ist die Digitalisierung. Mit uns
39 wird der Ausbau der digitalen Infrastruktur zur Chef*innensache. Wir werden
40 dafür sorgen, dass Home-Office nicht mehr an der Internetverbindung hängt und
41 digitale Innovationen der Industrie nicht am Ladebalken scheitern. Wir stärken
42 die Verbraucherzentralen, damit Verbraucherschutz nicht denen vorbehalten
43 bleibt, die ihn sich leisten können.

44 Die Wirtschaft in NRW hat das Zeug dafür, bis 2040 klimaneutral zu werden. Wir
45 machen es
46 möglich.

47 Wir machen NRW zum klimaneutralen Industrieland

48 Klimaschutz schafft Wohlstand

49 Die Märkte der Zukunft sind klimaneutral. Wer früh und konsequent diesen Weg
50 geht und die Lösungen für eine klimaneutrale Gesellschaft entwickelt, wird im
51 globalen Wettbewerb langfristig die Nase vorn haben. Dabei arbeitet die
52 Wirtschaft von morgen innerhalb der Grenzen, die unser Planet uns setzt. Zögern,
53 zaudern und warten auf den Rest Deutschlands oder gar die ganze EU ist nicht nur
54 ein Risiko für den Klimaschutz, sondern insbesondere für den Industriestandort
55 NRW. Denn die nächsten Jahre sind nicht nur für den Klimaschutz, sondern genauso
56 für unseren Wirtschaftsstandort entscheidend. Wir werden NRW mutig auf den Weg
57 zur Klimaneutralität führen und so die Grundlage für nachhaltigen Wohlstand
58 legen. Dies gelingt, wenn Unternehmen Anreize spüren in die Zukunft zu
59 investieren, ihnen klare Regeln aufgezeigt werden und ihnen Unsicherheiten
60 genommen werden. Langfristige Planungs- und Investitionssicherheit sind der
61 Kern grüner Industriepolitik. Die Instrumente dafür, allen voran Klimaverträge,
62 müssen vor allem auf Bundesebene geschaffen werden. Wir werden aber mit einem
63 Investitionspaket für die Industrie zusätzliche Impulse auf Landesebene geben.
64 Mit transparenten und langfristigen Klima- und Nachhaltigkeitsstandards und
65 steigenden Quoten für klimaneutrale Produkte machen wir öffentliche Aufträge zum
66 Treiber der sozial-ökologischen Transformation. Mit einer Ausbauoffensive für
67 Erneuerbare Energien gießen wir das Fundament für eine klimaneutrale, bezahlbare
68 und verlässliche Energieversorgung der Wirtschaft in NRW.

69 Mit grünem Stahl den Stahlstandort NRW sichern

70 Nordrhein-Westfalen ist der wichtigste Standort der Stahlindustrie in
71 Deutschland und Europa. Wir Grünen in NRW setzen uns für den Erhalt einer
72 nachhaltigen, innovativen und wettbewerbsfähigen Stahlindustrie in Nordrhein-
73 Westfalen ein. Wir werden uns im Bund für einen EU-weit wirksamen Dumping-Schutz
74 einsetzen, der in Zukunft auch Klima-Dumping verhindert. Gleichzeitig müssen
75 Bund und Land den Unternehmen ermöglichen, in neue, klimaneutrale Prozesse zu
76 investieren. Neben degressiven Abschreibungen müssen kurzfristig Klimaverträge
77 ("Carbon Contracts for Difference") durch den Bund aufgesetzt werden. Diese
78 federn das Risiko für die Unternehmen ab, Milliarden in Klimaneutralität zu
79 investieren. Die Stahlindustrie in NRW ist schon auf dem Weg zu neuen Hochöfen
80 mit grünem Wasserstoff. Für uns hat die Versorgungssicherheit der Industrie mit
81 grünem Wasserstoff absolute Priorität. Mit einer Ausbauoffensive für Erneuerbare
82 Energien und gezielter Förderung bauen wir die heimische Produktion von grünem
83 Wasserstoff auf. Gleichzeitig werden wir die notwendigen Importinfrastrukturen
84 für grünen Wasserstoff mit Hochdruck entwickeln und nachhaltig gestalten.

85 Grüner Wasserstoff – Entscheidend für Klimaneutralität in der Industrie

86 Die beste Alternative zur Nutzung von Kohle, Öl und Erdgas ist die Umstellung
87 auf Strom aus Wind, Sonne und Co. Doch wie in der Stahlproduktion, gibt es in
88 der Industrie viele Prozesse, bei denen eine direkte Elektrifizierung nicht
89 möglich ist. Für diese Fälle ist grüner Wasserstoff die Lösung, um dennoch
90 Klimaneutralität zu erreichen. Zusätzlich kann er gespeichert einen wichtigen
91 Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Aber nur grüner Wasserstoff aus

92 erneuerbarem Strom bringt einen Vorteil für das Klima. Deswegen sind Wasserstoff
93 und der Ausbau von Wind und Sonne untrennbar miteinander verbunden. Aktuell gibt
94 es allerdings nicht ausreichend viele Anlagen zur Herstellung von grünem
95 Wasserstoff aus Ökostrom, genauso wenig wie ausreichend viel erneuerbaren Strom.
96 Auch in Zukunft wird grüner Wasserstoff weltweit ein knappes Gut sein. Daher
97 setzen wir uns dafür ein, dass er dort zum Einsatz kommt, wo es keine
98 Alternativen gibt. Das ist neben der Industrie, insbesondere der Chemie- und der
99 Zementindustrie, vorallem der Flug- und der Schiffsverkehr.
100 Auch bei einem starken Ausbau der Erneuerbaren wird NRW absehbar den
101 Wasserstoffbedarf nicht vollständig selbst decken können. Der Aufbau von
102 Importinfrastrukturen aus Norddeutschland und mit Pipelines aus dem Ausland muss
103 daher neben einer Erneuerbaren-Offensive Priorität haben. NRW hat bereits das
104 größte Wasserstoffnetz Deutschlands. Dieses Netz muss mit Hochdruck
105 bedarfsgerecht ausgebaut werden. Die Umnutzung bestehender Erdgasinfrastrukturen
106 muss dabei geprüft werden. Eine Beimischung in die bestehenden öffentlichen
107 Erdgasnetze macht klimapolitisch keinen Sinn und würde nur den Wasserstoff für
108 die Industrie weiter verknappen.

109 Damit die Chemie stimmt – Chemieindustrie fit für die Zukunft
110 Die Chemieindustrie gehört zu NRW und schafft sichere Arbeit für fast 100.000
111 Menschen. Um die Chemieindustrie auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen, gehen wir die
112 zentralen Herausforderungen beherzt an. So schützen wir das Klima und sichern
113 mit einer nachhaltigen Chemieindustrie langfristig den Wohlstand in unserem
114 Land. Allem voran steht die sichere Versorgung mit Erneuerbarer Energie. Damit
115 die Chemieunternehmen von Kohle und Erdgas auf Strom aus Wind und Sonne
116 umstellen können, werden wir eine Ausbauoffensive für Erneuerbare
117 Energien umsetzen, mit dem Ziel, 2035 eine zu 100 Prozent erneuerbare
118 Stromversorgung zu haben. Dazu gehört neben neuen Anlagen in NRW auch der Ausbau
119 der Stromnetze damit der Windstrom aus Norddeutschland zu uns nach NRW kommt.
120 Die zweite große Herausforderung ist die Steigerung des Recyclings. Insbesondere
121 beim chemischen Recycling ist noch Forschungs- und Entwicklungsarbeit notwendig.
122 Mit dem Aufbau eines Instituts für Kunststoffrecycling bauen wir ein
123 Innovations-Hub für ganz NRW.
124 Schließlich überwinden wir die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen. Wir stärken
125 die Bioökonomie in NRW, die mit nachwachsenden Rohstoffen aus einem
126 naturverträglichen Anbau eine zukunftsfähige Alternative zu fossilen
127 Grundstoffen für die Chemieindustrie bildet. Wir werden ein Förderprogramm des
128 Landes aufsetzen, das unternehmerische Projekte in der Bioökonomie gezielt
129 unterstützt und so Arbeitsplätze der Zukunft schafft.

130 Wir machen die Kohleregionen zum Leuchtturm für klimagerechten Strukturwandel
131 Mit dem Ende der Kohleverstromung ist der Strukturwandel im Rheinischen Revier
132 und den Standortkommunen der Steinkohlekraftwerke in vollem Gang. Wir machen die
133 Kohleregionen zu Leuchttürmen für einen klimagerechten Strukturwandel, der neuen
134 Wohlstand, Sicherheit und Lebensqualität schafft für alle Menschen in der
135 Region: Für die Kohle-Kumpel im Tagebau und den Kraftwerken ebenso wie für die
136 Menschen in den bis heute vom Tagebau bedrohten Dörfern. Auch die geschundene
137 Natur der Region wird mit uns einen höheren Stellenwert bekommen. Lange genug
138 wurde sie rücksichtslos ausgebeutet und zerstört. Ein erfolgreicher,
139 klimagerechter Strukturwandel im Revier zeigt den Weg für andere Regionen in NRW
140 und darüber hinaus. Wir werden Nachhaltigkeit und Klimaneutralität ins Zentrum
141 der Strukturwandelpolitik der Landesregierung stellen. Dafür werden wir im

142 Rheinischen Revier mehr Mitspracherechte für die Zivilgesellschaft schaffen,
143 transparentere Entscheidungsprozesse etablieren und klare, verbindliche
144 Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln festlegen. Jedes von uns geförderte
145 Projekt wird einen Beitrag zum Klimaschutz und einer klimagerechten Gesellschaft
146 leisten. Die Menschen werden wir mit einer Qualifizierungsoffensive durch den
147 Strukturwandel begleiten und so auch dem drohenden Fachkräftemangel in vielen
148 klimarelevanten Bereichen begegnen.

149 Zukunftsfeste Arbeitsplätze in den Automobil-Regionen
150 200.000 Menschen in NRW arbeiten in der Automobilindustrie, viele von ihnen in
151 mittelständischen Zulieferbetrieben. Die Branche steht vor einem tiefgreifenden
152 Wandel, denn das Auto der Zukunft fährt elektrisch, autonom und vernetzt. Wir
153 unterstützen sie, diesen Wandel zu meistern und auch weiterhin gute
154 Arbeitsplätze zu sichern. Die Automobilindustrie war schon immer Impulsgeberin
155 für die gesamte NRW-Wirtschaft und muss es bleiben – in Zukunft steht sie für die
156 klimaneutrale Industrie 4.0. Dafür siedeln wir in jeder Autoregion in NRW ein
157 Transformationsnetzwerk an, finanziert aus dem Zukunftsfonds des Bundes. Diese
158 Netzwerke entwickeln gemeinsam mit den Beschäftigten, den Unternehmen und der
159 Politik vor Ort Strategien, wie die Automobilindustrie und die gesamte Region
160 vom Strukturwandel profitieren können. Sie beraten, vernetzen und bündeln
161 Erkenntnisse aus Forschung und Entwicklung und unterstützen innovative Start-Ups
162 beim Markteinstieg. In Lernfabriken, die an die Netzwerke angeschlossenen sind,
163 können Beschäftigte sich in Kooperation mit überbetrieblichen
164 Berufsbildungsstätten und den Hochschulen der Region in Sachen
165 Zukunftstechnologien und Digitalisierung qualifizieren. Sie sollen regionale
166 Orte für das Produkt- und Prozessdesign der Zukunft werden, in denen auch
167 Entscheider aus kleinen und mittleren Unternehmen Impulse und Lösungsansätze auf
168 ihrem Weg in die Industrie 4.0 erhalten.

169 Wir fördern die Kreislaufwirtschaft

170 Kreislaufwirtschaft – Das Ende der Verschwendung
171 In einer Kreislaufwirtschaft sind Produkte von der Flasche, über das Handy bis
172 zum Gebäude langlebig, reparierbar, schadstofffrei, wiederverwendbar und leicht
173 recycelbar. Unser Ziel für NRW heißt „Zero Waste“, bis spätestens 2050. Wir
174 unterstützen Unternehmen auf dem Weg in die Kreislaufwirtschaft mit gezielten
175 Förderprogrammen und klaren Rahmenbedingungen. Landesverwaltungen und
176 landeseigene Betriebe machen wir zu Leuchttürmen der Kreislaufwirtschaft. Denn
177 eine Kreislaufwirtschaft, die wo immer möglich regional verankert ist, schont
178 die natürlichen Ressourcen, schützt das Klima und reduziert die Belastung von
179 Böden, Luft und Wasser durch Altlasten und Schadstoffe.
180 Noch immer landet viel zu viel Bioabfall in der Restmülltonne und wird dann
181 verbrannt. Wir beenden diese Ressourcenverschwendung und setzen die Pflicht zur
182 getrennten Erfassung von Bioabfällen konsequent um. Die kostenlose Biotonne wird
183 überall in NRW zum Standard.
184 Das beste Recycling kann nicht den steigenden Bedarf an fossilen und nicht
185 nachwachsenden Rohstoffen kompensieren. Ein Immer-Mehr an Ressourcenverbrauch
186 kann es angesichts der Grenzen, die uns unser Planet setzt, nicht geben. Wir
187 unterstützen Forschung und Projekte für eine auskömmliche Wirtschaft und
188 Gesellschaft, die in diesen Grenzen gedeiht. Mit einem Zukunftsprogramm
189 Bioökonomie und der Einrichtung eines Bioökonomierates NRW stärken und fördern

190 wir die Forschung und Entwicklung von nachwachsenden Rohstoffen als Startpunkt
191 der Produktkreisläufe der Zukunft. So schaffen wir die Basis für zukunftsfeste
192 Arbeitsplätze in Bereichen wie Landwirtschaft, Chemie, Industrie und
193 Kreislaufwirtschaft.

194 Von der Abfall-zur Ressourcenwirtschaft

195 Abfälle sind für uns kein Müll, sondern die Ressourcen von morgen. Wir
196 entwickeln den ökologischen Abfallwirtschaftsplan zu einem echten
197 Kreislaufwirtschaftsplan weiter. Neben Abfallvermeidung und
198 Rohstoffrückgewinnung setzen wir dabei auf regionale Entsorgungsautarkie, damit
199 die Ressourcen direkt wieder in den regionalen Wirtschaftskreislauf Eingang
200 finden. Wo auch in Zukunft Deponien benötigt werden, steht für uns der Schutz der
201 Bevölkerung und der Umwelt im Vordergrund. Nur mit frühzeitiger,
202 vorausschauender Planung und Beteiligung der Bürger*innen auf Augenhöhe kann das
203 gelingen. Vorhandene Altlasten werden in Zukunft systematisch erfasst und wann
204 immer möglich entfernt. Das Landeskreislaufwirtschaftsgesetz wollen wir
205 novellieren, sodass es seinem neuen Namen tatsächlich gerecht wird und auf
206 Landesebene wichtige Impulse für eine echte Ressourcenschonung setzt.

207 Neue Industrie-Jobs in einer modernen Kreislaufwirtschaft

208 Der Weg in eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft ist für die einstigen
209 Herzkammern der Industrie und des Wohlstands in NRW vom Rheinischen Revier bis
210 ins Ruhrgebiet eine einmalige Chance, mit sicheren Jobs und gutem Leben in die
211 Zukunft zu gehen. Initiativen wie der "Circular Valley Wuppertal" und die
212 "Greentech.Ruhr" sind schon heute Leuchtturmprojekte mit einer Strahlkraft weit
213 über NRW hinaus. So entsteht vielerorts auch wieder ein Gefühl der
214 Zusammengehörigkeit, das nach vorne und nicht zurück blickt. Wir unterstützen
215 diese Projekte und schlagen mit dem "Zero.Waste.Revier" eine Modellregion im
216 Rheinischen Revier für das Ende der Wegwerfgesellschaft mit innovativen
217 Recyclingunternehmen- und Forschungsinstituten von der Batterie bis zu
218 haushaltsnahen Abfällen vor. Das Bedürfnis, gemeinsam die Wirtschaft der Zukunft
219 zu etablieren, ist groß bei den Unternehmen in NRW. Wir stehen für eine Politik,
220 die verlässliche Rahmenbedingungen setzt und sie gezielt unterstützt, damit an
221 Rhein und Ruhr der Umbau gelingt.

222 Wir schaffen grünen Boden für das Handwerk

223 Klimaschutz braucht das Handwerk

224 Für unsere sozial-ökologische Energiewende setzen wir Grüne auf das starke,
225 hochqualifizierte und innovative Handwerk. Vom klassischen Zimmermannshandwerk
226 über moderne Heizungsbauer und Elektroinstallateur*innen bis hin zur
227 Mechatronikerin für die Fahr- und Flugzeugantriebe der Zukunft – kaum eine Branche
228 wird im gesamten Spektrum des Klimaschutzes so sehr gebraucht wie das Handwerk.
229 Damit das Handwerk in seiner ganzen Breite vom Umbau unserer Infrastruktur
230 profitiert, setzen wir auf eine starke Tarifpartnerschaft, branchenspezifische
231 Mindestvergütungen und fairen Wettbewerb. Lohndumping, Werksverträge und
232 ausbeuterische Subunternehmermodelle bekämpfen wir und bringen dazu ein neues
233 Tariftreue- und Vergabegesetz auf den Weg. Weil gerade das Handwerk einer
234 ständigen Entwicklung unterliegt, werden wir die Frage, in welchen Gewerken eine
235 Meister*innenpflicht weiterhin (oder wieder) notwendig ist, fortlaufend
236 gemeinsam mit den Innungen, Kammern und der Wissenschaft neu bewerten und
237 Reformbedarf abarbeiten.

238 Fachkräfteoffensive für das Handwerk
239 Das Handwerk braucht dringend Nachwuchs, denn in den kommenden Jahren gehen -
240 zigtausende Meister*innen und Fachgesell*innen der Generation der Babyboomer in
241 den Ruhestand. Um den Aderlass zu stoppen, werden wir gemeinsam mit den Innungen
242 und Kammern eine Fachkräfteoffensive starten, die aus vier Säulen besteht:
243 Erstens stärken wir die duale Ausbildung durch mehr und bessere überbetriebliche
244 Praxisanteile, die Weiterentwicklung der Lehrinhalte mit Blick auf
245 Digitalisierung, Automatisierung und Klimaschutz und eine stärkere
246 Zusammenarbeit von Hochschulen und Berufsschulen, z.B. durch die Einrichtung von
247 "Lernfabriken" an unseren Berufskollegs. Außerdem verbessern wir die Bedingungen
248 für Azubis, indem wir Lernendenwohnheime fördern, das Azubiticket vergünstigen
249 und mehr Möglichkeiten schaffen, Teile der Ausbildung im Ausland zu absolvieren.
250 Zweitens verstärken wir die Anstrengungen, um Frauen, Menschen mit Behinderung
251 oder Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für handwerkliche Berufe zu gewinnen.
252 Drittens verbessern wir die Weiterbildungs- und Aufstiegschancen, indem wir die
253 Meister*innenausbildung reformieren, mehr Stipendien vergeben und Zugänge zu
254 universitären Ausbildungen für ausgebildete Handwerker*innen verbessern.
255 Umgekehrt eröffnen wir Wege aus einem technischen oder naturwissenschaftlichen
256 Studium ins Handwerk. Viertens werden wir auch die Arbeitsmarktzugänge,
257 Ausbildungsanerkennung und Qualifizierungsmaßnahmen für Handwerker*innen aus dem
258 Ausland verbessern.

259 Wir gestalten den Wandel zusammen mit kleinen und mittleren
260 Unternehmen

261 Besseres Klima für neue Jobs im Mittelstand
262 Was für manche lange undenkbar schien, ist längst Wirklichkeit: BÜNDNIS 90/DIE
263 GRÜNEN und unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft sind selbstverständliche
264 Partner auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft. Denn ohne einen innovativen
265 Mittelstand, vom verarbeitenden Gewerbe, über das Handwerk und die
266 unterschiedlichen Dienstleistungsbereiche bis hin zu einer lebendigen und
267 mutigen Gründer*innenkultur, können wir unser Ziel einer klimaneutralen
268 Gesellschaft nicht erreichen. Mit unserem sozial-ökologischen
269 Investitionsprogramm und unserem klaren Fokus auf eine Infrastruktur-,
270 Gesundheits- und Sozialpolitik, die unser Land zukunftsfest macht, schaffen wir
271 ein Konjunkturprogramm, von dem insbesondere der nordrhein-westfälische
272 Mittelstand – vom metallverarbeitenden Betrieb bis hin zum Pflegedienst
273 – profitieren wird. Mit unserem klaren Fokus auf die Erreichung der Klimaziele
274 des Pariser Abkommens schaffen wir einen verlässlichen und berechenbaren Rahmen
275 für Investitionen – bis 2050 und darüber hinaus. So schaffen wir in den kommenden
276 Jahren zehntausende neue und zukunftssichere Arbeitsplätze in und für NRW.

277 Fachkräfte braucht das Land
278 Der Fachkräftemangel ist das wohl drängendste Problem in weiten Teilen unserer
279 Wirtschaft. Waren früher vor allem naturwissenschaftliche und Ingenieurberufe
280 betroffen, suchen heute die unterschiedlichsten Branchen dringend nach gut
281 ausgebildeten Menschen. Wir bringen in NRW eine breite Qualifizierungsoffensive
282 auf den Weg, die unsere erfolgreichen Strukturen, wie die duale Ausbildung oder
283 den Meister*innenbrief, stärkt, aber auch neue Wege beschreitet. Gebühren für
284 Berufsausbildungen und Meister*innenbriefe werden wir senken und schrittweise
285 abschaffen. Dazu verbessern wir die Finanzierung außerbetrieblicher und

286 schulischer Ausbildungszentren von Industrie, Handwerk und den sozialen Berufen.
287 Wir bauen die Zusammenarbeit von Hochschulen und Berufskollegs aus und holen so
288 hochqualifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote an unsere Berufsschulen.
289 Lernen auf dem neuesten Stand der Technik, Lernen für die digitale Zukunft: Das
290 wird möglich in landesweiten "Lernfabriken", die angedockt an die
291 überbetrieblichen Berufsbildungsstätten eine Schlüsselrolle beim Wissenstransfer
292 in die betriebliche Praxis übernehmen. Sie sollen regionale Orte für die
293 Demonstration von typischen Prozessen in der Produktion der Zukunft werden, in
294 denen auch Entscheider*innen aus kleinen und mittleren Unternehmen Anregungen
295 für eigene Wege zur Industrie 4.0 erhalten. Um noch mehr Menschen für Ausbildung
296 und Qualifizierung zu gewinnen, bauen wir Hürden ab, die Frauen, Älteren,
297 Menschen mit Behinderungen, Jugendlichen oder Menschen mit Migrationsgeschichte
298 oft noch im Weg stehen.

299 Nach der Krise: "Jetzt neu starten"

300 Die Corona-Pandemie hat in den vergangenen zwei Jahren entsetzliches Leid über
301 die Welt, Deutschland und auch NRW gebracht. Fast eine Million Infizierte und
302 über 17.000 Todesfälle haben bis zum Herbst 2021 unsere Gesellschaft auch in NRW
303 tief gezeichnet. Auch für große Teile der Wirtschaft ist die Pandemie Zäsur.
304 Besonders hart hat es Restaurants, Hotels, die Tourismus- und
305 Veranstaltungsbranche, die Kulturwirtschaft, aber auch viele Einzelhändler*innen
306 getroffen. Sie hat zudem offengelegt, dass gerade Solo-Selbstständige und
307 Auszubildende zu schlecht abgesichert sind. Ein Neustart nach der Corona-Krise
308 muss daher gezielt an diesen Stellen ansetzen. Wir unterstützen den Neustart
309 kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Soloselbstständigen, Kulturschaffenden
310 und KMU bis 50 Beschäftigten werden wir bei der Rückzahlung der Sofort- und
311 Überbrückungshilfen großzügige Stundungen ermöglichen. Neben diesen finanziellen
312 Hilfestellungen werden wir auch die Restrukturierungs- und Insolvenzberatung für
313 KMU in den kommenden Jahren ausweiten und den entsprechenden Anbietern
314 zusätzliche Ressourcen zur Verfügung stellen. So verhindern wir Insolvenzen,
315 bewahren Arbeitsplätze und geben kleinen Unternehmen eine Zukunft. Die
316 Absicherung von Solo-Selbstständigen und Auszubildenden werden wir verbessern,
317 indem wir ihnen Zugänge zu sozialen Sicherungssystemen, wie dem
318 Kurzarbeitergeld, ermöglichen.

319 Digitalen und stationären Einzelhandel zusammendenken

320 Unter diesem Titel hat die rot-grüne Landesregierung bereits 2016 ein
321 erfolgreiches Förderprogramm aufgelegt, mit dem Städte und Gemeinden bei der
322 Entwicklung innovativer Konzepte für den lokalen Einzelhandel unterstützt
323 werden. Auf Grundlage dieser Erfahrungen helfen wir gerade kleinen
324 Einzelhändler*innen beim Schritt von der Fußgängerzone ins Internet: Von der
325 lokalen Onlinehandelsplattform über virtuelle Geschäfte, digitale Einkaufsführer
326 bis hin zur (im Internet längst gängigen) Nutzung anonymisierter Kund*innendaten
327 durch den stationären Handel. Wir bewahren mit zusätzlichen Mitteln für
328 zukunftsweisende Smart-City-Ansätze einen lebendigen Einzelhandel, der die
329 Stärken von neuen und traditionellen Geschäftsmodellen verbindet. Kleinen
330 Handelsunternehmen helfen wir die Investitionskosten zur Erschließung dieser
331 neuen Absatzwege zu stemmen. Nicht zuletzt treten wir so auch der Marktmacht der
332 großen Onlineportale endlich entgegen.

333 Wenn Dein Einkauf vor Dir zu Hause ist – Grüne Logistikpolitik

334 Warum nicht den Einkauf aus der Fußgängerzone klimaneutral nach Hause liefern
335 lassen? Oder Handel und Gastronomie in der City per Rohrpost mit Nachschub

336 versorgen? Wir Grüne denken City-Logistik neu und machen Logistikketten
337 effizienter, klimafreundlicher und zeitsparender. Dazu setzen wir auf
338 Innovationen und die Chancen von Elektromobilität, Digitalisierung und
339 Vernetzung. In den kommenden zehn Jahren entwickeln wir in allen Großstädten,
340 aber auch interessierten ländlichen Kreisen, sogenannte City-Hubs, die
341 insbesondere die steigende Zahl von Liefersendungen aus dem Onlinehandel mit
342 Hilfe von Echtzeitinformationen bündeln und die sogenannte letzte Meile, also
343 die Anlieferung nach Hause, klimaneutral organisieren. Lastenräder und
344 Transportfahrzeuge mit alternativen Antrieben machen die Zustellung flexibler,
345 leiser und abgasfrei. Bis 2030 soll jeder Haushalt Anschluss zu Paketboxen
346 haben, um mehrfache Zuliefer-Fahrten zu verhindern. Das beruhigt den Verkehr in
347 Wohngebieten und verschafft auch den Zusteller*innen mehr Zeit. Dabei müssen
348 auch die Arbeitsbedingungen der Lieferfahrer*innen deutlich verbessert werden,
349 dem Ausbremsen von Betriebsratsgründungen oder der Ausbeutung von Arbeiter*innen
350 treten wir entschlossen entgegen.

351 **Bessere Arbeitsbedingungen in der Logistikbranche**

352 Die unentwegt wachsende Zahl von Lastwagen und Lieferfahrten schadet Klima und
353 Umwelt und überlastet Straßen und Parkplätze. Das schnelle Wachstum der
354 Logistikbranche ging in den vergangenen Jahren nicht zuletzt auf die Knochen der
355 Beschäftigten von Speditionen, Logistikzentren und Lieferdiensten. Darum setzen
356 wir die erreichten Verbesserungen bei Lenk- und Ruhezeiten für Fahrer*innen und
357 das Kabinenschlafverbot mit besonders geschultem Personal konsequent durch. Das
358 gilt auch für Speditionen aus dem Ausland, deren Fahrerinnen und Fahrer oft zu
359 Dumpinglöhnen schufteten. Wir pochen auf eine funktionierende Tarifpartnerschaft
360 – auch im Versandhandel – und verpflichten Logistikriesen, die Einhaltung von
361 Tarifverträgen, Mindestlohn und Arbeitszeiten auch in ihren Subunternehmen zu
362 garantieren. So sorgen wir für bessere Arbeitsbedingungen und fairen Wettbewerb.

363 **Reisen nach Corona: Wir machen den Neustart zum Aufbruch für nachhaltigen
364 Tourismus**

365 Die Reise- und Tourismuswirtschaft – ein zentraler Wirtschaftsfaktor und
366 millionenfacher Arbeitgeber – ist durch die Corona-Krise schwer getroffen. Einige
367 Folgen, wie der Ersatz von Geschäftsreisen durch digitale Konferenzen, werden
368 dauerhaft zu einem Rückgang der Übernachtungen in diesen Bereichen führen. Wir
369 helfen der Branche im doppelten Sinn nachhaltig auf die Beine. Kleine
370 Unternehmen (KU), die durch Corona in Schieflage geraten sind, unterstützen wir
371 beim Neustart. Gemeinsam mit den Branchenverbänden, den regionalen
372 Tourismusagenturen und unserer landeseigenen Agentur „NRW.Tourismus“ bauen wir
373 Beratungs- und Unterstützungsangebote aus, um kleinen Betrieben bei der
374 Entwicklung neuer Geschäftsmodelle zu helfen. Wir nutzen auch im Tourismus die
375 Chancen der Digitalisierung, um Angebote bekannt zu machen und zu verknüpfen,
376 attraktive Reisepakete zu schnüren und Besucher*innenströme zu lenken. So
377 verbinden wir den notwendigen Neustart mit einem echten Aufbruch und machen NRW
378 zur führenden Marke für nachhaltigen Tourismus in Deutschland. So hat sich z.B.
379 der erste nordrhein-westfälische Nationalpark in der Eifel in wenigen Jahren zu
380 einem Highlight für den nachhaltigen Tourismus in NRW entwickelt. An diese
381 Erfolge knüpfen wir an. Wir stellen mit dem Nationalpark Senne einen weiteren
382 einzigartigen Naturschatz unter Schutz und eröffnen so neue Potenziale für einen
383 sanften und nachhaltigen Naturtourismus in Ostwestfalen. In dieser und anderen
384 ausgewählten Regionen werden wir ein sogenanntes „Jedermannsrecht“ nach dem
385 Vorbild skandinavischer Länder einführen. So eröffnen wir neue Möglichkeiten für

386 alle, unsere wunderbaren Landschaften von der Weser bis zum Rhein neu zu erleben
387 –naturschonend und klimafreundlich. Gleichzeitig helfen wir traditionellen
388 Tourismusregionen wie dem Sauerland, neue und nachhaltige Tourismuskonzepte zu
389 entwickeln, die im Sommer, aber auch in zukünftig weniger schneereichen Wintern,
390 Gäste nach NRW locken.

391 Wir fördern Innovation für eine bessere Welt von Morgen

392 Gründung beginnt mit Grün: Wir machen NRW zum Start-Up-Spitzenreiter
393 Bei der Anzahl von Start-up Gründungen liegt NRW hinter Berlin und Bayern. Das
394 werden wir ändern und die Startup-Szene in NRW auf das nächste Level heben. Dazu
395 verbessern wir das „Gründer*innen-Stipendium“ und richten landesweit weitere
396 Gründungszentren (sog. „Hubs“) ein, die ambitionierten Gründerinnen und Gründern
397 zur Seite stehen, sei es bei der Bewältigung der Bürokratie, der Kapitalsuche
398 oder dem Produktdesign. Durch kluge Schwerpunktsetzungen fördern wir dabei
399 insbesondere Gründungen, die einen Fokus auf nachhaltige Entwicklung,
400 Gleichstellung und die Gemeinwohlorientierung legen. Eine geschlechtergerechtere
401 Mittelvergabe erreichen wir, indem wir 50% der Mittel für Frauen bereitstellen.
402 Für eine diverse Grün-der*innenlandschaft sorgen wir, indem wir Angebote
403 insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte schaffen. Wir erweitern die
404 Instrumente der NRW.BANK um Start-Ups künftig länger zu begleiten,
405 Skalierungskosten zu finanzieren oder gemeinwohlorientierte Gründer*innen
406 gezielt fördern zu können. Um jungen Unternehmen den Zugang zu Kapital zu
407 erleichtern, werden wir auch das bestehende Instrument der (zeitlich begrenzten)
408 „stillen Teilhaberschaft“ (sog. „Mezzanine-Kapital“) ausbauen. Um jungen Eltern
409 den Schritt in die Selbstständigkeit zu erleichtern, werden wir eine
410 Bundesratsinitiative zur Einführung eines Elterngeldes für Gründer*innen
411 starten.

412 Innovation und Spitzentechnologie brauchen Köpfchen, Mut und Wagniskapital
413 Die nordrhein-westfälische Wissenschaft, unsere Traditionsunternehmen und auch
414 die Gründer*innenszene verfügen über Fachkompetenz und unternehmerischen Mut.
415 Wir sorgen dafür, dass sie für die Ideen und Technologien der Zukunft auch das
416 notwendige Wagniskapital erhält. Mit einem grünen Wagniskapitalfonds stellen wir
417 gemeinsam mit Bund und Ländern staatlich abgesichertes Kapital zur Verfügung,
418 mit dem auch große Investitionen, insbesondere in Bereichen wie Greentech,
419 Künstliche Intelligenz, nachhaltige und smarte Mobilität, Life-
420 Sciences, Quantencomputing oder der IT-Sicherheits-, Kommunikations- und
421 Biotechnologie abgesichert werden können, bei denen Hausbanken das Risiko einer
422 Finanzierung scheuen. So befördern wir nicht nur den nachhaltigen
423 technologischen Fortschritt, sondern geben Start-Ups und dem forschenden
424 Mittelstand dauerhaft eine Heimat in NRW. Dabei stellen wir sicher, dass
425 Unternehmerinnen in besonderem Maße von dem Fonds profitieren, denn sie kommen
426 in der klassischen Wagniskapitalfinanzierung bisher zu kurz.

427 Arbeiten wo man lebt: Homeoffice und Coworking ausbauen
428 Die Arbeit im Homeoffice prägt spätestens seit Corona das Arbeitsleben von
429 Millionen Menschen in NRW. Auch "Coworking-Spaces" werden immer beliebter
430 –Arbeitsplätze, die Selbstständige und Unternehmen gemeinsam mit anderen nutzen,
431 meist zu einem Bruchteil der Kosten, die eigene Büros, Studios, Labore oder
432 Werkstätten verursachen. In jedem Fall sind diese neuen Arbeitsorte flexibler,
433 kommunikativer und flächensparender. Zusätzlich haben sie das Potential,

434 Pendelverkehre zu reduzieren. Wir Grüne werden Homeoffice und Co-Working darum
435 besonders fördern, indem wir Homeoffice im öffentlichen Dienst ausbauen und die
436 Betriebsstättenverordnung an diese flexibleren Anforderungen anpassen, ohne
437 Gesundheits-oder Sicherheitsstandards zu senken. Insbesondere im ländlichen Raum
438 und in dezentralen Stadtteilen werden wir die Gründung privatwirtschaftlicher
439 und genossenschaftlicher Co-Working-Spaces finanziell fördern, indem wir die
440 Städtebau-und Strukturförderung für entsprechende Vorhaben öffnen.

441 Weniger, schneller, effizienter: Mit digitalen Lösungen Bürokratie vereinfachen
442 Generationen von Politiker*innen haben ihn versprochen: den Bürokratieabbau.
443 Auch wir können die Bürokratie nicht abschaffen, aber wir machen sie digitaler,
444 schneller und effizienter und bauen so Belastungen für Selbstständige und
445 Unternehmen ab. Unser Ziel ist es, dass Unternehmen sämtliche Behördenkontakte,
446 Statistikpflichten und Steuerangelegenheiten über eine zentrale Plattform
447 abwickeln können. Behördliche Entscheidungs-, Genehmigungs-oder Prüfungsprozesse
448 werden wir mit Hilfe digitaler Anwendungen beschleunigen und wo möglich ganz
449 automatisieren. Auch die Arbeit von Stadt-, Kreis-und Gemeinderäten wird
450 digital. Dazu werden wir in einem Beteiligungsprozess mit Öffentlichkeit und
451 Unternehmen bis Ende 2023 Maßnahmen für eine digitale Strukturreform für die
452 Landesbehörden und kommunalen Verwaltungen erarbeiten. Solo-Selbstständige und
453 kleine Unternehmen werden wir von übermäßigen Bürokratieranforderungen und
454 Aufzeichnungspflichten entlasten, indem wir Bagatellgrenzen einführen bzw.
455 anpassen, Statistikabfragen bündeln und das Prinzip der Änderungsmitteilung
456 (Daten werden nur bei signifikanten Veränderungen übermittelt) ausweiten.

457 Besondere Lagen erfordern besondere Maßnahmen –Wir machen Wirtschaftsförderung
458 extra für Frauen
459 Frauen stehen aus unterschiedlichen Gründen vor höheren Hürden, um in der
460 Wirtschaft Fuß zu fassen. Das gilt für die Vergabe von Führungspositionen
461 ebenso, wie für die Möglichkeiten sich selbstständig zu machen oder ein
462 Unternehmen zu gründen. Damit sich das ändert, werden wir in allen
463 Wirtschaftsförderprogrammen des Landes NRW –von der Gründungsförderung bis zur
464 Hightech-Forschung –ein separates Budget ausschließlich für die Förderung von
465 Frauen reservieren. Davon unbenommen behalten Frauen weiterhin Zugang zu den
466 „freien“ Mitteln der Fördertöpfe. So stellen wir sicher, dass Frauen an allen
467 Wirtschaftsfördermaßnahmen partizipieren und ermutigen mehr Frauen, bestehende
468 Widerstände zu überwinden.

469 Schluss mit blindem „Höher, Schneller, Weiter“ –Wir geben Wachstum eine Richtung
470 Auch wenn sich die Ansicht bei vielen hartnäckig hält, aber die Jagd nach
471 Rendite ist längst nicht die einzige Triebfeder für Fortschritt und Wohlstand.
472 Nicht nur die vielen gemeinnützigen Arbeitgeber*innen in der Wohlfahrtspflege,
473 der Kultur oder dem Sport leisten täglich ihren gesellschaftlichen und
474 wirtschaftlichen Beitrag, um unser Land voranzubringen. Auch immer mehr private
475 Unternehmen, Arbeitsgemeinschaften, Kooperativen und Sharing-Gemeinschaften
476 bewerten ihren Erfolg weniger nach Kapitalrendite als nach
477 Nachhaltigkeitskriterien oder sozialem Fortschritt. Sie betreiben
478 gemeinwohlorientierte Ökonomie. Wir werden diese Formen des Wirtschaftens
479 stärken, indem wir z.B. die Gründung von Genossenschaften, gemeinnützigen
480 Vereinen und anderen kooperativen Unternehmensformen wieder stärker in den Fokus
481 rücken, Nachteile beseitigen und geeignete Beratungs-und
482 Unterstützungsstrukturen schaffen.

483 Wir machen den Verbraucherschutz fit für die Aufgaben von morgen
484 Die Coronavirus-Pandemie hat zwangsläufig viele Dienstleistungen in den
485 virtuellen Raum verlagert. Auch die „Verbraucherzentrale NRW“ hat damals schnell
486 reagiert und ihre Beratungsformate an die Pandemiebedingungen angepasst. Auf
487 diese Weise konnte den Ratsuchenden kompetente und verlässliche Hilfestellung
488 angeboten werden. Eine Entwicklung, die auch nach dem Ende der Pandemie bleiben
489 wird, denn sie macht Vieles einfacher, insbesondere für Menschen, die weniger
490 mobil sind. Deshalb werden wir die Verbraucherzentralen beim Ausbau ihrer
491 digitalen Angebote unterstützen, damit noch mehr Menschen von den wichtigen
492 Angeboten profitieren können.
493 Damit die Energie- und Wärmewende gelingt, sind große Investitionen der
494 Privathaushalte notwendig. Viele Menschen vertrauen auf die unabhängige Beratung
495 der Verbraucherzentralen bevor sie eine Solaranlage anschaffen oder ein
496 Sanierungsprojekt beginnen. Wir werden daher die Beratungsstrukturen der
497 Verbraucherzentralen in NRW im Bereich Energiewende und Klimaschutz deutlich
498 aufstocken und viele Angebote kostenfrei zur Verfügung stellen.
499 Für uns gehört eine unabhängige Verbraucherberatung zur Daseinsvorsorge.
500 Gemeinsam mit der „Verbraucherzentrale NRW“ wollen wir das Netz der
501 Beratungsstellen ertüchtigen, wo nötig erweitern und deren Finanzierung
502 langfristig sichern.

503 Wir schalten Digitalisierung auf Fast Forward

504 Digitale Infrastruktur ausbauen
505 Arbeiten im Homeoffice, Filme streamen in der Freizeit, Meetings mit
506 Geschäftskund*innen oder das digitale Bürgerbüro – in vielen Situationen
507 benötigen Menschen und Unternehmen eine funktionierende und schnelle
508 Internetverbindung. Davon ist NRW zu oft noch weit entfernt. Mit einem
509 Genehmigungs-Turbo und gezielter Förderung bringen wir schnelles Internet mit
510 Glasfaser und 5G spätestens 2030 an jede Haustür. Wir unterstützen Kommunen und
511 ihre Verwaltungen beim Netzausbau und dem Stopfen von Funklöchern mit
512 Mobilfunkkoordinator*innen vor Ort. So kommt die digitale Zukunft zu allen
513 Menschen in NRW!

514 Digitalisierung vor Ort fördern

515 Digitalisierung passiert direkt vor der Haustür, ob nun in der Straße eine
516 Glasfaserleitung verlegt wird oder die Kommune einen neuen digitalen Service
517 anbietet. Wir beraten und fördern die Kommunen, damit sie die Digitalisierung
518 vor Ort besser gestalten können. Dazu gehören die Förderung für eine digitale
519 Infrastruktur, eine digitale Verwaltung und eine „Green-IT“-Strategie. Dafür
520 schaffen wir die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Landesebene.
521 Damit Kommunen intelligent und klimaneutral werden, bringen wir die Konzepte von
522 „Smart City“ und „Zero Emission City“ zusammen und fördern eine schnelle und
523 breite Umsetzung. Um Klima und Menschen zu entlasten, fördern wir mobiles
524 Arbeiten. Wir helfen Kommunen „Coworking-Spaces“ und Standorte für mobiles
525 Arbeiten aufzubauen und damit unter anderem jungen Gründer*innen flexible
526 Arbeitsumgebungen anbieten zu können. Wir sorgen dafür, dass Homeoffice im
527 öffentlichen Dienst möglich wird, wo immer es geht. Dazu gehören passende
528 Ausstattungen und IT-Strukturen, der rechtliche Rahmen und andere Anpassungen
529 der Verwaltung an die veränderte Arbeitswelt. Wir schaffen neue Räume für
530 Gründer*innen, die sich durch den Strukturwandel in den Kommunen ergeben. Um

531 Gründungen im Bereich der digitalen Wirtschaft besser zu fördern, schaffen wir
532 die richtigen Beratungsstrukturen, bauen die Gründungsförderung an Hochschulen
533 aus und stärken die Startup-Kultur insbesondere im ländlichen Raum.

534 Digitale Ämter – leicht zugänglich

535 Schulanmeldung, Bauantrag, Personalausweis: Wir wollen, dass alle Behördengänge
536 in Zukunft auch digital möglich sind. Die digitalen Dienste und Informationen
537 der öffentlichen Hand machen wir einfach nutzbar und gestalten sie barrierefrei.
538 Je wichtiger das Internet für den Alltag wird, desto wichtiger wird es auch,
539 dass alle einen Zugang dazu haben und dazu in der Lage sind mit der Technik
540 umzugehen. Alle Bevölkerungsgruppen sollen digitale Dienste nutzen und davon
541 profitieren können, barrierearm, leicht verständlich und in verschiedenen
542 Sprachen. Wir sorgen dafür, dass von der Kindertagesstätte bis zur Berufsschule
543 Grundkenntnisse der Informatik sowie Digital-, Medien- und Quellenkompetenz
544 besser vermittelt werden und dazu die Aus- und Weiterbildung auch des
545 Lehrpersonals weiterentwickelt wird. Mit einem Projekt „Digital mobil im Alter“
546 fördern wir die Nutzung digitaler Kommunikations- und Informationstechnologien
547 für ältere Menschen und den Aufbau von Initiativen zur Stärkung der digitalen
548 Teilhabe im Alter. Wichtig ist aber auch: Der persönliche Kontakt in Ämtern muss
549 weiterhin möglich bleiben.

550 Wir bauen zukunftsfähig

551 Besser bauen

552 Gebäude werden in aller Regel errichtet, um sie über Jahrzehnte hinweg zu
553 nutzen. Die Art und Weise, wie wir heute bauen, hat einen entsprechend
554 langfristigen Einfluss auf die Gesundheit von Menschen, Klima und Umwelt. Mit
555 einer neuen ökologischen Landesbauordnung werden wir NRW zum Vorreiter einer
556 nachhaltigen ressourcenschonenden Baukultur machen und den Bausektor in den
557 kommenden zehn Jahren vollständig auf klimaneutrale Bauweisen und
558 kreislauffähige Baumaterialien umstellen. Um Ressourcen zu schonen und den sog.
559 „grauen Energieverbrauch“, (der bei der Herstellung von Baumaterialien wie z.B.
560 Zement entsteht) zu senken, fördern wir den modernen Holzbau -auch für
561 öffentliche Gebäude -und machen Solarenergie zum Standard auf jedem neuen Dach.
562 Öffentliche Bauprojekte müssen auf diesem Weg ihrem Vorbildcharakter gerecht
563 werden. Darum sorgen wir dafür, dass in NRW schon bis 2025 öffentliche Gebäude
564 nur noch klimafreundlich und nachhaltig errichtet werden.

565 Wir machen Gebäude und Straßen von heute zum Rohstofflager für morgen
566 Bauabfälle machen rund die Hälfte unseres Müllaufkommens aus. Diese Bilanz ist
567 umso gravierender, da die Produktion der so entsorgten Baustoffe das Klima enorm
568 belastet. So macht allein die Betonproduktion etwa acht Prozent des weltweiten
569 CO₂-Ausstoßes aus. Nachhaltig bauen heißt also auch wiederverwertbar zu bauen,
570 am besten mit bereits recycelten Baumaterialien. Um NRW zum Vorreiter einer
571 nachhaltigen Baukultur zu machen, investieren wir –beispielsweise im
572 Rheinischen Revier –in die Materialforschung sowie die Entwicklung und den Aufbau
573 funktionierender Baustoffkreisläufe. Im Rahmen unserer neuen Landesbauordnung
574 werden wir erstmals feste Quoten für die Verwendung recycelter Baustoffe, wie
575 z.B. Kies, Sand oder Festgesteine festschreiben. Bei Bauaufträgen des Landes
576 werden wir Wiederverwertbarkeit und den Einsatz von Recyclingbaustoffen wie
577 Beton, Glas oder Sekundäraluminium zum ständigen Ausschreibungskriterium machen.

578 Eine nachhaltige Rohstoffpolitik für NRW
579 Die gesicherte Rohstoffversorgung ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für
580 die Wirtschaft. Gleichzeitig bedeutet der Rohstoffabbau immer auch eine
581 Belastung für Menschen und Umwelt. Die Spuren der Gewinnung von Kies und anderen
582 Gesteinen haben einige RegionenNRWs, vor allem entlang des Niederrheins, in der
583 Kulturlandschaft Haltern –Lippe –Haard oder Teilen des Bergischen Landes
584 tiefgreifend verändert. Längst sind hier tiefgreifende gesellschaftliche
585 Konflikte um die Zerstörung der Landschaft oder die Verschlechterung des
586 Grundwassers entbrannt, die durch die ideologische Bagger-Politik von Schwarz-
587 Gelb weiter verschärft wurden. Wir werden den Rohstoffabbau in NRW grundlegend
588 reformieren und den Bedarf an zusätzlichen Rohstoffen durch mehr
589 Ressourceneffizienzund den Einstieg in die Kreislaufwirtschaft zügeln. So
590 bringen wir Versorgungssicherheit und Umweltschutz zusammen und befrieden
591 gesellschaftliche Konflikte.

592 Abbauplanung reformieren, Rohstoffe für kommende Generationen bewahren
593 Die bisherige Praxis beim Abbau von Locker-und Festgesteinen wie Sand, Kies,
594 Kalk oder Schiefer führt letztlich dazu, dass die Rohstoffunternehmen einen
595 Freifahrtschein für die Erschließung neuer Abbaufächen haben. Die
596 Verantwortung, die steigenden Flächenansprüche der Industrie zu bedienen, wälzt
597 das Land NRW auf die regionalen Planungsbehörden ab. Damit machen wir Schluss.
598 Mit unserer Reform des Landesentwicklungsplans werden wir die Abbauplanung für
599 Locker-und Festgesteine –analog zur Abbauplanung für Braunkohle –auf das
600 zuständige Landesministerium übertragen. Fehlanreize bauen wir durch eine neue
601 Bedarfsermittlung ab, die schrittweise steigende Wiederverwendungsquoten bereits
602 im Kreislauf befindlicher Rohstoffe einbezieht und so Anreize für mehr
603 Baustoffrecycling setzt. Zusätzlichen Flächenbedarf bemessen wir nicht länger
604 anhand zurückliegender Abbaumengen, sondern am zukünftigen Bedarf unserer
605 heimischen Bauindustrie.
606 Anders als z.B. beim Abbau von Braunkohle ist die Beseitigung der
607 landschaftlichen Spuren und der Umweltfolgen des Rohstoffabbaus von Locker-und
608 Festgesteinen weitgehend ungeregelt. Zwar sind zur Betriebsgenehmigung
609 Renaturierungspläne vorzulegen, wer für die dauerhaften Folgen wie abgesenkte
610 Grundwasserspiegel, gerodete Wälder oder bleibende Baggerseen aufkommt, ist aber
611 vollkommen ungeregelt. Mit der Einführung einer maßvollen Rohstoffabgabe auf
612 jede Tonne abgebauten Gesteins schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe. Wir
613 beteiligen die Unternehmen und Endkunden an den Folgekosten des Rohstoffabbaus
614 und setzen gleichzeitig Anreize für den Einsatz alternativer Baustoffe.

615 Wir geben dem Finanzstandort in NRW ein Zukunfts-Profil

616 Sparkassen als Partner von Kommunen und Mittelstand stärken
617 Die Sparkassen sind ein unterschätzter Wirtschaftsfaktor in NRW: mit 86
618 Instituten, Einlagen von 251 Mrd. EUR, einem Kreditvolumen von 230 Mrd. EUR und
619 einem Marktanteil bei von bis zu 50 Prozent spielen sie eine entscheidende Rolle
620 für den Finanzstandort NRW. Die Institute sind vor Ort meist eng verwurzelt,
621 unterstützen lokale Kindergärten, Sportvereine und Kunstprojekte. An der
622 ökologischen Transformation in Kommunen und Mittelstand, aber auch an der
623 Finanzierung von Start-Ups beteiligen sich die Sparkassen allerdings zu selten.
624 Ein Grund hierfür ist der enge Rechtsrahmen desSparkassengesetzes. Damit unsere

625 Sparkassen ihr finanzielles Potential und die wirtschaftliche Kompetenz künftig
626 freier entfalten können, werden wir dieses anpassen.

627 NRW.BANK zur grünsten Landesförderbank machen
628 Wir wollen die NRW.BANK stärken und ihre Rolle als Unterstützerin für die
629 sozial-ökologische Transformation der Gesellschaft ausbauen. Als
630 haushaltsunabhängige und wettbewerbsneutrale Landesförderbank erbringt sie bei
631 der Unterstützung der mittelständigen Wirtschaft, unseren Kommunen und bei der
632 Wohnraumförderung eine Reihe von Leistungen, die den Menschen in Nordrhein-
633 Westfalen zugutekommen. Wir möchten, dass die NRW.BANK einen verstärkten Fokus
634 auf Nachhaltigkeitsaspekte legt und ihre Geschäftspolitik (Förderungen,
635 Investitionen, Kredite und Anlagen) an den Nachhaltigkeitszielen des Landes, des
636 Bundes, der EU und am Pariser Klimaabkommen ausrichtet. Unser Ziel ist, die
637 NRW.BANK zur grünsten Landesförderbank Deutschlands zu machen.

K3 Zukunft durch Bildung

Antragsteller*in: .

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 Zukunft durch Bildung

2 Kinder und Jugendliche in den Mittelpunkt: Das ist unser Versprechen! Die
3 Corona-Pandemie hat vor allem die Jüngsten besonders hart getroffen. Menschlich,
4 sozial und beim Lernen ist viel auf der Strecke geblieben. Dabei ist Bildung ein
5 Schlüssel dazu, dass alle Menschen ein erfülltes Leben in einer friedlichen,
6 gerechten und nachhaltigen Welt leben können.
7 Unsere Kinder sind unsere Zukunft –sie verdienen Bildung auf der Höhe der Zeit.
8 Die Welt wandelt sich. Sie wird digital, erfordert Teamwork und die Fähigkeit,
9 neue Probleme zu lösen. Wie sollen Bildungseinrichtungen Schritt halten, wenn
10 nicht einmal das WLAN funktioniert und die Deutschlehrerin wieder nur einen
11 Halbjahresvertrag bekommt? Wir investieren deshalb in Gebäude, in digitale
12 Ausstattung und vor allem in gut ausgebildete Menschen, die im Bildungssystem
13 arbeiten und mit vollem Einsatz einfühlsam Gestaltungskompetenzen vermitteln.
14 Wir investieren gemeinsam mit Unternehmen in Orte der modernsten beruflichen
15 Bildung. Junge Menschen wollen die Welt erkunden und lernen –sorgen wir dafür,
16 dass sie ihre Potenziale zur Entfaltung bringen können!
17 Bildungsgerechtigkeit erreichen wir nur durch gute Bildung von Anfang an. Gerade
18 in den frühen Jahren wird der Grundstein für das spätere Leben gelegt. Unser
19 Bildungssystem muss dabei allen dieselben Chancen geben und akzeptieren, dass
20 unsere Gesellschaft immer unterschiedlicher und herausfordernder wird. Kitas und
21 Schulen mit besonderen Herausforderungen verdienen dabei unsere besondere
22 Unterstützung. Das ist auch wichtig, damit Bildungserfolg und sozialer Aufstieg
23 nicht mehr abhängig sind von Elternhaus, Herkunft und Postleitzahl.
24 Alle sollen selbst entscheiden, welchen Bildungsweg sie einschlagen. Ausbildung
25 oder Studium dürfen nicht zum finanziellen Risiko werden, sondern verdienen
26 gesellschaftliche Unterstützung –gebührenfrei, mit günstigen Bus-und Bahntickets
27 und bezahlbarem Wohnraum. Längst ist es normal, die Entscheidung für einen Beruf
28 nicht mehr für das ganze Leben zu treffen. Mit mehr Weiterbildung in jeder
29 Lebensphase schaffen wir Halt im Wandel.
30 Die nordrhein-westfälische Hochschullandschaft ist so dicht und vielfältig wie
31 in kaum einer anderen Region, sie steht für Exzellenz und gesellschaftliche
32 Verantwortung. Forschende und Studierende gestalten den Wandel ganz entscheidend
33 mit. Wir stehen für freie Hochschulen, an denen hochwertige Lehre, gute
34 Arbeitsbedingungen und exzellente Forschung Hand in Hand gehen.

35 Wir fördern Bildung von Anfang an

36 Mehr Chancen für alle Kinder –frühkindliche Bildung ausbauen
37 Kinder brauchen Kinder. Gemeinsam mit Gleichaltrigen in der Kita oder
38 Kindertagespflege zu spielen, zu singen und zu essen, macht Kindern Freude. Wir
39 werden jedem Kind ab dem ersten Lebensjahr ein gutes Betreuungsangebot machen.
40 Dafür werden wir diefrühkindliche Bildung in NRW ausbauen und qualitativ
41 weiterentwickeln. Gute pädagogische Arbeit braucht qualifizierte Fachkräfte und

42 Qualität braucht Zeit. Dafür müssen die Personalkapazitäten so berechnet werden,
43 dass sie die alltäglichen Anforderungen und die Arbeitsrealität in den Kitas
44 auch wirklich abbilden. Erzieher*innen brauchen Zeit für Fortbildungen,
45 Urlaubstage müssen einberechnet werden und auch Krankheitsfälle dürfen nicht zu
46 alltäglicher Personalknappheit führen. Die Kita-Leitung braucht Zeit, um
47 pädagogische Konzepte zu erstellen und in Netzwerken mit den weiterführenden
48 Grundschulen, Familienbildungsstätten und dem Jugendamt zusammenzuarbeiten. Wie
49 viele Kinder pro Erzieher*in betreut und wie viel Zeit für Leitungsaufgaben
50 sowie Fortbildung gebraucht werden, werden wir anhand wissenschaftlicher
51 Standards neu regeln. Zur Entlastung der Erzieher*innen und Kita-Leitungen
52 werden wir auch Verwaltungsstellen und Hauswirtschaftskräfte in den Kitas
53 finanzieren. Der Mix aus ausgebildeten Erzieher*innen und studierten
54 Kindheitspädagog*innen macht ein gutes Betreuungsteam aus. Die Ausbildungs- und
55 Studienplätze an den Berufsschulen und Hochschulen werden wir dem Bedarf in der
56 Berufspraxis anpassen.

57 Gute Bildung von Anfang an -Qualität in der Kindertagesbetreuung verbessern
58 In den ersten Jahren der Kindheitsentwicklung geschieht unglaublich viel. Kinder
59 lernen krabbeln, machen die ersten Schritte und beginnen Wörter so lange
60 auszusprechen, bis der erste Satz sitzt. Die frühkindliche Bildung legt den
61 Grundstein für faire Bildungschancen. Wir wollen Kinder in ihrem Recht auf
62 gesunde Entwicklung und Beteiligung von Beginn an stärken. Kinder wollen ihren
63 Alltag und ihre Lebenswelt mitgestalten. Wir unterstützen Kitas und
64 Kindertagespflege bei der Umsetzung von Beteiligungskonzepten. Wir unterstützen
65 Einrichtungen dabei, alle Kinder in ihren Bedarfen zu stärken und sie in ihrer
66 Entwicklung zu begleiten. Die ersten Jahre sind die wichtigsten für die
67 sprachliche, motorische und kognitive Entwicklung. Sprachmittler*innen,
68 Logopäd*innen und Therapeut*innen sollen von den Kitas unbürokratisch ins Team
69 einbezogen werden. Daneben ist die Mehrsprachigkeit Teil der Lebensrealität von
70 vielen Kindern. Sie wollen wir in den Kitas fördern. Bewegung, Motorik und
71 Ernährung sind elementar für die gesunde Entwicklung von Kindern, weshalb wir
72 die Bewegungsförderung in den Kitas fördern. Die Mittagsverpflegung wird in
73 Kitas und der Kindertagespflege mit uns kostenfrei. Kitas in einem Umfeld, in
74 dem viele Familien erschwerte Startbedingungen haben, verdienen besondere
75 Förderung. Deshalb werden wir die „plusKitas“ bedarfsgerecht ausbauen und
76 personell stärken, indem wir zusätzlich Kita-Sozialarbeiter*innen-Stunden
77 fördern. Die kulturelle Bildung in Kitas werden wir stärken, damit kulturelle
78 Bildung auch im Vorschulalter keine Frage des Geldbeutels der Eltern ist.

79 Mehr Erzieher*innen in die Kitas

80 Gute Bildung braucht gute Fachkräfte. Wir wollen Kitas, die die besten
81 Bedingungen für unsere Kleinsten und gute Arbeitsbedingungen für
82 unsere Fachkräfte bieten. Für qualitativ und quantitativ gut ausgestattete Kitas
83 brauchen wir deutlich mehr Fachkräfte. Damit die Erzieher*innen ausreichend Zeit
84 für die Kinder haben, muss auch die Tatsache einbezogen und berechnet werden,
85 dass die Kräfte auch einmal krank werden, Urlaub machen oder sich fortbilden.
86 Das wird uns durch die Umsetzung eines Bündels von Maßnahmen gelingen: der Beruf
87 eine*r Erzieher*in braucht Wertschätzung. Der Beruf ist verantwortungsvoll, und
88 das sollte sich in den Arbeitsbedingungen und der Vergütung widerspiegeln. Klar
89 ist auch, dass wir Fachkräfte ausbilden müssen. Die Ausbildungskapazitäten
90 müssen wir steigern. Die Zahl der Studienplätze an den Hochschulen im Fach
91 Erziehungswissenschaften muss dem Bedarf in der Berufspraxis gerecht werden.

92 Dabei wollen wir auch unterschiedliche Zugänge zum Beruf ermöglichen. Die
93 praxisintegrierte Ausbildung wird gut angenommen. Außerdem wollen wir Kitas, die
94 ausbilden, mehr Mittel geben.

95 Die Kita von heute muss die Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden. Die
96 Anerkennung von ausländischen Abschlüssen sollte praktikabel sein. Zudem gibt es
97 an den Kitas noch immer zu wenig männliche Erzieher. Mit gezielter Ansprache
98 wollen wir sie für diesen Beruf gewinnen. Auch sind Menschen mit anderen
99 Berufserfahrungen für das Team wertvoll. Der Quereinstieg in den Beruf der
100 Erzieher*in muss qualitativ hochwertig ausgerichtet sein aber auch
101 unkomplizierter werden. Wir werden die praxisintegrierte Ausbildung „PIA“ zur
102 Fachkräftegewinnung fördern. Den Fachkräften, die zu Corona-Zeiten als Kita-
103 Helferin eingesetzt werden, wollen wir durch Weiterqualifizierung das Angebot
104 machen, in den Kitas zu bleiben.

105 Wir stellen Kinder, Jugendliche und Familien in den 106 Mittelpunkt

107 Kinder und Jugendliche haben was zu sagen – beteiligen wir sie
108 Wie sollte der Spielplatz vor Ort ausgestaltet sein? Wann fährt der Bus zurück
109 nach Hause? Was ist das nächste Bauprojekt der Stadt? Kinder und Jugendliche
110 sind von politischen Entscheidungen direkt betroffen. Wir wollen sie in die
111 Gestaltung ihrer Umgebung einbeziehen. Denn sie sind die Expertinnen und
112 Experten für ihre Lebenswelt. Aus diesem Grund werden wir die Beteiligungsrechte
113 von Kindern und Jugendlichen in der Gemeindeordnung stärken und verbindlich
114 regeln. Die Kommunen unterstützen wir dabei, Befragungen von Kindern und
115 Jugendlichen durchzuführen, um ihre Belange vor Ort besser wahrzunehmen. Auch
116 von der Landespolitik sind junge Menschen direkt betroffen. Daher soll der
117 Jugendcheck für Gesetzesvorhaben durch ein regelmäßiges Jugend-Monitoring zu den
118 Auswirkungen politischer Entscheidungen auf junge Menschen ergänzt werden.
119 Kinder und Jugendliche haben das Recht, über ihre Zukunft mitzuentcheiden.
120 Deshalb setzen wir uns für die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ein.

121 Die Jugendarbeit von heute ist inklusiv
122 Kinder und Jugendliche lernen nicht nur auf den Schulbänken. Auch die Kinder-und
123 Jugendarbeit hat einen starken Einfluss auf ihre Persönlichkeitsentwicklung.
124 Junge Menschen brauchen Freiräume, um sich auszuprobieren und eigene Erfahrungen
125 zu machen. Demokratie, Antirassismus, Geschlechtergerechtigkeit, Frieden und
126 Menschenrechte sind zentrale Themen der Jugendverbandsarbeit und der offenen
127 Kinder-und Jugendarbeit. Hier wird unmittelbar erfahrbar, wie sich
128 Gesellschaften gestalten und gleichzeitig wird die eigene Identitätsentwicklung
129 unterstützt. Wir werden bewährte Projekte der offenen Kinder-und Jugendarbeit
130 und der Jugendverbandsarbeit strukturell verankern. Die Jugendarbeit vor Ort ist
131 kein zusätzliches, sondern ein notwendiges Angebot. Daher werden wir die
132 Kommunen dabei unterstützen, die Kinder-und Jugendarbeit und die Offene Kinder-
133 und Jugendarbeit allen Kindern und Jugendlichen diskriminierungsfrei zur
134 Verfügung zu stellen. Den Kinder-und Jugendförderplan machen wir inklusiv. Unser
135 Ziel: Die Kinder-und Jugendarbeit ist offen für alle Kinder und Jugendlichen und
136 bildet unsere vielfältige Gesellschaft ab. Wir werden die erforderlichen Mittel
137 bereitstellen, damit Angebote der Kinder-und Jugendarbeit barrierefrei gestaltet
138 werden können.

139 Mehr Familienzentren für NRW

140 Eltern wollen nur das Beste für ihre Kinder. Dadurch entstehen auch viele Fragen
141 und Unsicherheiten, aber auch einfach das Bedürfnis nach Austausch. Kitas, die
142 zu Familienzentren weiterentwickelt wurden, sind solche Orte des Austauschs, der
143 Weiterbildung und einer niedrighschwelliger Unterstützung von Eltern. Die Fragen,
144 die Eltern haben, hören nach der Kita nicht auf. Im Gegenteil: Der Übergang von
145 der Kita zur Grundschule und die Unterstützung von Familien, die
146 Grundschulkindern haben, ist ebenso wichtig. Grundschulen werden wir daher zu
147 Orten der Bildung, Beratung, Begegnung und Unterstützung von Familien
148 weiterentwickeln. Die Vernetzung der Kita- und Grundschulfamilienzentren mit
149 anderen Einrichtungen im Stadtteil, in dem Eltern leben, führt zu einer
150 ganzheitlichen Beratung und Hilfestellung.

151 Mehr Zeit für die Familie

152 Morgens das eine Kind zur Kita bringen, das andere in die Schule und dann auch
153 noch rechtzeitig am Arbeitsplatz sein. Nach dem Feierabend dann schnell die
154 Kinder vor Kita- und Schulschluss abholen: Junge Familien geraten bei der
155 Organisation ihres Alltags immer mehr unter Zeitdruck. Das ist der Grund dafür,
156 dass wir kommunale Zeitbüros fördern wollen, in denen ermittelt wird, welche
157 Kita-Öffnungszeiten Eltern brauchen und wo Busfahrpläne so optimiert werden,
158 dass sie den Familien mit schulpflichtigen Kindern in den Stoßzeiten helfen.
159 Entsprechend können die Zeitbedürfnisse von Bürger*innen, Unternehmen, ÖPNV-
160 Anbietern, Schulen, Kitas und Dienstleistern besser abgestimmt werden. Klar ist
161 aber auch, dass Arbeit und Familie vereinbar sein müssen. Daher werden wir das
162 Netzwerk „Familienfreundliches Unternehmen@NRW“ gründen, um einen Austausch
163 zwischen den Unternehmen, Wissenschaftler*innen, Verbänden und Politik zu
164 fördern. Auch die öffentliche Verwaltung hat bei der Vereinbarkeit von Beruf und
165 Familie eine Vorbildfunktion, weshalb wir sie familienfreundlich gestalten
166 werden.

167 Bessere Bedingungen für Alleinerziehende

168 Es gibt viele Familienformen – Kinder allein zu erziehen ist eine davon. Die
169 Anforderungen an alleinerziehende Eltern sind groß. Sie sind besonders auf eine
170 verlässliche Infrastruktur angewiesen, die es ihnen ermöglicht, Familie und
171 Erwerbsarbeit gut vereinbaren zu können. Deshalb werden wir die Kinderbetreuung
172 in Randzeiten ausbauen und Projekte fördern, bei denen Kinder in den Randzeiten
173 in ihrem Zuhause betreut werden. Wenn ein Kind einen Notfall hat oder ins
174 Krankenhaus muss, möchten Eltern bei ihrem Kind sein. Gibt es aber weitere
175 (jüngere) Kinder, dürfen diese nicht immer mitgebracht werden, brauchen aber
176 Betreuung. Auch hierfür ermöglichen wir eine Betreuung in Notsituationen.
177 Alleinerziehende, die behördliche Angelegenheiten regeln müssen, brauchen Hilfe
178 aus einer Hand. Wir werden kommunale Familienberatungsstellen und freie Träger
179 fördern, die Alleinerziehenden schnell und effizient helfen. Was
180 Alleinerziehende aber auch dringend benötigen, ist Stressabbau. Daher werden wir
181 Erholungs- und Gesundheitsprogramme fördern.

182 Regenbogenfamilien unterstützen

183 Lesbische Mütter, schwule Väter, Trans*, Bi- und Regenbogeneltern mit
184 Kinderwunsch – Familien in NRW sind vielfältig und bunt. Und so vielfältig sind
185 auch die Fragen, mit denen Regenbogenfamilien konfrontiert sind. Dabei brauchen
186 Regenbogenfamilien eine fachkundige Beratung und Begleitung durch geschulte
187 Menschen, denen die verschiedensten Familienkonstellationen samt den rechtlichen
188 Hürden vertraut sind und die vorbehaltlos Hilfestellung geben können. Deswegen

189 ist eine „Landeskoordinationsstelle Regenbogenfamilien“ dauerhaft zu garantieren
190 und personell angemessen auszustatten. Immer noch erfahren Regenbogenfamilien
191 Ausgrenzung. Deswegen braucht es eine Koordination von Fort- und Weiterbildungen
192 von Mitarbeiter*innen in Behörden und Familienberatungsstellen.

193 Wir investieren in Schulen und Ausbildung

194 Bildungsaufbruch in unseren Schulen
195 Schon lange kennen wir die Herausforderungen, vor denen Schüler*innen, Eltern
196 und alle, die in Schulen arbeiten, stehen. Unser Schulsystem ist
197 unterfinanziert, es fehlt an gut ausgestatteten und modernen Räumlichkeiten und
198 entsprechenden Lernmitteln. Der Lernerfolg der Schüler*innen ist abhängig von
199 ihrer Herkunft und der Finanzkraft ihrer Eltern.
200 Die Corona-Pandemie hat alle bekannten Probleme noch verschärft, viel
201 Unsicherheit erzeugt und große Schäden an Körper und Seele vieler Kinder und
202 Jugendlicher verursacht. Sie mussten am meisten verzichten und tragen schwer an
203 den Folgen der Pandemie. Menschlich und fachlich ist seit Anfang 2020 viel
204 verloren gegangen, was selbst über die Maße engagierte Pädagoginnen und
205 Pädagogen allein nicht auffangen können. Jetzt geht es darum, der Schule ihren
206 Sinn und ihre Seele zurückzugeben und die Probleme beherzt anzugehen. Wir
207 wollen, dass unsere Kinder sich in ihrer Schule wohlfühlen und dort wieder gerne
208 leben und lernen. Dies bedeutet für die gesamte Gesellschaft einen enormen
209 Kraftakt – den wir im besten Sinne begleiten und gestalten wollen.
210 Wir wollen die durch die Grundgesetzänderung ermöglichte Kooperation zwischen
211 Bund und Ländern nutzen, um künftig Investitionsprogramme, etwa für Sanierung
212 und Neubau an besonders herausfordernden Standorten, auf den Weg zu bringen und
213 auch personelle Unterstützung z.B. beim Ganztag, bei der Inklusion und
214 Sozialarbeit zu verstärken. Wir wollen die Kommunen bei der Sanierung und
215 Modernisierung ihrer Schulen unterstützen – und zwar nicht nur mit neuen
216 Krediten, sondern auch bei der Tilgung wie schon beim Programm „Gute Schule
217 2020“. Die Aufgabenverteilung bei der Finanzierung von Schulen zwischen Land und
218 Städten und Gemeinden wollen wir gemeinsam mit den Kommunalen Spitzenverbänden
219 neu verabreden.
220 Die Grundschulen legen wichtige Grundlagen für den weiteren Bildungsweg – ihre
221 Arbeit wollen wir besonders fördern. Wenn Kinder zwischen dem 1.7. und 30.9.
222 geboren sind, wollen wir den Eltern die Entscheidung über die Einschulung
223 überlassen. Wir wollen unsere Schulen fit für die Herausforderungen des 21.
224 Jahrhunderts machen und Innovation ermöglichen. Dafür werden wir unseren Schulen
225 mehr pädagogische Freiheit geben, denn sie wissen selbst am besten, was ihre
226 Schüler*innen brauchen. Dazu gehören u.a. Möglichkeiten für das Lernen in
227 Projekten und jenseits von Fächergrenzen, Alternativen zum klassischen
228 Notensystem, mehr Entscheidungskompetenzen in Personalfragen für die Schulen
229 – und natürlich zusätzliche Ressourcen. Innovative Schulentwicklung wie in den
230 „Primusschulen“ soll schulgesetzlich verankert werden.
231 Modern, digital, vielfältig: Schüler*innen auf die Zukunft vorbereiten
232 Die Herausforderungen für und die Erwartungen an Schule und Bildung steigen
233 stetig. Die Welt ist im Wandel und ein Großteil der Schulkinder von heute wird
234 zukünftig in Berufen arbeiten, die wir jetzt noch nicht kennen. Darauf muss
235 Schule reagieren. Wir wissen um die enorme Aufgabe, die Lehrkräfte hierfür fit
236 und mit neuen Medien und Techniken vertraut zu machen und dies in den laufenden

237 Schulbetrieb zu integrieren. Deshalb wollen wir in den nächsten fünf Jahren eine
238 Fortbildungsoffensive für alle, die in unseren Schulen arbeiten, durchführen.
239 Wir sorgen so dafür, dass das Lernen mit digitalen Medien in allen Schulen in
240 NRW funktionieren kann und zur Selbstverständlichkeit im Schulalltag wird. Auch
241 der Umgang mit der gesellschaftlichen Realität von Mehrsprachigkeit, Inklusion,
242 unterschiedlicher Herkunft und Hintergründen der Schüler*innen verlangt
243 spezielle Fertigkeiten und Kenntnisse. Und schließlich gilt es, auch unser
244 Wertesystem, unsere Demokratie zu stärken und unsere Umwelt und unser Klima zu
245 schützen. Dafür werden wir Schwerpunkte im Bereich „Bildung für Nachhaltige
246 Entwicklung“, „Antidiskriminierung“ und „Politische Bildung“ legen und die
247 Weichen dafür stellen, dass außerschulische Bildungsangebote und -orte verstärkt
248 genutzt werden. Die Schule der Zukunft setzt vermehrt auf Gestaltungskompetenzen
249 statt auf reines Faktenwissen. Die Mitwirkung von Schüler*innen- und
250 Elternvertretung soll auf der kommunalen Ebene verankert werden.

251 Wir bringen mehr Personal in die Schule
252 Ausfallender Unterricht, Lehrkräftemangel in vielen Fächern und Schulen am
253 Kapazitätslimit – nicht erst die Corona-Pandemie zeigt, dass unser Schulsystem
254 auf Kante genäht ist. Deshalb muss endlich Schluss sein mit unbesetzten Stellen
255 und Flickschusterei statt echter Vorsorge und Problemlösung. Die Schulen
256 brauchen keine Leer-Stellen auf dem Papier des Landeshaushaltes, sie brauchen
257 reale Menschen in multiprofessionellen Teams, um die Corona-Lücken zu schließen
258 und Schüler*innen darin zu bestärken, selbstbewusst und selbstwirksam durch die
259 immer komplexer werdende Welt zu gehen.

260 Wir wollen mit einer Ausbildungsreform und zusätzlichen (Weiter-
261)Qualifikationsmöglichkeiten endlich alle Schulformen bedarfsgerecht mit
262 Lehrkräften versorgen. Wir entlasten das pädagogische Personal von
263 Verwaltungsaufgaben, damit mehr Zeit fürs Lehren bleibt. Deshalb werden wir mit
264 Kulturagent*innen, Inklusionspat*innen, Schulsozialarbeiter*innen,
265 Schulpsycholog*innen, Quereinsteiger*innen, Verwaltungskräften, IT-Fachkräften
266 und vielen anderen Menschen dafür sorgen, dass unsere Schüler*innen ein breites
267 Bildungsangebot in allen Schulformen und damit echte Chancen für ihre Zukunft
268 erhalten.

269 Grundschulen, aber auch Schulen in herausfordernden Lagen, sind besonders vom
270 Lehrer*innenmangel betroffen. Die gleiche Besoldung für alle Lehrämter (A13 als
271 Eingangsbesoldung) – nicht nur für die neu ausgebildeten Lehrer*innen – ist unser
272 Ziel.

273 Wir bauen die ganztägige Bildung aus
274 Immer noch gibt es in Nordrhein-Westfalen zu wenig Ganztagsplätze in der
275 Grundschule – nur knapp die Hälfte der Grundschüler*innen hat hier Platz. Das
276 werden wir ändern. Dabei geht es nicht nur um den reinen Ausbau, sondern auch um
277 die Qualität. Die Trennung zwischen Unterricht und Betreuung muss der
278 Vergangenheit angehören. Es darf nicht länger vom Wohnort abhängen, ob Kinder
279 die Chance auf eine kostenfreie ganztägige Bildung bekommen und ihre Eltern
280 Familie und Beruf vereinbaren können.

281 Deshalb wollen wir den vom Bund beschlossenen Rechtsanspruch auf einen
282 Ganztagsplatz in der Grundschule für eine breite Ausbauoffensive in unserem Land
283 nutzen. Wir wollen endlich verbindlich festlegen, welche Qualität der Ganztag
284 haben muss – bisher ist dies abhängig von der Finanzkraft der Kommune, den
285 Bedingungen für die im Ganztag Beschäftigten und den Möglichkeiten an der Schule.
286 Es muss selbstverständlich werden, dass Schule mehr ist als Unterricht und die

287 Entwicklung von Kindern und Jugendlichen Zeit und Raum braucht! Dafür verdoppeln
288 wir die Finanzierung des Ganztags auf 4.000 Euro pro Platz und werden mit einem
289 vom Land breit unterstützten Anreizprogramm 200.000 zusätzliche Plätze
290 einrichten, um für den ab 2026 geltenden Rechtsanspruch gut vorbereitet zu sein.

291 Wir machen Bildung unabhängig vom Geldbeutel
292 Immer noch hängt Bildungserfolg in Deutschland vom Geldbeutel und der Herkunft
293 der Eltern ab. Die Beschaffung von Lernmitteln, Gebühren in Kitas und
294 Ganztagschulen, Semesterbeiträge, der Kauf digitaler Endgeräte, Bildungsfahrten
295 und Ausflüge, gesundes Mittagessen – die Kosten sind teilweise immens, die
296 Möglichkeiten staatlicher Unterstützung unübersichtlich und überbürokratisiert.
297 Je geringer das Einkommen, umso höher ist die Belastung der Familien durch diese
298 Kosten. Die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen darf aber nicht vom Geld
299 abhängig sein – schon gar nicht in einem so reichen Land wie Deutschland.
300 Deshalb wollen wir die Lernmittelfreiheit um eine digitale Lernmittelfreiheit
301 ergänzen. Unser Ziel ist, dass Bildung für Alle kostenfrei wird. Auf dem Weg
302 dahin werden wir eine landesweit einheitliche Beitragstabelle für Kitas und
303 Ganztagschulen einführen, die eine gerechte soziale Staffelung der Gebühren und
304 eine Gebührenbefreiung für Geringverdienende vorsieht.
305 So wollen wir den Einstieg in eine kostenfreie Bildung schaffen und für einen
306 Systemwechsel sorgen: Wir setzen auf frühe Hilfen statt später Reparaturen.
307 Uns ist wichtig, ungleich zu behandeln, was ungleich ist. Wir werden die
308 staatlichen Mittel zukünftig nach Bedarf und nicht mehr mit der Gießkanne
309 verteilen. Anhand eines soliden schulscharfen Sozialindex werden wir
310 zusätzliche Stellen und Finanzen verstärkt an jene Schulen verteilen, an denen
311 die Herausforderungen am größten sind.

312 Inklusion: Für inklusive Bildung
313 Inklusion ist ein Menschenrecht – und Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Die
314 UN-Behindertenrechtskonvention ist Leitlinie unserer Bildungspolitik. Inklusion
315 ist in allen Bereichen der
316 Bildung eine große Herausforderung. Sie braucht Zeit und Beharrlichkeit. Wir
317 wollen uns dem stellen. Unser Ziel ist weiterhin eine Pädagogik der Vielfalt:
318 Alle Kinder sind an allen Schulen und an allen Schulformen willkommen und werden
319 zu dem für sie bestmöglichen Abschluss begleitet. Gelingende Inklusion ist eine
320 Frage der Ressourcen. Wir sind überzeugt, dass das gemeinsame Lernen eine
321 Bereicherung für alle ist. Wir werden deshalb alles tun, bei den besonderen
322 Herausforderungen finanziell und personell zu unterstützen, etwa durch
323 multiprofessionelle Teams und Fortbildungen sowie über Barrierefreiheit in den
324 Gebäuden. Dazu gehören auch landesweite und vom Land finanzierte Baustandards.

325 Schulen zu Orten ohne Diskriminierung machen
326 Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Transphobie und andere Formen
327 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind Realität im Alltag vieler Menschen,
328 auf der Straße, im Netz und in Institutionen. Sie machen deshalb vor unseren
329 Schulen keinen Halt. Und noch immer beeinflussen rassistische Zuschreibungen die
330 Bildungschancen junger Menschen. Wir verstehen Vielfalt und Mehrsprachigkeit als
331 Chance und Potenzial, das wir ausschöpfen wollen. Wir wollen deshalb
332 Demokratiebildung, Sensibilität für Formen und Auswirkungen von Diskriminierung
333 und rassistischer Aufklärungsarbeit in den Schulen des Landes noch weiter
334 etablieren. Lehrkräfte sollen dabei durch regelmäßige Fortbildungen und
335 Handreichungen in ihrer Handlungssicherheit unterstützt werden. Programme wie
336 „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ und „Schule der Vielfalt – Schule

337 ohne Homophobie“ werden wir ausbauen und weiterentwickeln. In den Lehrplänen
338 werden wir rassistuskritische Inhalte und die Aufarbeitung der deutschen und
339 europäischen Kolonialgeschichte stärker verankern.

340 Ausbildung deutlich stärken

341 Egal ob im Rheinland oder in Ostwestfalen-Lippe, unabhängig vom elterlichen
342 Einkommen, einer Einwanderungsgeschichte oder einer Behinderung: Jugendliche
343 brauchen Perspektiven. Eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung kann eine gute
344 Basis sein, um die eigene Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. In der
345 Berufsorientierung finden Jugendliche Unterstützung bei der Suche nach dem
346 richtigen Ausbildungsberuf. Sie muss an allen Schulformen stattfinden und die
347 Schülerinnen und Schüler geschlechterunabhängig gleichermaßen ansprechen. Wir
348 setzen uns für die Weiterentwicklung des Erfolgsmodells „Kein Abschluss ohne
349 Anschluss“ ein und fördern weiterhin die Berufseinstiegsbegleitung. Damit alle
350 Jugendlichen auch in Krisenzeiten in die Zukunft starten können, wollen wir
351 außerbetriebliche Ausbildungsmöglichkeiten erweitern und jungen Menschen eine
352 Ausbildung garantieren. Unternehmen profitieren, wenn sie ihre Fachkräfte von
353 morgen ausbilden. Uns ist wichtig, dass nicht nur große, sondern auch kleine
354 und mittelständische Betriebe ausbilden. Wir fördern Verbundausbildungen, an
355 denen sich mehrere Betriebe beteiligen. Können sie wegen ihrer Spezialisierung
356 nicht alle Inhalte der Ausbildung selbst vermitteln, übernehmen die
357 Partnerbetriebe diesen Teil. In die überbetrieblichen Lehrinhalte werden die
358 Themen Digitalisierung und Klimaschutz aufgenommen.
359 Ausbildung und Studium schließen sich nicht aus: Wir erleichtern das
360 berufsbegleitende Studium und schaffen mehr duale Studiengänge. Der
361 Meisterabschluss ist in Deutschland und weit darüber hinaus ein Qualitätsmerkmal
362 handwerklicher Arbeit, den es zu erhalten und zu stärken gilt. In unserem
363 Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) ist eine Meisterin oder ein Meister einem
364 akademischen Bachelor gleichgestellt. Der DQR ist bisher nur ein
365 Orientierungsrahmen, der jedoch rechtlich verankert werden sollte, damit das
366 Ziel der Gleichstellung von beruflicher und akademischer Ausbildung auch Eingang
367 in die Realität findet.

368 Auszubildende unterstützen

369 Für angehende Auszubildende muss es leichter werden, für ihre Ausbildung in
370 andere Regionen zu ziehen. Wir setzen uns ein für die Errichtung von Lernenden-
371 Wohnheimen, also gemeinsamen Wohnheimen etwa für Azubis, Studierende und
372 Sprachkursteilnehmer*innen. Azubi-Tickets im ÖPNV wollen wir mit
373 Studierendentickets gleichstellen und einen Ausbildungsfonds, in den alle
374 Unternehmen einzahlen, soll sicherstellen, dass die finanzielle Last verteilt
375 wird. Ausbildungen müssen flexibler werden. Teilzeitausbildungen ermöglichen
376 auch jungen Eltern oder Personen, die aufgrund von Erkrankungen weniger
377 belastbar sind, den Abschluss. Gemeinsam mit den Unternehmen und anderen
378 Akteuren wollen wir benachteiligte Jugendliche besonders unterstützen, um einen
379 Ausbildungsplatz zu bekommen und zu behalten. Ausbildungsbetriebe sollen
380 außerdem die Sicherheit haben, dass die Azubis, die einen ungesicherten
381 Aufenthaltsstatus haben, nicht von einer Abschiebung bedroht werden.

382 Wir schaffen Sicherheit durch Weiterbildung

383 Mehr Anschluss mit Abschluss – für alle

384 Die Stärkung unseres Schulsystems ist das eine. Der Blick auf die Menschen, die

385 in der Vergangenheit vom System nicht erreicht wurden, das andere. In unserer
386 Gesellschaft gibt es zu viele Menschen ohne Schulabschluss, ohne Ausbildung, mit
387 erheblichen Problemen beim Rechnen, Schreiben und Lesen – den Grundfertigkeiten
388 für echte gesellschaftliche Teilhabe. Jede und jeder soll das Recht bekommen,
389 einen Schulabschluss zu erwerben oder eine Ausbildung abzuschließen. Um dies
390 umzusetzen, werden wir die Angebote im Zweiten Bildungsweg, z.B. von
391 Volkshochschulen, verstärken und die Berufskollegs zu regionalen Zentren der
392 beruflichen Aus-, Fort- und Weiterbildung ausbauen und bei Bedarf auch
393 außerbetriebliche Ausbildungsangebote ausweiten.

394 Mehr Fachkräfte von morgen durch bessere Weiterbildungsmöglichkeiten
395 In vielen Branchen, sei es im Handwerk oder in den sogenannten "Care"-Berufen
396 (pädagogische, Gesundheits- und Pflegeberufe), fehlen Fachkräfte. Mit einer
397 Reform der Meisterausbildung, Meistergründungsprämien und mehr Stipendien
398 erhalten Handwerker*innen bessere Aufstiegschancen. Wir ermöglichen
399 Qualifizierungen für den Seiteneinstieg in Berufe wie die Kindertagespflege. In
400 den Gesundheits- und Pflegeberufen sind die Anforderungen an die Qualifikationen
401 des Lehrpersonals gestiegen. Wir schaffen berufsbegleitende
402 Qualifizierungsmöglichkeiten zum Beispiel für das Lehrpersonal in der Pflege und
403 in der Hebammenausbildung.

404 Wir verbessern die Bedingungen für Studium, Forschung und
405 Lehre – mehr Raum für große Ideen

406 Den Weg zum Studium ebnen
407 Studieren ist in der Regel ein Vollzeitjob ohne Einkommen und erfordert
408 finanzielle Unterstützung. Wir sehen den Staat in der Verantwortung dafür zu
409 sorgen, dass ein Studium nicht am Geldbeutel scheitert. Bei der
410 Preisentwicklung der Semesterbeiträge wollen wir sicherstellen, dass sie für
411 Studierende gut bezahlbar werden. Um mehr Wohnungen für Studierende zu schaffen,
412 fördern wir deren Neubau und Sanierung über Zuschüsse an die Studierendenwerke.
413 Mit einer Studienstarthilfe von bis zu 1.000 Euro fördern wir bedürftige
414 Studienanfänger*innen unbürokratisch und schnell. Dadurch und durch eine
415 verlässliche Unterstützung des NRW-Zentrums für Talentförderung aber auch die
416 zusätzliche Unterstützung für Hochschulen, fördern wir Chancen für alle. Wir
417 stärken die Beauftragten für Studierende mit Behinderung und chronischer
418 Erkrankung. Und wir fördern den Ausbau der psychologischen Beratung an
419 Hochschulen und Studierendenwerken. Wir fördern in Bildung und Forschung
420 vielfältige Perspektiven und fördern Talente durch Programme zur Förderung von
421 Diversity Management an Hochschulen.

422 Gute Arbeitsbedingungen an NRW-Hochschulen
423 Gute Lehre für Studierende und bahnbrechende Forschung sind nur möglich, wenn
424 die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen stimmen. Mit Geldern von Land und
425 Bund, klaren und verbindlichen rechtlichen Rahmenbedingungen und Unterstützung
426 für Vereinbarungen vor Ort fördern wir gute Arbeitsbedingungen und planbare
427 Karrierewege an den Hochschulen unseres Landes. Dazu gehören vor allem
428 Dauerstellen für Daueraufgaben, planbare Qualifikationsverläufe, und neue
429 Karrierewege abseits einer Professur. Studentische Hilfskräfte brauchen einen
430 eigenen Tarifvertrag. Wir wollen mehr Stellen für wissenschaftliche
431 Mitarbeiter*innen oder Juniorprofessuren, für die nach einer erfolgreichen
432 Bewährungszeit eine unbefristete Professur garantiert wird. Wissenschaftliche

433 Karrieren von Frauen unterstützen wir mit einem Mentoring- und Stipendienprogramm
434 für Promotionen und Habilitationen. Gute Arbeit braucht auch eine starke
435 Mitbestimmung. Wir stellen rechtlich sicher, dass die Vertreter*innen von
436 Beschäftigten und Studierenden in den Hochschulgremien angemessen mitbestimmen
437 können. Als Beitrag für gute Arbeitsbedingungen und Klimaschutz ermöglichen wir
438 den Beschäftigten an den Hochschulen Jobtickets für Bus und Bahn.

439 Wissenschaft nachhaltig machen
440 Ohne die Wissenschaft könnten wir die Klimakrise weder verstehen noch Lösungen
441 finden. Umso wichtiger ist es, dass Hochschulen sich selbst als Vorreiter und
442 Vorbilder für Klimaneutralität verstehen. Wir richten daher ein Programm für
443 eine klimaneutrale Wissenschaft bis 2035 ein. Dazu gehört ein
444 Modernisierungsprogramm, das den Sanierungsstau in der Wissenschaft aufbaut.
445 Hochschulen, Universitätskliniken und Studierendenwerke werden damit
446 klimagerecht saniert. Wir wollen die Lehre nachhaltig machen, indem mehr Bildung
447 für nachhaltige Entwicklung in den Studiengängen vermittelt wird. Dafür fördern
448 wir einen öffentlichen Dialog mit allen Akteur*innen an den Hochschulen. Damit
449 wir noch bessere Instrumente und Wege zur Klimaneutralität finden, richten wir
450 einen Teil der Forschungsförderung des Landes zeitweise auf diesen Schwerpunkt
451 aus. Wir setzen uns für einen besseren Transfer von Wissen zwischen
452 Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft ein.

453 Forschung ‚Made in NRW‘ fördern
454 Wie löst die Gesellschaft soziale Probleme? Wie werden Konflikte und Kriege
455 verhindert? Was kann die Wirtschaft machen, um das Klima zu schützen? Antworten
456 darauf liefert Forschung ‚Made in NRW‘. Das unterstützen wir mit einer besseren
457 Finanzierung der Institute der ‚Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft‘. Die
458 Forschung an Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken wir durch eine
459 Reduzierung der Lehrverpflichtung von Professor*innen, mit
460 zusätzlichen Professuren und Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen. Wir
461 sichern wissenschaftlichen Nachwuchs dieser Hochschulen durch eine verlässliche
462 Finanzierung des ‚Promotionskollegs NRW‘. Die Friedens- und Konfliktforschung,
463 einschließlich der naturwissenschaftlich-technischen, fördern wir dauerhaft mit
464 angemessenen Mitteln und einem landesweiten Netzwerk. Dass öffentlich geförderte
465 Forschung transparent ist und dem Frieden dient, stellen wir rechtlich sicher.
466 Die Forschung an alternativen Methoden zu Tierversuchen unterstützen wir, um die
467 Anzahl der Tierversuche in der Wissenschaft weitgehend zu reduzieren. Wir
468 stärken diejenige Forschung, die den Weg in eine echte Kreislaufwirtschaft
469 eröffnet, hin zu Recycling, nachhaltigen Materialien und Produkten. Forschung
470 und Lehre zur Ökologie des Waldes fördern wir besser.

471 Digitalisierung, die dem Menschen dient – aus unseren Hochschulen in die Welt
472 Nur ein kleiner Teil der digitalen Technologien und Anwendungen kommt aus Europa.
473 Das führt zu Abhängigkeiten und Konflikten, etwa wenn andere Länder und
474 Unternehmen ein deutlich anderes Verständnis von Datenschutz haben als wir.
475 Daher wollen wir die Digitalisierungsforschung in NRW stärker fördern.
476 Insbesondere IT-Sicherheit, neue Quantentechnologien und eine interdisziplinäre
477 Forschung werden dabei gezielt unterstützt. Wir fördern die Forschung und
478 Entwicklung zu Künstlicher Intelligenz (KI) erheblich stärker, insbesondere in
479 den Bereichen Nachhaltigkeit, Verwaltung und Mittelstand. Dabei setzen wir auf
480 eine solche KI, die daten- und energiesparsam sowie diskriminierungsfrei ist und
481 die unserem Datenschutzniveau entspricht. Wir fördern ideell die Digitalisierung
482 der Wissenschaft in Forschung, Lehre, Verwaltung, Infrastruktur und Services.

483 Das beinhaltet den Weg zu einer Open Science, mit offenem Zugang zu
484 wissenschaftlichen Publikationen, Forschungsdaten und Bildungsmaterialien sowie
485 der Nutzung von Open-Source-Software. In Ergänzung sollen Studium in Präsenz und
486 digitales Lernen sinnvoll kombiniert und weitere digitale Formate und
487 Innovationen eingeführt werden. Durch problem-oder projektorientierte Gestaltung
488 wird das forschende und selbstständige Lernen gestärkt.

K4 Solidarität sichern

Antragsteller*in: .

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 Solidarität sichern

2 Mit der Pandemie und dem verheerenden Hochwasser im letzten Sommer haben wir neu
3 zu schätzen gelernt, was unsere Gesellschaft stark macht: Verantwortung
4 füreinander übernehmen und Gemeinsinn leben. So stark unser Streben nach
5 individueller Freiheit und dem persönlichen Glück ist – so sehr brauchen wir auch
6 unsere Mitmenschen und den sozialen Zusammenhalt, um uns zu entfalten. Das gilt
7 besonders in Phasen des Umbruchs. Diese Erfahrung ist für NRW nicht neu, hier
8 standen die Menschen schon oft zusammen. Jetzt geht es um eine neue Politik, die
9 aus dem “Wir” Wirklichkeit macht.

10 Ein solidarisches und lebenswertes NRW – das ist ein Ort, an dem kein Kind, keine
11 Alleinerziehende und kein Rentner in Armut leben muss. Ein Ort, an dem man von
12 der eigenen Arbeit leben und eine Familie versorgen kann. Ein Land, in dem
13 jede*r eine Chance auf dem Arbeitsmarkt bekommt, auch ein zweites oder drittes
14 Mal. In dem die Mieten bezahlbar sind und auch in ländlichen Regionen der
15 Supermarkt, die Ärztin oder die Apotheke vor Ort erreichbar sind. Unser
16 Gesundheitssystem gehört zu den besten der Welt. Doch es ist nicht gut genug,
17 solange diejenigen, die für die Gesundheit anderer arbeiten, selbst dabei krank
18 werden. Wir streiten für ein Gesundheitssystem, das den Menschen in den
19 Mittelpunkt stellt. Ob der Notarzt rechtzeitig ankommt, man eine wichtige
20 Vorsorgeuntersuchung erhält oder man würdevoll gepflegt wird, darf nicht vom
21 Wohnort, der Herkunft oder der Lebenslage abhängen. Das Recht auf Gesundheit
22 gilt für alle gleichermaßen.

23 Wo wir zusammentreffen, entsteht Gemeinschaft. Gerade eine vielfältige
24 Gesellschaft braucht Räume, in denen sich die Menschen begegnen, austauschen und
25 so zusammenwachsen. Das geschieht in öffentlichen Schwimmbädern, Büchereien und
26 auf öffentlichen Plätzen. Um dieses gemeinsame Eigentum aller Bürger*innen ist
27 es in NRW vielerorts nicht gut bestellt, besonders in Städten und Gemeinden mit
28 wenig Geld – also genau dort, wo viele Menschen in Armut leben und Kinder und
29 Jugendliche besondere Unterstützung brauchen. Mancherorts schließt das
30 Schwimmbad oder das Jugendzentrum, anderswo fährt außer dem Schulbus kein
31 Nahverkehr oder es fehlt das Geld zur Sanierung eines Marktplatzes. Das sind
32 Schulden, die nicht in den Büchern stehen, die aber unsere Zukunft schwer
33 belasten. Wir werden die Städte, Gemeinden und Kreise unterstützen, damit sie
34 stark für ihre Bürger*innen sein können. Und wir werden alle Kräfte bündeln,
35 damit NRW in die Zukunft investiert.

36 Wir arbeiten entschlossen gegen Armut

37 Armut spürbar reduzieren

38 Kein Geld für die Waschmaschinenreparatur, entscheiden müssen, ob man lieber
39 frisches Gemüse kauft oder sich die Busfahrt leistet – all das verursacht Stress
40 und macht krank. Auf Landesebene können wir die Gründe für Armut nicht restlos
41 beseitigen – für eine gerechte Steuerpolitik und eine Überwindung des Hartz-IV-

42 Systems ist der Bund zuständig. Aber gemeinsam mit den Akteuren aus der
43 Wohlfahrtspflege, den Gewerkschaften und Verbänden, der Wirtschaft, den Kommunen
44 und den Betroffenen wollen wir Armut spürbar reduzieren. Dabei übernehmen wir
45 Verantwortung: Wir sorgen für gute Kinderbetreuung, damit Eltern arbeiten
46 können. Wir unterstützen ehemals Langzeitarbeitslose dabei, wieder dauerhaft in
47 der Arbeitswelt Fuß zu fassen und wir ermöglichen den kostenlosen Zugang zur
48 Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung für alle diejenigen, die Rat suchen.
49 Vor allem stärken wir den sozialen Wohnungsbau und schaffen bezahlbaren
50 Wohnraum. Viele Menschen sind arm, obwohl sie arbeiten. Deshalb brauchen wir
51 faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen.

52 Pakt gegen Kinderarmut

53 In NRW sind besonders viele Minderjährige von Armut betroffen. Es gehört zu
54 ihrer Lebenswirklichkeit, dass sie Freund*innen nicht nach Hause zum Essen
55 einladen können oder einen Geburtstag meiden zu müssen, da sie sich kein
56 Geschenk leisten können. Sind diese alltäglichen Beschränkungen schon schwierig
57 genug, so gehen die Folgen von Armut noch weit darüber hinaus. Deshalb werden
58 wir einen „Pakt gegen Kinderarmut“ auflegen, um gemeinsam gegen Kinderarmut zu
59 kämpfen. Denn Armut hat viele Gesichter. Wir werden die kommunalen
60 Präventionsketten in NRW flächendeckend ausbauen. So werden wir gemeinsam mit
61 den Kommunen dafür sorgen, dass sich vor Ort Erzieher*innen, Lehrer*innen,
62 Ärzt*innen, Sozialpädagog*innen, Verbände und Verwaltung vernetzen, um den
63 Kindern gut abgestimmte Hilfsangebote zu machen. Die Mittel aus dem Bildungs- und
64 Teilhabepaket werden von Eltern selten abgerufen, weil die Beantragung zu
65 kompliziert ist, der Anspruch nicht bekannt ist und auch Scham eine Rolle
66 spielt. Solange diese Mittel nicht von einer Kindergrundsicherung abgelöst sind,
67 sorgen wir dafür, dass sie bei den Kindern auch ankommen. Die Stadt Hamm zum
68 Beispiel hat mit der „Youcard“ ein Modell entwickelt, dass die Abrechnung
69 vereinfacht. Solch kreative und praktische Lösungen werden wir fördern. Wir
70 stärken außerdem die Familienberatung und -unterstützung in den Stadtteilen und
71 schaffen so niedrigschwellige Zugänge für Kinder und Familien.

72 Hilfe für Jugendliche und junge Erwachsene, die von Armut betroffen sind
73 Jugendliche, die in Armut leben, brauchen Angebote, die sie erreichen. Nicht
74 jede*r schafft es aus eigenem Antrieb, die Vielzahl von Behörden aufzusuchen.
75 Wir werden Streetwork/Mobile-Jugendarbeit so ausstatten, dass sie die Arbeit in
76 den am meisten betroffenen Stadtteilen ausbauen können. Eine umfassende Beratung
77 und Hilfestellung ist notwendig, auch für die so genannten „Careleavers“, also
78 diejenigen Jugendlichen, die nach ihrer Volljährigkeit die stationäre
79 Jugendhilfe verlassen. Wir fördern Jugendhäuser, die mit multiprofessionellen
80 Teams Jugendliche ganzheitlich beraten und bei ihren vielfältigen „Baustellen“
81 vom Ausbildungsplatz bis zur Wohnungssuche unterstützen. In den Jugendhäusern
82 sollen aber auch junge Volljährige beraten werden, die derzeit noch aus dem
83 Raster fallen. Wenn ein Leben zu Hause nicht mehr möglich ist, werden wir
84 Jugendliche vor einem Leben auf der Straße schützen. Hierfür werden wir die
85 Jugendwohnheime in NRW ausbauen, in denen auch junge Volljährige wohnen dürfen.

86 Schuldner*innenberatung garantieren – Beratungsstrukturen optimieren
87 Wir optimieren die Schuldner*innenberatung und reagieren damit auf die Folgen
88 der Corona-Krise, in der noch mehr Menschen in eine prekäre finanzielle Lage
89 geraten sind. Nur mit kompetenter Beratung können überschuldete Privatpersonen
90 sich wirtschaftlich und sozial stabilisieren. Diese Hilfe erbringen vor allem
91 die Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen. Sie unterstützen bei der

92 Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, fördern die Eigeninitiative der
93 Betroffenen und ermöglichen neue Zuversicht und soziale Teilhabe. Für die
94 Schuldnerberatung sind die Kommunen zuständig, für die
95 Verbraucherinsolvenzberatung hingegen das Land. Diese unterschiedlichen
96 Zuständigkeiten verhindern eine effektive Beratung. Wir wollen, dass beide
97 Beratungsinstrumente besser ineinandergreifen und werden die Trennung
98 schnellstmöglich beenden, so wie es in anderen Bundesländern bereits geschieht.
99 Die Einleitung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens sollte immer das letzte
100 Mittel sein. Stattdessen ist es inzwischen zu einem gängigen Verfahren geworden.
101 Dazu tragen auch und gerade die öffentlichen Gläubiger wie Finanzamt oder
102 Arbeitsagenturen bei. Außergerichtliche Einigungsversuche unter Beteiligung
103 dieser Gläubigergruppen kommen meist nicht zustande. Dort, wo das Land Einfluss
104 auf die Gläubiger hat, ändern wir das. Gemeinsam mit Kommunen,
105 Wohlfahrtsverbänden und Verbraucherschutzorganisationen entwickeln wir außerdem
106 Qualitätsstandards für die Arbeit der Schuldner- und
107 Verbraucherinsolvenzberatung.

108 Wir machen Wohnungspolitik für alle

109 Bezahlbarer Wohnraum in ganz NRW
110 In vielen Städten und Gemeinden in NRW fehlt es an bezahlbarem Wohnraum.
111 Insbesondere das untere und mittlere Segment des Wohnungsmarktes ist in den
112 Ballungsgebieten stark angespannt und so wird Wohnraum knapp. Im letzten
113 Jahrzehnt hat sich die Anzahl der geförderten Wohnungen nahezu halbiert, da die
114 Mietpreisbindungen für sie ausgelaufen sind. Dieser Tendenz stellen wir uns
115 entgegen und unterstützen Kommunen dabei, die Bindungen aufzukaufen, zu
116 verlängern und auch neue Bindungen zu kaufen. So sichern wir preisgünstigen
117 Wohnraum. Außerdem fördern wir verstärkt den Bau von neuen sozialen und
118 preiswerten Wohnungen. Wir unterstützen die Kommunen ebenfalls dabei,
119 Flächen anzukaufen, auf denen geförderte Wohnungen entstehen können. Wir sorgen
120 dafür, dass öffentliche Flächen nicht mehr nach dem Höchstgebot, sondern nach
121 sozialen, städtebaulichen, ökonomischen und ökologischen Kriterien vergeben
122 werden. Wir bevorzugen kommunale Wohnungsbaugesellschaften, gemeinwohlorientierte
123 Wohnungsunternehmen und Genossenschaften bei der Vergabe von baureifen Flächen
124 und fördern die Neugründung von Genossenschaften und Baugruppen. Neue Wohnungen
125 sollen direkt klimaneutral gebaut und vorhandene modernisiert werden, um
126 Klimaschutz auch im Gebäudebereich wirksam umzusetzen. Dies soll konsequent
127 gefördert werden und damit sozial gerecht geschehen. Auch stärken wir die
128 Teilhabe und Selbstständigkeit von Menschen mit Behinderungen, indem wir wieder
129 klare Standards für barrierefreien Wohnraum in die Landesbauordnung aufnehmen
130 und für genügend rollstuhlgerechte Wohnungen sorgen.

131 Nachbarschaften für alle Generationen

132 Wir unterstützen Kommunen dabei, ihre Stadtteile so umzugestalten, dass sich
133 alle Generationen darin wohl fühlen und hier selbstbestimmt leben können. Grüne
134 Oasen, gute Versorgungsstrukturen und die Möglichkeit, andere Menschen zu
135 treffen, schaffen Lebensqualität. Ältere Menschen und Menschen mit
136 Beeinträchtigungen finden Unterstützung, Beratung und Versorgungssicherheit.
137 Kinder können sicher spielen, Jugendliche erhalten Gestaltungsräume. Plätze und
138 Grünflächen bieten Raum für Begegnung und Erholung. Barrierefreie Wohnungen,
139 Inklusive Wohnprojekte, Mehrgenerationenwohnen und ambulante Pflegekonzepte

140 –auch für ehemals wohnungslose Personen –werden ausgebaut. Die Nachbarschaft für
141 alle Generationen ist fußgängerfreundlich und barrierearm.
142 Damit die Kommunen diese und weitere Ideen umsetzen können, schaffen wir ein
143 einheitliches Förderprogramm “Quartier inklusiv”, dass die verschiedenen
144 Bereiche umfasst. Kommunen, die dem WHO-Netzwerk „Age-friendly cities and
145 communities“ (altersgerechte Stadt und altersgerechte Gemeinde) beitreten
146 wollen, werden dabei unterstützt. Wir fördern den Einsatz von technischen und
147 digitalen Hilfsmitteln zum Ausgleich von Beeinträchtigungen und setzen
148 Lots*innen ein, die ältere Menschen befähigen, digitale Kommunikations-und
149 Informationstechnologien zu nutzen.

150 Landesinitiative “Mehr Platz zum Spielen”
151 Kinder brauchen Bewegung und frische Luft. Damit alle Kinder sich auch außerhalb
152 der Wohnung mit Freund*innen treffen und ohne Gefahr Roller fahren und Ball
153 spielen können, brauchen sie Platz und eine anregende und sichere Umgebung. Mit
154 unserem Förderprogramm “ Mehr Platz zum Spielen” können Kommunen bereits
155 beispielbare Flächen (Spielplätze, Parks, Bolz-oder Skateplätze) im öffentlichen
156 Raum erhalten und ausbauen. Zusätzlich ermöglichen wir, dass Kommunen ihre
157 Bauprojekte so planen, dass sie Freiräume zum Spielen erhalten und verbessern.
158 Grundbedingung dabei ist, dass die Kinder und Jugendlichen wesentlichen Einfluss
159 auf die Planungen haben und sich mindestens genauso beteiligen können wie
160 Vereine oder (Nachbarschafts-)Initiativen.

161 Neue Wege gegen Wohnungslosigkeit
162 Wohnen ist ein Menschenrecht! Unser Ziel ist, dass in NRW mehr Menschen in ihren
163 Wohnungen bleiben können oder wieder ein Zuhause bekommen. Wir stärken den
164 sozialen Wohnungsbau und erreichen dadurch, dass auch Personen mit geringem
165 Einkommen und in schwierigen Lebenslagen eine angemessene Wohnung finden.
166 Menschen, die bereits wohnungslos sind, brauchen wieder ein Dach über dem Kopf.
167 Dort, wo es noch keine ausreichenden Unterstützungsangebote für Wohnungslose
168 gibt, bauen wir sie aus. Dazu gehören auch spezielle Angebote für Frauen,
169 Jugendliche und Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Darüber hinaus
170 unterstützen wir Familien, die wohnungslos geworden sind oder von
171 Wohnungslosigkeit bedroht sind. Gerade Kinder und Jugendliche brauchen in dieser
172 familiären Notlage Schutz und Unterstützung. Der Ansatz “Housing first”
173 bedeutet, Wohnungslose, ohne in Deutschland übliche Vorbedingungen wie
174 “Trainingswohnen”, in eine normale Wohnung zu vermitteln. Zusätzlich werden
175 persönliche Hilfen angeboten. Dadurch können sich die Betroffenen stabilisieren
176 und wieder ein selbstbestimmtes Leben führen. Gerade Frauen bietet dieser Ansatz
177 Schutz vor Gewalt und Ausbeutung, die sie häufig im Tausch für
178 Übernachtungsmöglichkeiten erfahren. Wir wollen “Housingfirst” in ganz NRW
179 ausbreiten und sozialen Trägern und Kommunen helfen, geeignete Wohnungen
180 dauerhaft zur Verfügung zu stellen.

181 Wir sorgen für faire Arbeit und gute Löhne

182 Sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt stärken
183 Alle Menschen sollen Chancen und Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bekommen. Wir
184 unterstützen Langzeitarbeitslose und Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen
185 über den sogenannten „Sozialen Arbeitsmarkt“, so dass sie in Unternehmen wieder
186 Fuß fassen können. Um die Betroffenen in ihren Lebenssituationen zu
187 stabilisieren und ihnen die nötige Unterstützung zu geben, setzen wir auf eine

188 staatlich unabhängige Beratungsstruktur auf Augenhöhe.
189 Menschen mit Behinderungen haben ein größeres Risiko, arbeitslos zu werden als
190 Menschen mit der gleichen Qualifikation ohne Behinderungen. Wir streben einen
191 inklusiven Arbeitsmarkt an, in dem selbstverständlich Menschen mit und ohne
192 Behinderung gemeinsam arbeiten, wenn sie dies wünschen. Wir streben eine faire
193 Entlohnung für die Arbeit in den Werkstätten an. Wir machen die Erfüllung der
194 gesetzlichen Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter zum notwendigen
195 Kriterium bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Gleichzeitig senken wir die
196 Hürden für Unternehmen, Menschen mit Behinderung einzustellen. Betriebe erhalten
197 Beratung, wie sie Stellen individuell für Bewerber*innen mit Behinderung
198 ‚zuschneiden‘ können. Außerdem erleichtern wir die Rahmenbedingungen für
199 „Inklusionsbetriebe“. Das sind Unternehmen des allgemeinen Arbeitsmarktes, die
200 zwischen 30 und 50 Prozent Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Für Personen,
201 die ihre berufliche Qualifikation im Ausland erworben haben, soll die
202 Anerkennung ihrer Qualifikation unbürokratischer werden, etwa durch die
203 Anerkennung mehrsprachiger Zeugnisse.

204 Faire Arbeitsbedingungen stärken
205 Der Krankenpfleger und die Busfahrerin, der Supermarktverkäufer und die
206 Betonbauer*in – sie alle verdienen faire Arbeitsbedingungen und
207 Gesundheitsschutz. Wir reformieren die Vergabekriterien bei öffentlichen
208 Aufträgen so, dass nicht nur die Einhaltung des Mindestlohns, sondern auch
209 weitere soziale und ökologische Standards wie die Tarifbindung verpflichtend
210 werden. Damit konkurrieren die Unternehmen über die gute Qualität ihrer Produkte
211 und Dienstleistungen untereinander, nicht aber über niedrige Löhne. Das stärkt
212 NRW als nachhaltigen Wirtschaftsstandort. Dienstleistungsjobs in der
213 Landesverwaltung wie Putzkräfte und Pförtner*innen werden wir nicht weiter
214 outsourcen und so faire Arbeitsbedingungen garantieren. Arbeitsschutz-
215 Mindeststandards gelten auch für die EU-Arbeitnehmer*innen, die auf den Feldern
216 und in den Fleischbetrieben in NRW arbeiten. Wir verbessern den Arbeitsschutz
217 durch mehr finanzielle und personelle Ressourcen und damit mehr Kontrollen.
218 Arbeitsfreie Sonntage sollen die Regel sein.

219 Die Arbeit der Zukunft passt zur Lebenssituation
220 Beruf und Lebenssituation müssen zusammenpassen. Wir helfen Unternehmen,
221 familien- und pflegefreundlich zu werden. Betriebskindergärten werden ausgebaut
222 und das Recht auf Homeoffice unterstützt. In dezentralen „Co-Working Spaces“
223 können die Mitarbeiter*innen einen wohnortnahen Arbeitsplatz außerhalb ihrer
224 eigenen Wohnung einrichten und lange Anfahrtszeiten zum Unternehmen einsparen.
225 Wir unterstützen die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten und gehen selbst
226 voran, indem wir sie für Landesbeschäftigte und -beamte umsetzen. Damit kann die
227 Arbeitszeit in allen Lebensphasen angepasst werden, so dass Mitarbeiter*innen
228 zum Beispiel mehr Zeit haben, um ihre Angehörigen zu pflegen. Ausbildung und
229 Studium in Teilzeit erleichtern wir.

230 Wir investieren in Gesundheit und Pflege

231 Gesundheitsprävention stärken
232 Prävention hält gesund und entlastet das Gesundheitssystem, wenn sie umfassend
233 in allen Politik- und Lebensbereichen umgesetzt wird. Wir geben deshalb dem
234 Sport, guter Ernährung und dem Gesundheitswissen einen größeren Stellenwert und
235 stärken den Öffentlichen Gesundheitsdienst. Immer mehr Menschen sind einsam und

236 werden dadurch krank. Wir bekämpfen die Einsamkeit mit einer landesweiten
237 Kampagne, die Bewusstsein schafft, entstigmatisiert und mit der frühen
238 Vermittlung von Kompetenzen zur psychischen Gesundheit einhergeht. Die
239 Klimakrise ist eine Herausforderung für die Gesundheit der Menschen. Das Klima
240 zu schützen und die Städte an den Klimawandel anzupassen, bedeutet auch, unsere
241 Gesundheit zu schützen.

242 Gut versorgt in Stadt und Land: Vorfahrt für Gesundheitsregionen
243 Unsere Ziele sind eine hohe Qualität, Verlässlichkeit und eine gute
244 Erreichbarkeit der Gesundheitseinrichtungen für alle Patient*innen. Gerade in
245 ländlichen, unterversorgten Regionen sichern wir die medizinische Versorgung
246 durch "Gesundheitsregionen" mit enger Anbindung an die Kommunen. Hier werden
247 ambulante und stationäre Angebote gemeinsam geplant. Kooperation und gute
248 Versorgung wollen wir belohnen. Die Kommunen können auch moderne Gesundheits-und
249 Pflegezentren errichten. Deutschlandweit fehlen gerade in ländlichen Bereichen
250 Krankenhäuser, die für Notfälle gebraucht werden. Andererseits gibt es
251 Krankenhäuser, die planbare, hochspezialisierte Eingriffe so selten durchführen,
252 dass sie mit der Qualität von spezialisierten Häusern mit hohen Fallzahlen nicht
253 mitkommen. Regionen müssen so versorgt sein, dass Patient*innen im Notfall oder
254 bei Beginn einer Geburt in angemessener Fahrzeit ein Krankenhaus erreichen
255 können. Dabei können Krankenhäuser in öffentlicher Hand eine wichtige Rolle
256 spielen, weshalb wir weitere Privatisierungen ablehnen. Für planbare, komplexere
257 Eingriffe ist die Fahrzeit nicht ausschlaggebend. Wichtiger ist es, dass eine
258 durchgehend gute Qualität in der Patientenversorgung angeboten wird. Wir planen
259 die Krankenhausversorgung so, dass sich die Krankenhäuser enger mit
260 ambulanten Einrichtungen wie Arztpraxen und anderen Therapie- und Pflegeangeboten
261 oder Rehabilitationseinrichtungen verbinden. Mittels patientenorientierter
262 Digitalisierung werden die Angebote besser vernetzt.

263 Gesundheitsämter schützen uns alle: den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken
264 Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) führt Schuleingangsuntersuchungen durch,
265 bietet Impfungen an und ist verantwortlich für den Infektionsschutz. Die
266 Mitarbeitenden überwachen die Qualität des Trinkwassers, beraten zu
267 Lebensmittelhygiene und vieles andere mehr. Während der Corona-Pandemie ist
268 besonders deutlich geworden, wie wichtig der ÖGD ist. Er leidet aber unter
269 langjährigem Verwaltungsabbau, chronischer Unterfinanzierung und Personalmangel.
270 Das wollen wir ändern. Wir heben die finanziellen Mittel für den ÖGD an und
271 etablieren einen eigenständigen Tarif für das medizinische Personal. Wir stärken
272 die Verantwortung des Landesentrums für Gesundheit, so dass es Standards und
273 Verfahren etwa in der Pandemiebekämpfung für die Gesundheitsämter bietet. Wir
274 ermöglichen eine gute digitale Ausstattung, einheitliche Standards und
275 Schnittstellenkompatibilität zur elektronischen Patientenakte. Durch
276 Nachwuchsprogramme in Kooperation zum Beispiel zwischen Hochschulen und
277 Ärztekammern lernen Studierende den ÖGD als Tätigkeitsfeld kennen. Ärztin und
278 Sozialpädagogin, Stadtplanerin und Gesundheitswissenschaftler: Zusammen sind sie
279 ein Team, das mit verschiedenen Perspektiven die Gesundheitsprävention
280 insbesondere für benachteiligte Gruppen verbessert.

281 Psychische Gesundheit verbessern
282 Menschen mit einer psychischen Erkrankung oder in einer psychischen Krise
283 brauchen schnelle Hilfe, damit sich ihr Leid nicht verschlimmert. Schon seit
284 mehreren Jahren existieren Empfehlungen, wie Betroffene besser unterstützt und
285 ihre Menschenrechte gewahrt werden können. Wir setzen diese Empfehlungen des

286 „Landespsychiatrieplans“ endlich um! Dazu gehört es, die ambulante psychosoziale
287 und psychiatrische Krisenhilfe auszubauen, Wartezeiten zur ambulanten Behandlung
288 zu verkürzen und Zwangseinweisungen in psychiatrische Kliniken zu reduzieren.
289 Digitale Bausteine wie Videosprechstunden ergänzen die Angebote. Wir beziehen
290 Menschen mit Psychiatrieerfahrung und Behinderung in den Prozess mit ein. Wir
291 stärken die Ausbildung von Psychotherapeut*innen und lehnen Rasterpsychotherapie
292 ab.

293 Für eine inklusive Gesundheitsversorgung
294 Menschen in ärmeren Verhältnissen erkranken häufiger und sterben früher. Die
295 Gesundheitsversorgung von Menschen mit Behinderungen weist große Lücken auf.
296 Viele Geflüchtete, Menschen ohne Papiere und manche EU-Zugewanderte sind nicht
297 krankenversichert. Eine angemessene Versorgung im Krankheitsfall gehört jedoch
298 zu den elementaren Menschenrechten. Deshalb wollen wir die Kommunen dabei
299 unterstützen, die Gesundheitsversorgung dieser Gruppen zu sichern und den
300 „anonymen Krankenschein“ einführen. Wir bauen die „Clearingstellen“ flächendeckend
301 aus. Sie helfen, den Krankenversicherungsstatus zu klären. Um Menschen mit
302 Behinderungen besser zu versorgen, entwickeln wir einen ressortübergreifenden
303 Inklusionsplan, der Hürden im Gesundheitswesen abbaut. Wir machen verbindliche
304 Vorgaben zur Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und sorgen für mehr
305 Flexibilität und Patient*innenorientierung bei Therapie- und
306 Heilmittelversorgung.

307 Geschlechtergerechte Gesundheitsversorgung und Selbstbestimmung fördern
308 Diagnostik und Therapie sind in der Medizin noch immer auf einen männlichen
309 „Normkörper“ ausgerichtet. Das hat Nachteile für alle, die dieser Norm nicht
310 entsprechen. So zeigen Frauen bei einem Herzinfarkt andere Symptome und andere
311 Immunreaktionen bei Impfungen als Männer. Dadurch werden Krankheiten zum Teil
312 nicht erkannt und behandelt. Manche Medikamente wirken anders – das kann
313 gefährlich werden. Trotzdem wird die Bedeutung des Geschlechts in vielen Studien
314 ignoriert. Bei Landesförderungen im Gesundheitsbereich berücksichtigen wir die
315 Geschlechterperspektive: So werden Daten in Studien oder Projekten
316 geschlechtergerecht erfasst und ausgewertet. In der Geburtshilfe stellen wir die
317 Bedürfnisse von Eltern und Kindern in den Mittelpunkt. In der Stadt und auf dem
318 Land muss eine gute Versorgung vor, während und nach der Geburt gewährleistet
319 werden. Wir fördern Hebammenkreißsäle und selbstständige Hebammen, die in
320 unterversorgten Gebieten im ländlichen Raum arbeiten möchten. Die
321 Arbeitsbedingungen in der Geburtshilfe müssen verbessert werden. Wir wollen das
322 Recht auf Selbstbestimmung stärken und freiwillige Beratungsangebote rund um
323 Schwangerschaft und Schwangerschaftsabbruch ausbauen. Entscheidet eine Frau sich
324 für einen Abbruch, muss sie die Möglichkeit bekommen, diesen wohnortnah
325 durchführen zu lassen. Dazu gehört auch die Verankerung des Themas
326 Schwangerschaftsabbrüche in der medizinischen Aus-, Fort- und Weiterbildung.

327 Gute und bezahlbare Pflege mit besseren Arbeitsbedingungen
328 Selbstbestimmt leben und dennoch gut versorgt sein – das wünschen viele
329 Menschen im Alter. Bisher orientiert sich das Angebot an Pflegeplätzen stark am
330 Interesse von Investoren. Deren Großheime sollen Rendite bringen. Wir wollen
331 erreichen, dass möglichst viele Städte und Kreise ihre Pflegeinfrastruktur mit
332 der „verbindlichen Pflegebedarfsplanung“ im Interesse der Bevölkerung gestalten.
333 Von der Bundesebene erwarten wir eine „doppelte Pflegegarantie“: Der Eigenanteil
334 der Pflegekosten wird gedeckelt und dadurch planbar. Alle darüber hinaus
335 entstehenden Pflegekosten für eine bedarfsgerechte Versorgung übernimmt die

336 Pflegeversicherung. Gute Pflege gelingt nur mit gutem und ausreichend
337 vorhandenem Personal. Deshalb benötigen wir wissenschaftlich fundierte,
338 verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der stationären Pflege. In NRW
339 verbessern wir die Pflegeausbildung auch dadurch, dass mehr Lehrkräfte die
340 Auszubildenden unterrichten. Zurzeit bauen engagierte Fachkräfte die
341 Pflegekammer auf. Wir werden den Dialog zwischen Pflegekammer, Gewerkschaften,
342 Verbänden und anderen Berufskammern unterstützen.

343 Drogen-und Suchtpolitik ohne Kriminalisierung
344 Eine moderne Drogen-und Suchtpolitik klärt über Risiken auf und hilft süchtigen
345 Menschen, Schäden durch riskanten Drogenkonsum zu reduzieren. Kinder und
346 Jugendliche werden besonders geschützt. Gerade die Cannabis-Verbotspolitik ist
347 aber ungeeignet: Zurzeit erhalten Kinder und Jugendliche Cannabis einfach auf
348 dem Schwarzmarkt. Und Erwachsene, die gelegentlich Cannabis konsumieren, werden
349 bevormundet und kriminalisiert. Sobald bundesgesetzliche Änderungen dies
350 zulassen, werden wir in NRW wissenschaftlich begleitete Modellprojekte zur
351 kontrollierten Abgabe von Cannabis an volljährige Konsument*innen unterstützen.
352 Ein besonderes Augenmerk legen wir auf neuere Erscheinungsformen der Sucht, von
353 denen besonders jüngere Menschen betroffen sind. So begegnen wir den rechtlichen
354 Entwicklungen im "Gaming"-Sektor (digitale Spiele) wenn notwendig mit
355 Aufklärungskampagnen. Wir unterstützen die Städte und Kommunen dabei, dass
356 Suchtberatungsstellen und besonders Drogencafés besser geschützt werden, um die
357 Verdrängung an den Stadtrand zu verhindern. Die Beratungsstrukturen stärken wir.

358 Wir haushalten verantwortungsbewusst und investieren in
359 unsere Zukunft

360 Verantwortungsbewusst haushalten
361 Nachhaltig wirtschaften heißt für uns, verantwortungsbewusst mit den uns zur
362 Verfügung stehenden Steuermitteln der Bürger*innen umzugehen, eine moderne und
363 leistungsfähige Verwaltung zu garantieren, den öffentlichen Besitz und die
364 Infrastruktur unseres Landes zu erhalten und in eine lebenswerte Zukunft zu
365 investieren. Wir wollen, dass alle finanzpolitischen Entscheidungen am 1,5-Grad-
366 Ziel gemessen werden.
367 Der Großteil der Landeseinnahmen kommt aus Steuern, für deren gesetzliche
368 Ausgestaltung der Bund zuständig ist. Das Land hat nur wenig Spielraum für eine
369 Steuerung der eigenen Einnahmen. Gleichzeitig ist ein großer Posten – ca. ein
370 Drittel der Ausgaben – für die Löhne, Gehälter und Pensionen der
371 Landesbediensteten gebunden – in erster Linie für Lehrkräfte in den Schulen, für
372 Polizei, Justiz und Finanzverwaltung. Neben der Stärkung der Qualität unseres
373 öffentlichen Dienstes wollen wir vor allem die öffentlichen Investitionen in
374 eine zukunftsfähige Infrastruktur stärken. Das bedeutet auch, die überschuldeten
375 Kommunen mit einem Altschuldenfonds wieder in die Lage zu versetzen, diese
376 Investitionen eigenständig tätigen zu können. Zum jahrzehntelang aufgebauten
377 Investitionsstau kommen mindestens noch bis zum Jahr 2023 die Bewältigung der
378 finanziellen Folgen der Pandemie hinzu. Land und Kommunen werden weniger Steuern
379 einnehmen sowie corona-bedingte Mehrausgaben haben und gleichzeitig müssen die
380 negativen Folgen in Wirtschaft und Gesellschaft weiter abgefedert werden. Die
381 für solche Notlagen in der Schuldenbremse verankerte Ausnahmemöglichkeit wollen
382 wir mit dem bestehenden Rettungsschirm weiter nutzen und wenn nötig ausbauen, um
383 zielgerichtete und wirksame Hilfen auf den Weg zu bringen. Die Anlagen des

384 Landes, wie den Pensionsfonds und die „NRW.Bank“, richten wir weiterhin
385 konsequent auf nachhaltiges Investment und das 1,5-Grad-Ziel aus.

386 Nachhaltiger Investitionspakt für NRW

387 Wir werden mit einem Grünen Zukunftspakt NRW nachhaltige Investitionen stärken,
388 die Konjunkturimpulse mit der Bewältigung der Klimakrise verbinden. Die
389 öffentliche Infrastruktur in NRW leidet unter einem massiven Investitionsstau,
390 besonders in den Städten und Gemeinden, die das aus eigener Kraft nicht
391 bewältigen können. Wir brauchen deutlich mehr Investitionen in die Infrastruktur
392 von morgen: bei den Schulen, der Digitalisierung, der Mobilitätswende, beim
393 Klimaschutz und bei der Anpassung an die Klimafolgen. Diese
394 Zukunftsinvestitionen werden sich für künftige Generationen rechnen und ihnen
395 Spielräume und ihre Freiheit sichern. Deshalb werden wir die
396 verfassungsrechtlichen Spielräume der Schuldenbremse nutzen und neue Wege der
397 Finanzierung ausschließlich für Zukunftsinvestitionen außerhalb des
398 Landeshaushalts schaffen.

399 Solide Finanzen für lebenswerte Kommunen

400 Wir werden dafür sorgen, dass unsere Städte und Gemeinden wieder über Mittel
401 verfügen, um eigenständig in Bildung und Betreuung, lokale Mobilität und –vom
402 Radweg bis hin zum kommunalen Solarkraftwerk –in die kommunale Infrastruktur,
403 investieren zu können. Dazu werden wir einen Altschuldenfonds einrichten, um die
404 Gemeinden beim Schuldenabbau zu unterstützen. Auch die Steuerausfälle aus der
405 Corona-Krisemüssen solidarisch ausgeglichen werden.
406 Es hat sich leider eingespield, dass aus Berlin und Düsseldorf immer neue
407 Aufgaben auf die Städte und Gemeinden übertragen werden. Gleichzeitig steigen
408 die gesellschaftlichen Herausforderungen und damit auch die Anforderungen an die
409 lokale Ebene. Allerdings bekommen die Kommunen nicht die Mittel zur Bewältigung
410 dieser Aufgaben. Wer bestellt, muss auch bezahlen oder wer eine Aufgabe
411 definiert, muss auch für die Finanzierung sorgen.
412 Gleichzeitig wollen wir ruinösem Steuerdumping entgegenwirken, bei dem Kommunen
413 sich gegenseitig Wirtschaftskraft streitig machen, ohne dass zusätzliche Impulse
414 für Innovationen oder neue Arbeitsplätze entstehen. Wir werden Anreize setzen,
415 damit Kommunen kooperieren und die Gewerbesteuer gemeinsam vereinnahmen können.
416 Die Gemeindefinanzierung regeln wir so, dass sie Steuer-Dumping unattraktiv
417 macht.

418 Steuerhinterziehung und Steuerbetrug wirksam bekämpfen

419 Unserem Gemeinwesen gehen in ganz Deutschland jedes Jahr geschätzte 100
420 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung verloren. Geld, das wir dringend für
421 gute Schulen und Zukunftsinvestitionen brauchen. Wir werden diesen Betrug
422 entschieden bekämpfen, indem wir die Finanzverwaltung und die Steuerfahndung
423 ausbauen und sie technisch und digital fit machen. Dazu gehört beispielsweise,
424 dass Meldestellen, nach Baden-Württemberger Vorbild umfassend digitalisiert
425 werden. Wir werden die Ausbildungskapazitäten erweitern und im Wettbewerb um die
426 besten Köpfe die Attraktivität unserer Finanzverwaltung steigern.

427 Fördermittel effektiv für einen echten Wandel einsetzen

428 Auch die EU stellt große Mengen an Fördermitteln bereit, um die europäische
429 Wirtschaft bei ihrem Beitrag zur Erfüllung der Klimaziele zu unterstützen und um
430 diejenigen Regionen zu fördern, die besonders vom Strukturwandel betroffen sind.
431 Das sind in NRW nicht nur die Kohlereviere, sondern sämtliche Regionen, in denen
432 CO₂-intensive Industrien beheimatet sind. Bei der Verteilung der europäischen

433 Fördermittel sind uns zwei Punkte besonders wichtig: DieGelder der EU sind nicht
434 dazu gedacht, Löcher in den nationalen Haushalten zu stopfen. Sie sollen
435 stattdessen in neue Projekte und Unternehmungen fließen, Innovationen anstoßen
436 und damit einen zusätzlichen Nutzen zu den nationalen Programmen stiften.
437 Zweitens muss darauf geachtet werden, dass die geförderten Projekte auch
438 tatsächlich einen Beitrag zu wichtigen Zielen beim Klimaschutz, der Erhaltung
439 der Artenvielfalt und der Digitalisierung leisten.

K5 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Antragsteller*in: .

Tagesordnungspunkt: 2. Änderungsanträge zum Landtagswahlprogramm

Antragstext

1 Demokratie in der offenen Gesellschaft

Für ein offenes und vielfältiges Nordrhein-Westfalen engagieren sich tagtäglich Millionen Menschen in unserem Land. Ob in der Nachbarschaftshilfe, im Frauenhaus, im Katastrophenschutz oder im Stadtrat. Sie stehen füreinander ein, heißen Geflüchtete willkommen, demonstrieren für die Rechte queerer Menschen und sorgen so dafür, das Versprechen unserer Demokratie einzulösen: Wir sind verschieden und dabei gleich an Rechten und Würde.

Demokratie ist nie fertig, sie ist immer in Bewegung. Wir sind schon weit gekommen und haben gleichzeitig noch viel zu tun. Kinder und Jugendliche sollen über ihre Zukunft mitentscheiden, statt nur vom Spielfeldrand zuzuschauen – deshalb senken wir das Wahlalter auf 16 Jahre ab. Frauen steht die Hälfte der Macht in unserem Land zu, auch in unseren Parlamenten. Und unser Wahlrecht kann noch viel mehr Menschen mit Einwanderungsgeschichte den Weg zur Wahlurne bereiten. Wir sprechen die Einladung aus, Entscheidungen nicht über den Kopf der Bürger*innen zu treffen, sondern mit einer neuen Politik der Beteiligung. In Zeiten von Wandel und Umbruch erneuern wir das Versprechen, dass Politik Verantwortung auch für schwierige Entscheidungen übernimmt, zu Fehlern steht und transparent arbeitet. Nordrhein-Westfalen hat in den letzten Jahren schwere Krisen erlebt – das Hochwasser, Corona und seine Folgen. In der Krise zeigt sich, wer wir sind. Ob wir vorausschauend handeln oder Dienst nach Vorschrift tun – das ist eine Frage von Führung und von funktionierenden Strukturen. Deshalb ist Vorsorge unser politisches Leitprinzip. Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig zu wissen: Der Staat schützt mich, er handelt vorausschauend und ist so ausgestattet, dass er auch auf Unvorhergesehenes reagieren kann. Unser Leitbild ist ein Staat, der seinen Bürger*innen im besten Sinne des Wortes zu Diensten ist, der es leicht macht, ihn zu verstehen und sich einzubringen. Der digital, technisch und personell bestens ausgerüstet ist und Datenschutz sowie Privatsphäre respektiert und schützt.

Vielfalt und Nordrhein-Westfalen sind seit langem untrennbar miteinander verknüpft. Vielfalt ist herausfordernd und gleichzeitig eine Chance. Sie zu gestalten und Konflikte auszuhandeln, begreifen wir als unseren politischen Auftrag. Schon viele Male ist unser Land über sich hinausgewachsen, um Einwander*innen und Geflüchtete willkommen zu heißen. Es wird durch Einwanderung reicher. Neue Perspektiven bringen neue Ideen, die uns weiterbringen und uns helfen, mit Herausforderungen fertig zu werden. Wir können Menschen eine neue Heimat bieten, die ihre alte verloren haben. Sie kommen mit großer Hoffnung auf Frieden, Freiheit und Sicherheit. Gemeinsam mit ihnen machen wir uns selbstbewusst die Errungenschaften unserer Gesellschaft neu bewusst. Wir kämpfen gemeinsam mit ihnen für eine starke Demokratie, in der es gerechte Chancen für alle gibt und in der Glaubensfreiheit, Geschlechtergerechtigkeit und queere Rechte eine Selbstverständlichkeit sind.

Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas. Als bevölkerungsreichstes Bundesland mit großer wirtschaftlicher Stärke hat es auch eine führende Rolle

44 innerhalb der Bundesrepublik. Daraus erwächst der Auftrag, dieses Gewicht auch
45 in der europäischen und internationalen Politik geltend zu machen. Mit einer
46 grünen Landesregierung wird Nordrhein-Westfalen dieser Verantwortung nachkommen.
47 Wir machen in Nordrhein-Westfalen, Berlin, in Europa und auch darüber hinaus
48 Demokratie, Freiheit, Gleichstellung und die Wahrung der Menschenrechte zur
49 Richtschnur unserer Politik. Das gilt für internationale Handelsverträge ebenso
50 wie für die europäische Gesetzgebung. Freihandelsabkommen zu Lasten von Menschen,
51 Umwelt und Klima in den Partnerländern lehnen wir ab. Und wir fordern weiterhin
52 eine europäische Flüchtlingspolitik, die das Recht auf Leben und Unversehrtheit
53 zur obersten Maxime macht.

54 Wir bauen Beteiligung und Mitbestimmung aus

55 Neue Politik der Beteiligung und des Dialogs
56 Demokratie lebt vom Mitmachen! Beteiligung hilft uns, Lösungen zu finden, die
57 von allen mitgetragen werden. Sie kann politische Entscheidungen verbessern,
58 weil die Alltagserfahrung und das Wissen der Bürger*innen einfließen. Das ist
59 gerade jetzt besonders wichtig – denn wir stehen vor großen gesellschaftlichen
60 Umbrüchen, wollen unsere gesamte Infrastruktur klimafest machen. NRW wird
61 gleichzeitig immer vielfältiger. Diese Veränderung begleiten wir mit einer
62 Kultur der Beteiligung und des Dialogs. Wir setzen eine*n zentrale*n
63 Ansprechpartner*in der Landesregierung für Beteiligung und Dialog ein. Wir
64 stärken die direktdemokratischen Elemente unserer Landesverfassung deutlich. Wir
65 berufen Bürger*innenräte zu ausgewählten Zukunftsthemen ein. Denn Erfahrungen
66 aus Bund und anderen Ländern zeigen, dass Bürger*innenräte stark darin sind,
67 konstruktive Lösungen im Dialog zu finden. Zufällig und repräsentativ
68 ausgewählte Bürger*innen beraten über eine konkrete Fragestellung und erarbeiten
69 Handlungsempfehlungen. Diese muss das Parlament dann beraten. Zudem erleichtern
70 wir direkte Demokratie, indem wir die Mindestanzahl einzureichender
71 Unterschriften für Begehren und Initiativen reduzieren, die Bedingungen für die
72 Unterschriftensammlung vereinfachen und die direktdemokratische Mitbestimmung
73 bei deutlich mehr Themen ermöglichen.

74 Versammlungsfreiheit schützen

75 Unsere Demokratie lebt davon, dass wir frei und ohne Angst unsere Meinung
76 öffentlich sagen können. Für dieses Recht haben viele mutige Menschen lange
77 gekämpft. Sich mit Gleichgesinnten auf Demonstrationen oder Kundgebungen für
78 eine Sache einzusetzen zu können ist ein sehr wichtiger Bestandteil unserer
79 Demokratie. Wir wollen ein Versammlungsrecht, das Versammlungen in NRW ermöglicht
80 und schützt und nicht erschwert und bei dem es für jede*n unbürokratisch möglich
81 ist Versammlungen anzumelden und rechtssicher durchzuführen. Der Schutz der
82 persönlichen Daten darf auch bei Demonstrierenden nicht weiter beschnitten
83 werden.

84 Ernst nehmen, wem die Zukunft gehört: Kinder und Jugendliche
85 Politik darf nicht auf Kosten der nächsten Generationen gehen. Kinder und
86 Jugendliche haben das Recht, über die Welt, in der sie leben und über ihre
87 Zukunft mitzuentcheiden. Wir werden das Wahlalter für die Landtagswahlen
88 deshalb auf 16 Jahre senken. So erreichen wir auch, dass alle politischen Akteure
89 die Belange der Jugendlichen besser in den Blick nehmen. Kinderrechte sind in
90 der Landesverfassung verankert und müssen gelebt werden. Mit einem verbindlichen
91 Jugendcheck werden wir die Gesetzesentwürfedarauf prüfen, wie sie das Leben von

92 jungen Menschen beeinflussen. In den Kitas und Schulen sollen
93 Beteiligungskonzepte verankert und verlässlich gelebt werden, sodass Kinder
94 Demokratie von Beginn an erfahren und in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt
95 werden. Auch auf kommunaler Ebene werden wir der Jugend ein verbindliches
96 Mitspracherecht garantieren. Dazu werden wir den Gemeinden durch Gesetz
97 verbindlich vorschreiben, für die Interessen von Jugendlichen besondere
98 Vertretungen oder Beauftragte zu bestellen. Durch die bessere Einbindung in den
99 demokratischen Prozess muss die Gemeinde die Interessen der Jugendlichen stärker
100 wahrnehmen.

101 Ein Vielfalts-Update für unsere Demokratie

102 Vielfalt ist in Nordrhein-Westfalen gelebte Normalität. Wer hier lebt, soll das
103 Recht haben, unsere Gesellschaft mitzugestalten und mitzuentcheiden. Wir wollen
104 die strukturellen und institutionellen Hürden abbauen, die bisher eine
105 gleichberechtigte Beteiligung verhindert haben. Wir richten das politische
106 Ehrenamt so aus, dass jede*r unabhängig von Schulabschluss, Einkommen oder
107 individueller Lebenssituation sich aktiv am politischen Prozess beteiligen kann.
108 Auch Bürger*innen aus anderen EU-Staaten sollen das Recht bekommen, an
109 Landtagswahlen teilzunehmen. Ausländer*innen aus Nicht-EU-Staaten, die seit
110 langem in NRW ihren Lebensmittelpunkt haben, erhalten das kommunale Wahlrecht.
111 Mehrstaatlichkeit wird hier gelebt und gehört zu einem modernen Staat. Auch
112 werden wir unseren Einfluss auf die Bundespolitik nutzen, um mehrere
113 Staatsangehörigkeiten neben der Deutschen zu ermöglichen. Wer sich eine Meinung
114 bilden und aktiv mitgestalten will, muss verstehen können und verstanden werden.
115 Mehrsprachigkeit, Leichte Sprache, Gebärdensprache und Blindenschrift sind ein
116 ganz bedeutsamer Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe. Wir erweitern die
117 sprachliche Vielfalt, insbesondere in öffentlichen Institutionen. Wir schaffen
118 Zugänge, dort wo sie bisher fehlen, um das politische Engagement und die
119 Sichtbarkeit von Menschen mit Behinderung in politischen Prozessen zu erhöhen.

120 Zivilgesellschaft und ehrenamtliche Arbeit unterstützen

121 Demokratie ist nur so stark wie die Gesellschaft, die sie unterstützt. Ob beim
122 Schwimmtraining, im Kita-Förderverein, bei der freiwilligen Feuerwehr oder in
123 der Kirchengemeinde: Ehrenamtlich engagierte Menschen in NRW sorgen buchstäblich
124 dafür, dass der Laden läuft und tragen die Interessen und Anliegen der
125 Bürger*innen in die Öffentlichkeit. Wir werden dem bürgerschaftlichen Engagement
126 und der Bürgerbeteiligung einen deutlich höheren Stellenwert in der
127 Regierungspolitik einräumen. Hierfür spielt die langfristige Absicherung von
128 Verbänden, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Organisationen eine
129 entscheidende Rolle. Wir werden die Ehrenamtsstrategie des Landes NRW
130 weiterentwickeln und so erreichen, dass sich alle Menschen ganz einfach
131 engagieren können, unabhängig von Wohnort, Alter, Herkunft, Behinderung oder
132 sexueller Identität. Besonders in ländlichen Gemeinden unterstützen wir
133 ehrenamtlich Engagierte durch Förderscouts. Sie helfen, Fördergelder für
134 gemeinwohlorientierte Projekte zu beantragen. Wir bauen den Freiwilligendienst
135 aus, bei dem viele jungen Menschen sich engagieren und im Rahmen eines
136 freiwilligen Jahres Erfahrungen sammeln. Wir sorgen dafür, dass Freiwillige
137 zukünftig bei Kulturangeboten und beim ÖPNV ähnliche Vergünstigungen und
138 Ermäßigungen bekommen wie beispielsweise Schüler*innen, Azubis und Studierende.

139 Kommunalpolitisches Engagement erleichtern

140 Tausende Menschen übernehmen in NRW ehrenamtlich Verantwortung in der
141 Kommunalpolitik. Wir machen die kommunalen politischen Gremien fit für die

142 Digitalisierung. Dafür erweitern wir die Gemeindeordnung so, dass sie
143 demokratische Teilhabe digital möglich macht. Wir werden mit den Kommunen
144 sicherstellen, dass alle gewählten Vertreter*innen die technischen Möglichkeiten
145 haben, an digitalen Sitzungen teilzunehmen. Das umfasst Hardware, Software und
146 Schulungen.

147 Berufstätige und Menschen mit Verantwortung für Kinder oder Angehörige, die
148 gepflegt werden müssen, werden von dem derzeitigen hohen zeitlichen Mehraufwand
149 abgeschreckt. Dabei ist es begrüßenswert, wenn mehr Menschen mit
150 unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen in der Kommunalpolitik
151 mitmischen. Mehr Personalmittel für hauptamtliche Unterstützung für die
152 Fraktionen in kommunalen Gremien entlasten die Mandatsträger*innen.

153 Wir machen den Staat effektiv, transparent und bürgernah

154 Für einen attraktiven öffentlichen Dienst der Zukunft

155 Ob in Schulen, bei der Polizei, in Gerichten oder im Gesundheitsamt – gut
156 ausgebildete und motivierte Mitarbeitende sind das Fundament eines Staates, der
157 funktioniert und handlungsfähig bleibt. Doch dieses Fundament hält nicht von
158 allein. Wir müssen handeln um es zu für die Zukunft stärken. Derzeit sind ca.
159 20.000 Stellen in der Landesverwaltung unbesetzt. Unsere Behörden bestehen den
160 harten Wettbewerb um die besten Köpfe nur, wenn die Arbeit im öffentlichen
161 Dienst attraktiver wird. Gemeinsam mit den Interessensvertretungen für die
162 Beschäftigten und den Gewerkschaften werden wir deshalb einen neuen Rahmen für
163 einen modernen öffentlichen Dienst mit attraktiven Arbeitsbedingungen schaffen.
164 Den Kern bildet ein Lebensarbeitszeitkonto, mit dessen Hilfe Beschäftigte eine
165 flexible wöchentliche Arbeitszeit erhalten, um damit frühere Pensionierungen
166 oder Auszeiten zu schaffen. Wir werden auch die Voraussetzungen und
167 Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten überprüfen und anpassen, damit der
168 öffentliche Dienst auf der Höhe der Zeit bleibt. Nicht zuletzt werden wir die
169 Gleichstellung im öffentlichen Dienst vorantreiben. Denn in unseren Behörden
170 gibt es noch viel zu tun um die „gläserne Decke“ für Frauen zu überwinden und
171 ihnen gleichberechtigte Aufstiegschancen zu garantieren. Dafür werden wir die
172 Instrumente für eine gleichberechtigte Personalentwicklung nutzen und ausbauen.

173 Ein Staat, der funktioniert

174 In unseren Behörden geben tagtäglich gut ausgebildete Fachleute ihr Bestes für
175 unser Gemeinwesen. Und trotzdem ist der Kontakt zur Verwaltung für viele
176 Bürger*innen und Unternehmen umständlich. Das liegt oft an veralteter Technik
177 und überholten Strukturen und Abläufen. Wir investieren in den
178 bürgerfreundlichen, effektiven Staat mit einfacheren, grundsätzlich digitalen
179 Verfahren. Aber auch der direkte Kontakt und Vor-Ort-Termine bei den Behörden
180 bleiben für viele Menschen wichtig und müssen deshalb weiterhin möglich sein.
181 Nur mit einer zukunftsfähig aufgestellten Verwaltung kann der Staat die vielen
182 an ihn gerichteten Ansprüche und Aufgaben erledigen. Damit überall digital
183 gearbeitet wird, weiten wir das E-Government-Gesetz vollständig auf die Kommunen
184 aus. Das Land unterstützt die Kommunen bei der Implementierung digitaler
185 Verfahren und der entsprechenden Software, damit kein Flickenteppich entsteht,
186 in dem jede Kommune ihre eigene Lösung entwickelt. Und wir nutzen
187 die Digitalisierung der Verwaltungsabläufe, um gleichzeitig moderne Arbeitsweisen
188 einzuführen. Die Verwaltung der Zukunft arbeitet vernetzt und in Teams, mit
189 großer Transparenz nach innen, flexibel und mit flachen Hierarchien. Diese

190 Vision werden wir in ausgewählten Pilot-Behörden mit Ansätzen von „New Work“ und
191 agilen Methoden ausprobieren.

192 Der lernende Staat: gewappnet für die nächste Krise
193 Unser Land befindet sich seit einigen Jahren im Krisenmodus: Zuerst die
194 anhaltende Hitzewelle, dann die Pandemie und schließlich im Sommer 2021 das
195 verheerende Hochwasser: das alles beeinträchtigte und beeinträchtigt noch immer
196 unser aller Leben. Die Krisen decken aber auch schonungslos auf, wo Politik und
197 Verwaltung Nachholbedarf haben. Wir wollen aus ihnen lernen, damit unsere
198 Gesellschaft krisenfester wird. Denn die Herausforderungen werden angesichts der
199 Klimakrise in Zukunft nicht kleiner, sondern größer. Wir versetzen Politik und
200 Verwaltung in die Lage, vorausschauend und planvoll zu handeln. Wir machen
201 Vorsorge zu unserem Leitprinzip. In Nordrhein-Westfalen kommt der
202 Landesregierung dabei eine Schlüsselrolle zu. Wir brauchen eine bessere Kultur
203 der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches zwischen den einzelnen
204 Behörden und Ebenen. Zur vorausschauenden Politik gehören Katastrophenpläne für
205 den Ernstfall und mehr Investitionen in Forschung. Wer gut vorbereitet ist, kann
206 planvoll handeln und Schaden abwenden. Deshalb gilt für uns: Eine wichtige
207 Grundlage für unsere Politik legen Wissenschaft und Forschung, sei es beim Klima
208 oder in Pandemien.

209 Transparenzoffensive starten, Korruption bekämpfen
210 Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben ein Recht darauf zu wissen, wer sich
211 in welcher Weise an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Dafür führen wir ein
212 verbindliches und öffentliches Lobbyregister für die Landesregierung und den
213 Landtag sowie einen umfassenden „legislativen Fußabdruck“ ein. Dieser macht
214 transparent, welche Organisationen und Lobbyinteressen Einfluss auf die
215 Erarbeitung eines Gesetzes genommen haben. Das Abstimmungsverhalten der
216 Landesregierung im Bundesrat machen wir transparenter und setzen uns dafür ein,
217 dass dies für den ganzen Bundesrat leicht nachvollziehbar wird.
218 Nicht allein durch die Maskenskandale der Union ist offensichtlich geworden, wie
219 schnell Glaubwürdigkeit verloren geht und wie stark dieser Vertrauensverlust dem
220 Parlamentarismus zusetzt. Wir wollen daher das Abgeordnetengesetz überarbeiten,
221 sodass Parlamentarier*innen ihre Nebeneinkünfte ab dem ersten Euro angeben
222 müssen und ihnen bezahlte Arbeit für Lobbyorganisationen verboten ist. Die
223 Abkühlzeit für Mitglieder der Landesregierung vor einem Wechsel in Lobbyismus
224 verlängern wir auf die Dauer des Bezugs vom Übergangsgeld, längstens auf 24
225 Monate.
226 Wir setzen uns für den wirksamen Schutz von Whistleblower*innenein. Sie schützen
227 die Beachtung der Rechtsordnung und damit das Funktionieren des demokratischen
228 Systems. Whistleblower*innen brauchen Schutzklauseln im Dienstrecht, damit sie
229 ohne Repressionen auf Missstände hinweisen können. Hierfür schaffen wir eine
230 unabhängige Prüfstelle und setzen uns für einen Fonds zur finanziellen
231 Unterstützung von Whistleblower*innen ein.
232 Korruption, Steuerhinterziehung und Geldwäsche sind Rechtsverstöße mit
233 verheerenden Auswirkungen auf den Wettbewerb und den freien Markt, für Umwelt und
234 Menschen. Wir gestalten die öffentliche Beschaffung transparenter und schaffen
235 Vorkehrungen gegen Interessenskonflikte. Wir wollen die Angebote zur
236 Korruptionsprävention der öffentlichen Verwaltung ausbauen und unterstützen die
237 Einrichtung von Ombudsstellen.

238 Sichere öffentliche IT - Offene und verfügbare Daten und Software
239 Wir vertrauen der öffentlichen IT viel an. Ob Schüler*innendaten, Stromnetze

240 oder Krankenversorgung – ohne IT läuft nichts in unserer Gesellschaft. Jede
241 Sicherheitslücke kann fatale Folgen haben. Deshalb sichern wir höchste Standards
242 für IT-Sicherheit und Datenschutz bei Behörden des Landes und den Kommunen
243 gesetzlich ab. Deutlich mehr Behörden sollten außerdem den IT-Grundschutz des
244 Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik umsetzen. Wir fördern die
245 gemeinsame Forschung von Hochschulen, Unternehmen sowie Unternehmensgründungen
246 im Bereich IT-Sicherheit.

247 Auf öffentlich zugängliche Informationen zugreifen zu können, ist Grundlage
248 unseres demokratischen Staatsverständnisses. Land und Kommunen sammeln und
249 erstellen mit großem Aufwand riesige Datenmengen. Und die können sehr nützlich
250 sein, etwa für Medien, Bürger*inneninitiativen, die Wissenschaft oder auch
251 innovative Unternehmen. Wir ermöglichen mehr Teilhabe am “Datenschatz” in Form
252 von nicht personenbezogenen Daten. Was der Staat finanziert, muss auch allen
253 zugänglich sein. Wir schreiben in einem Informationszugangsgesetz fest, dass
254 staatliche Stellen ihre Informationen proaktiv maschinenlesbar und unter
255 Berücksichtigung der Open Data-Kriterien veröffentlichen. Mit uns werden Open
256 Data, Open Source und Open Access zum Standard für alle öffentlichen Stellen vom
257 Ministerium bis in die letzte Amtsstube.

258 Wir begreifen Vielfalt als Stärke

259 Zusammen unsere Einwanderungsgesellschaft gestalten
260 NRW ist der Inbegriff von Vielfalt. In unserem Bundesland leben 18 Mio.
261 Menschen, mehr als fünf Millionen von ihnen haben eine Einwanderungsgeschichte.
262 Damit verfügt unser Bundesland über eine Einwanderungsgeschichte, die es über
263 Jahrhunderte hinweg zu dem gemacht hat, was es ist. Die verschiedenen Etappen,
264 in denen Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern unser Bundesland mit
265 verschiedensten kulturellen Einflüssen geprägt und bereichert haben, sind Teil
266 unserer Identität und müssen lebendig gehalten werden. Das Dokumentationszentrum
267 und Museum über die Migration in Deutschland (DoMiD e.V.) leistet dafür einen
268 wichtigen Beitrag, was wir auch in Zukunft unterstützen werden.
269 Wir setzen uns dafür ein, dass alle gleichermaßen sichtbar sind, dieselben
270 Chancen auf Teilhabe haben und ihre Stimmen Gehör finden. Wir wollen deshalb die
271 Mehrsprachigkeit in unserer Gesellschaft stärken, internationale
272 Menschenrechtsbildung ausbauen und Organisationen und Vertretungen von Menschen
273 mit Einwanderungsgeschichte stärker fördern und einbeziehen. Ihre angemessene
274 Repräsentation insbesondere in öffentlichen Institutionen ist eine Aufgabe, die
275 wir mit Nachdruck vorantreiben werden.
276 Wir sehen NRW auch in der Verantwortung, erinnerungskulturelle Angebote noch
277 breiter zu fassen und auch die deutsche Kolonialgeschichte und ihre Folgen
278 systematisch aufzuarbeiten. Hierzu wollen wir ein Konzept entwickeln, das sowohl
279 die historische Aufarbeitung der Verantwortung in NRW als auch eine
280 Auseinandersetzung mit dem Thema in Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie in
281 Stadt-Quartieren umfasst.

282 Gemeinsam gegen Diskriminierung: Antidiskriminierungsgesetz einführen und
283 Antidiskriminierungsarbeitsausweiten
284 Jeder Mensch ist anders, das macht unser Zusammenleben interessant und
285 dynamisch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen mit
286 Selbstvertrauen und ohne Angst entfalten können. Die Chancen in unserem Land
287 sind aber immer noch nichtgleich verteilt. Immer noch erleben Menschen wegen

288 ihres Namens, aufgrund einer rassistischen Zuschreibung ihrer Religion, ihres
289 Geschlechts, ihrer sexuellen Identität, aufgrund einer Behinderung oder ihrer
290 sozialen Herkunft Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche oder
291 in der Freizeit. Benachteiligungen gibt es auch in vielen anderen alltäglichen
292 Lebensbereichen, wie in der Schule oder bei Behördengängen. Diskriminierung in
293 Institutionen und Behörden findet dabei nicht unbedingt als absichtsvolle
294 Benachteiligung von Einzelpersonen statt, sondern hier spiegeln sich noch immer
295 Stereotype und Vorurteile –bewusst oder unbewusst –wider. Diesen strukturellen
296 Benachteiligungen werden wir mit mehreren Maßnahmen entgegenwirken.
297 Wir wollen es allen Menschen ermöglichen, Diskriminierungen in den
298 Zuständigkeitsbereichen des Landes –wie etwa der Schule oder der Polizei –zu
299 melden und gegen diese auch rechtlich vorzugehen. Die Möglichkeit für
300 Betroffene, sich effektiv gegen erlebte Diskriminierung zu wehren, werden wir
301 mit einer Landesantidiskriminierungsstelle und einem
302 Landesantidiskriminierungsgesetz ausbauen. Indem wir ein Verbandsklagerecht
303 einführen, können sich Betroffene auf Wunsch auch von ihren Verbänden vertreten
304 lassen.

305 Gleichzeitig braucht es ein engmaschiges und niedrigschwelliges Unterstützungs-
306 und Beratungsnetz. Die bisherigen Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit
307 wollen wir deshalb flächendeckend ausbauen. Eine
308 Landesantidiskriminierungsstelle vertritt diese Servicestellen aufLandesebene
309 und schafft innovative Wege, um die Bevölkerung über Diskriminierungsformen
310 aufzuklären. Mit eigenen Studien soll die Landesantidiskriminierungsstelle
311 Diskriminierung und strukturelle Benachteiligungen offenlegen und gleichzeitig
312 Handlungsempfehlungen für die Antidiskriminierungspolitik in NRW erarbeiten.

313 Behörden der Zukunft: Partner der Vielfalt

314 Unsere Behörden sollen ein Spiegelbild und Dienstleister unserer vielfältigen
315 Gesellschaft sein. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind wichtige
316 Ansprechpartner*innen für Anliegen und Probleme. Egal, ob es um einen neuen Pass
317 oder um Wohngeld geht, der Gang zum Amt sollte für Jede*n gleichermaßen
318 zugänglich, verbindlich und verständlich sein.

319 Unser Ziel ist es, die Verschiedenheit unserer Gesellschaft, die wir in NRW
320 bereits leben und die uns ausmacht, in unsere Verwaltung zu tragen und sie dort
321 zu verankern. Darin unterstützen wir unsere Landesbehörden und Kommunen. Daher
322 intensivieren wir für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf Landesebene
323 Weiterbildungsmaßnahmen, die internationale Menschenrechte, Interkulturalität
324 und Antidiskriminierung beinhalten. Mehrsprachigkeit in Behörden, bei der
325 Polizei und in Notdiensten bauen wir aus, egal, ob der Kontakt online,
326 telefonisch oder persönlicherfolgt. Unser Ziel ist, dass öffentliche
327 Einrichtungen die soziale und kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft abbilden.
328 Dafür entwickeln wir verbindliche und messbare Zielvorgaben in den Behörden.
329 Auch sollten sich Führungskräfte mit internationaler Biographie in den
330 Verwaltungen stärker miteinander vernetzen können.

331 Barrierefrei leben–Teilhabe ohne Schranken

332 Jeder Mensch hat eigene Wünsche und Träume. Sie können sich auf die Berufswahl
333 beziehen, auf Freizeitaktivitäten oder eine bestimmte Wohnform, in der man leben
334 möchte. Die Chancen, sich eigene Ziele zu stecken und diese zu erreichen, müssen
335 in einer diversen und inklusiven Gesellschaft gleich verteilt sein. Die UN-
336 Behindertenrechtskonvention basiert auf dem Menschenrecht auf eine
337 gleichberechtigte Teilhabe. Ihre Umsetzung wollen wir konsequent voranbringen.

338 Zum Beispiel sollen Menschen, die im Rollstuhl in der Stadt unterwegs sind, ohne
339 große Umwege und ohne fremde Hilfe ihr Ziel erreichen. Kinder und Jugendliche,
340 egal ob mit oder ohne Behinderung, sollen den Beruf erlernen können, für den sie
341 sich interessieren. Sich ehrenamtlich zu engagieren, zum Beispiel ein
342 politisches Mandat zu bekleiden oder in einem Sportverein mitzuwirken, soll
343 allen Menschen möglich sein. Auf dem Arbeitsmarkt erinnern wir Unternehmen und
344 Ausbildungsbetriebe an ihre Pflicht, Menschen mit Behinderung einzustellen und
345 überzeugen sie von den Vorteilen. Wir planen Barrierefreiheit durch Änderungen
346 im Bauwesen von Beginn an ein, wenn Schulen oder Wohnungen gebaut werden.
347 Politische Abläufe und Verwaltungsprozesse kommunizieren wir in leichter
348 Sprache, in Gebärdensprache oder in Blindenschrift. Wir fördern die
349 organisierten Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderung und finden
350 gemeinsam mit ihnen Lösungen für die Bereiche, die noch nicht für alle
351 auffindbar, zugänglich und nutzbar sind. Nur so garantieren wir echte Teilhabe.

352 Lernen für religiöse Vielfalt und Toleranz
353 Ob und was Schüler*innen in NRW glauben, wird immer vielfältiger. Deshalb ist es
354 wichtig, dass jede*r Schüler*in von der ersten Klasse an wirklich die freie Wahl
355 hat, am konfessionellen Religionsunterricht oder an einem altersgemäßen
356 Philosophieunterricht teilzunehmen. Hemmnisse für den seit 2015 möglichen Umbau
357 von Bekenntnisschulen in bekenntnisfreie Grundschulen werden wir abbauen. Wir
358 unterstützen den islamischen Religionsunterricht auf Grundlage unserer
359 Verfassung. Er leistet einen wichtigen Beitrag für die Gleichberechtigung und
360 Integration muslimischen Lebens. Dafür wird eine entsprechende akademische
361 Ausbildung des Lehrpersonals in Deutschland, in unserem Fall in NRW, benötigt.
362 Wir wollen die Stimmen liberaler Muslime in der Kommission für islamischen
363 Religionsunterricht stärken. Aus anderen Staaten gesteuerte Verbände gehören
364 nicht in die Kommission. Mittelfristig wollen wir den Religionsunterricht im
365 Diskurs mit den Religionsgemeinschaften – auf Basis des Grundgesetzes, in dem
366 dieses Fach verankert ist – zu einem gemeinsamen konfessionellen Unterricht
367 weiterentwickeln, der auch den islamischen Religionsunterricht mit einbezieht.
368 Dieser Unterricht verbindet und bietet Orientierung und Verständigung in
369 unserer vielfältigen Gesellschaft.

370 Das Recht auf Religionsfreiheit schützen
371 Religion ist für viele Menschen in NRW ein wichtiger Bestandteil ihres Alltags
372 und prägender Teil der eigenen Identität und der Deutung der Welt. Die Freiheit,
373 den eigenen Glauben zu leben, ist ein Menschenrecht ebenso wie das Recht, keine
374 Weltanschauung oder Religion auszuüben. Der Staat muss diese Rechte
375 gewährleisten und schützen. Religionsgemeinschaften sind wichtiger Teil unserer
376 Zivilgesellschaft. In ihnen engagieren sich viele Menschen für die Gemeinschaft,
377 sie sind Räume für Engagement und prägen und bieten Heimat. Voraussetzung für
378 einen positiven Beitrag zur demokratischen Gesellschaft ist, dass
379 Religionsgemeinschaften die Grundprinzipien der Verfassung achten, sich dem
380 öffentlichen Diskurs stellen und nicht fundamentalistisch agieren. Das gilt
381 insbesondere dann, wenn sie mit dem Staat kooperieren. Islamische Gemeinschaften
382 können und sollen als Religionsgemeinschaften anerkannt werden, wenn sie die
383 rechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllen, denn muslimisches Leben gehört zu
384 NRW. Die vier großen muslimischen Verbände erfüllen diese Voraussetzungen aber
385 derzeit nicht. Wir unterstützen die Imam-Ausbildung in NRW und werden
386 muslimisches Engagement fördern. Jüdinnen und Juden sind ein Teil unserer
387 vielfältigen Gesellschaft. Gemeinsam mit den jüdischen Gemeinden und

388 Institutionen wollen wir die Vielfalt jüdischen Lebens noch sichtbarermachen und
389 Begegnung und Austausch ermöglichen. Antisemitismus in all seinen Facetten
390 werden wir uns konsequent entgegenstellen.

391 Verhältnis von Staat und Kirche weiterentwickeln

392 Die christlichen Kirchen sind für uns ein wichtiger Bündnispartner im Kampf für
393 Menschenrechte, die Seenotrettung, den Kampf gegen die Klimakrise oder für eine
394 gerechtere Welt. Das Land und die Kommunen pflegen viele Kooperationen mit ihnen
395 –etwa im Bereich Bildung oder Gesundheitsversorgung. Diese gewachsene Beziehung
396 wollen wir erhalten und wo nötig weiterentwickeln, denn der Staat muss selbst
397 grundsätzlich weltanschaulich neutral handeln. So plädieren wir für eine Novelle
398 des Feiertagsgesetzes, die an „stillen“ Feiertagen das bestehende, generelle
399 Verbot von Kultur- und Tanzveranstaltungen begrenzt. Außerdem wollen wir, dass
400 Angehörigen religiöser Minderheiten ein individueller Feiertag ermöglicht wird
401 –sowohl in der Schule wie auch im Arbeitsleben. Wir unterstützen das Anliegen,
402 die Kirchnaustrittsgebühr abzuschaffen und im Dialog mit den Kirchen dem
403 Auftrag des Grundgesetzes endlich nachzukommen und die altrechtlichen
404 Staatsleistungen abzulösen.

405 **Wir fördern Selbstbestimmung und Gleichstellung**

406 Die Hälfte der Macht den Frauen

407 Es ist Zeit für eine feministische Regierung und Politik in NRW, mit der wir uns
408 alle gemeinsam für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Frauen verdienen die
409 Hälfte der Macht –im Landtag und in den Gemeinderäten genauso wie in
410 Schlüsselstellen der Verwaltung. Gremien besetzen wir deshalb grundsätzlich
411 mindestens zur Hälfte mit Frauen. Mit einem Paritätsgesetz sorgen wir dafür,
412 dass zur Wahl des Landtags 2027 auch in den anderen Parteien deutlich mehr
413 Frauen auf den Landeslisten und in den Direktwahlkreisen zur Wahl stehen.
414 Gleichstellung ist eine Querschnittsaufgabe, denn sie berührt alle politischen
415 und gesellschaftlichen Bereiche: die Stadtplanung genauso wie die Planung von
416 Kitas und Ganztagsbetreuung, die Wirtschaftsförderung oder die Unterstützung
417 lokaler Projekte und Initiativen. Wir sorgen dafür, dass die Interessen und
418 Bedarfe von Frauen und Mädchen bei allen politischen Entscheidungen
419 berücksichtigt werden.

420 Das Land und die Kommunen bewegen Gelder in Milliardenhöhe, planen Straßen,
421 unterstützen Unternehmen und investieren viel Geld in die kommunale
422 Infrastruktur. Haushaltspolitik ist aber nicht geschlechterblind.

423 Finanzentscheidungen haben unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer.
424 Wir stärken eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik durch die konsequente
425 Umsetzung eines Gender-Budgeting-Ansatzes und stellen sicher, dass öffentliche
426 Investitionen und Ausgaben den Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Für die
427 echte Chancengleichheit von Frauen und Männern benötigen wir Forschung zum Thema
428 Geschlechtergerechtigkeit. Wir möchten daher den Wissenschaftsbereich der Gender
429 Studies fördern und ausbauen, um große Erkenntnislücken endlich zu schließen und
430 wissenschaftlich fundiert Politik zu machen.

431 Frauen verdienen –Wirtschaftliche Unabhängigkeit stärken

432 Unser Ziel: Frauen verdienen für gleichwertige Arbeit den gleichen Lohn, sind
433 wirtschaftlich unabhängig und im Alter gut abgesichert. Was selbstverständlich
434 klingt, muss endlich Realität werden! Wir setzen uns ein für eine gerechte
435 Bezahlung und faire Arbeitsbedingungen in systemrelevanten Care-Berufen wie

436 Pflege und Erziehung, die zu über 70 Prozent von Frauen ausgeübt werden. Und wir
437 nutzen die Möglichkeiten der Landespolitik, um die wirtschaftliche Situation von
438 Frauen zu verbessern und Beruf und Familie besser „unter einen Hut“ zu bekommen.
439 Grundlage dafür ist der Ausbau von Betreuungsplätzen in Kindertagespflege, Kita
440 und Ganztagsbetreuung in der Grundschule. In einem Modellprojekt helfen wir
441 berufstätigen Eltern, insbesondere einkommensschwachen und Alleinerziehenden,
442 Unterstützung durch Reinigungskräfte und Kinderbetreuung zu buchen – fair
443 bezahlt, versichert und sozial abgesichert. Damit schaffen wir gleichzeitig
444 Perspektiven jenseits von Schwarzarbeit oder ausbeuterischen
445 Arbeitsverhältnissen im haushaltsnahen Dienstleistungssektor.

446 Queeres Leben in NRW –selbstbestimmt und diskriminierungsfrei
447 Wir streiten seit unserer Gründung dafür, dass Lesben, Schwule, Bisexuelle,
448 Trans*, Inter*-und queere Menschen (LSBTIQ*) in NRW selbstbestimmt, ohne
449 Ausgrenzung und Angst leben können. Vielfalt ist gelebter Alltag in unserem Land
450 und die vielen CSDs und Pride Demonstrationen haben längst einen festen Platz in
451 unserer Gesellschaft. Trotzdem gehören Ausgrenzung und Diskriminierung für viele
452 queere Menschen zu ihren alltäglichen Erfahrungen. Deshalb werden wir
453 Betroffenen und Verbänden das Recht geben, rechtlich gegen Diskriminierung
454 vorzugehen. Das schreiben wir in einem Landesantidiskriminierungsgesetz fest.
455 Wir stärken queeres Leben und die Vielfalt unserer Zivilgesellschaft, indem wir
456 den „Aktionsplan für queeres Leben“ weiterentwickeln. Er sorgt für
457 Gleichstellung durch Aufklärung, Bildung und Schutz. Wir bauen das Angebot von
458 Beratung, Koordination, Kinder-und Jugendarbeit und Selbsthilfegruppen aus und
459 stärken es. Insbesondere auch jenseits der großen Städte wollen wir Angebote
460 schaffen und bestehende finanziell absichern. Außerdem legen wir ein wirksames
461 Konzept für die Bekämpfung von Hasskriminalität vor. Dazu gehören fachlich
462 qualifizierte und lokal verankerte Kontaktstellen für LSBTIQ*, die Opfer von
463 Hasskriminalität und Gewalt geworden sind.

464 Sexarbeiter*innen verdienen unsere Unterstützung
465 Wir trennen klar zwischen Sexarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung.
466 Letzterer ist ein abscheuliches Verbrechen, das wir mit allen Mitteln bekämpfen.
467 Sexarbeiter*innen brauchen, wie andere Berufstätige auch, sichere
468 Arbeitsbedingungen sowie eine Kranken- und Sozialversicherung. Wir sichern
469 spezialisierte Beratungsstellen, insbesondere im ländlichen Raum, die
470 Sexarbeiter*innen beraten, unterstützen und bei Bedarf auch Hilfe beim Ausstieg
471 aus der Sexarbeit leisten. Wir stärken die rechtliche und soziale Lage von in
472 der Sexarbeit tätigen und wirken Diskriminierung und Stigmatisierung entgegen.
473 Das geht am besten, wenn wir mit den Betroffenen im Austausch stehen und ihre
474 Lebensrealität genau kennen. Wir werden den Runden Tisch Prostitution wieder ins
475 Leben rufen.

476 Wir schützen Menschenrechte: Humanitär und fair für
477 Geflüchtete

478 NRW wird sicherer Hafen: Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete
479 Wir wollen jenen Menschen Schutz bieten, die vor Gewalt und Krieg fliehen
480 müssen. Aber noch immer verharren Geflüchtete dicht gedrängt in provisorischen
481 Lagern auf den griechischen Inseln oder an den europäischen Außengrenzen. Noch
482 immer ertrinken jedes Jahr viel zu viele Menschen auf der Flucht im Mittelmeer.
483 Die europäische Flucht- und Asylpolitik muss menschlicher werden. Statt die

484 Festung Europa weiter auszubauen und uns abzuschotten, müssen wir neue und
485 verschiedene Zugänge schaffen und Zuwanderung erleichtern. Wir unterstützen das
486 Engagement von zivilen Seenotretter*innen. Sie springen dort ein und retten
487 Menschenleben, wo die Institutionen der Europäischen Union versagen. Wir stehen
488 an der Seite der zahlreichen Kommunen in NRW, die Geflüchteten in Not einen
489 sicheren Hafen bieten. Mit einem eigenen Landesaufnahmeprogramm wollen wir diese
490 Bereitschaft zur Aufnahme von Menschen in besonders prekären Notsituationen, wie
491 etwa für aus Seenot Gerettete, unterstützen. So soll das Land in Zusammenarbeit
492 mit den Kommunen die Möglichkeit erhalten, Menschen auf der Flucht bei uns
493 Schutz zu bieten. Zudem wollen wir erreichen, dass sich NRW mit einem
494 Sonderprogramm an der Aufnahme jesidischer Frauen aus dem Nordirak beteiligt.

495 Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten: dezentral, kommunal und humanitär
496 Wir brauchen klare Maßstäbe für die Unterbringung und Versorgung von
497 Geflüchteten hier in NRW. Die individuellen Bedürfnisse, Wünsche und
498 Möglichkeiten von Kindern, Familien oder chronisch Kranken müssen wir dabei
499 stets im Blick behalten. Lange Aufenthaltszeiten in Landesunterkünften lehnen
500 wir ab. Wir müssen weg von übergroßen und isolierten Einrichtungen hin zu
501 dezentralen und kleineren Wohneinheiten. Denn gerade in den ersten Wochen
502 brauchen Menschen mit einer Fluchtgeschichte Ruhe und Privatsphäre in
503 geschützten Räumen, wo sie ankommen und sich sicher fühlen können.
504 Ehrenamtliche, die freie Wohlfahrtspflege und andere zivile Akteure leisten bei
505 der Beratung und Betreuung der Geflüchteten einen unerlässlichen Beitrag, den
506 wir hoch schätzen und weiterhin stärken wollen. Ebenso ist eine umfassende
507 Gesundheitsversorgung zentral. Auch hier wollen wir neue Standards setzen, die
508 helfen, Erkrankungen frühzeitig zu identifizieren und entsprechend zu behandeln.
509 Geflüchteten Kindern, die in den Landesunterkünften untergebracht sind, werden
510 wir den Zugang zum Unterricht in Regelschulen ermöglichen.
511 Eine qualitativ hochwertige Flüchtlings- und Integrationspolitik gelingt nur im
512 Schulterschluss mit den Kommunen. Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen,
513 gemeinsam verbindliche Standards für Flüchtlingsunterkünfte zu entwickeln, die
514 die individuellen Schutzbedürfnisse der Betroffenen beachten. Um die Kommunen
515 hier zu unterstützen, erhöhen wir die Pauschale im Flüchtlingsaufnahmegesetz,
516 die keine Unterscheidung zwischen Asylbewerber*innen und Geduldeten macht.

517 Integration von Anfang an ermöglichen und sichere Bleibeperspektiven schaffen
518 Wir wollen Integrations-, Teilhabeangebote und Sprachkurse von Anfang an für
519 alle Geflüchteten ermöglichen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Sie schaffen
520 für die Ankommenden die Basis für ein eigenständiges Leben in unserer
521 Gesellschaft. Damit auch Frauen mit Kindern die Kurse belegen und erfolgreich
522 abschließen können, bauen wir begleitende Kinderbetreuungsangebote aus. Als
523 wichtige Partner wollen wir die kommunalen und zentralen Ausländerbehörden
524 stärker in Integrationsprozesse einbinden. Diese neuen „Willkommensbehörden“
525 sollen Migrant*innen, insbesondere Geflüchtete, bei ihrem Weg zu mehr
526 gesellschaftlicher Teilhabe und Arbeitsmarktintegration begleiten und fördern
527 und ebenso die Spielräume für Bleibeperspektiven für Geduldete weitreichend
528 nutzen. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass Abschiebehindernisse gewahrt
529 bleiben und besonders zu schützende Personengruppen wie Sinti*innen und Rom*innen
530 wegen Gewalt gefährdete Frauen vor einer Abschiebung in Unrechtsregime und
531 Kriegsregionen bewahrt werden. Asylverfahren müssen zügiger bearbeitet werden,
532 aber gleichzeitig immer fair, individuelle Bedürfnisse berücksichtigen und
533 transparent sein. Bei einer Aufenthaltsbeendigung müssen Abschiebungen immer das

534 letzte Mittel sein. Wir setzen uns dafür ein, mildere Mittel zur Abschiebehaft
535 als Alternative auszuschöpfen und wollen garantieren, dass die Rechte der
536 Betroffenen geachtet werden. Denn die Inhaftierung von Menschen, die sich nichts
537 haben zuschulden kommen lassen, stellt eine massive Einschränkung ihrer Rechte
538 dar. Abschiebungen in Kriegs- und Krisenländer, wie aktuell Afghanistan und
539 Syrien, lehnen wir grundsätzlich ab.

540 Wir stärken das Vertrauen in den Rechtsstaat

541 Justiz modernisieren und entlasten

542 Unsere Gerichte kämpfen schon jetzt mit dem Fachkräftemangel. In den nächsten
543 Jahren werden überdurchschnittlich viele Richter*innen und Staatsanwält*innen in
544 Pension gehen. Darauf müssen wir frühzeitig reagieren. Deshalb benötigen wir
545 moderne, flexiblere und familienfreundlichere Strukturen, die insbesondere für
546 Frauen die Tätigkeit in der Justiz attraktiver machen. Momentan ist die Justiz
547 mit zu vielen Aufgaben betraut. Dadurch dauern Verfahren viel zu lang. Um die
548 Strafverfolgung effektiver zu machen, werden wir die Justiz neben einer
549 Personalaufstockung von einigen Aufgaben entlasten. Wir werden die gesetzlichen
550 Bestimmungen dafür schaffen, dass in Nordrhein-Westfalen niemand wegen
551 Bagatelldelikten zu einer Haftstrafe verurteilt wird. Hierzu werden wir
552 Vereinbarungen mit den Verkehrsverbänden abschließen, um ticketloses Fahren als
553 nicht anzuzeigenden Vertragskonflikt einzustufen. Zudem wollen wir die NRW-
554 Richtlinien zum Besitz und Konsum von Cannabis anpassen und den Grenzwert auf 15
555 Gramm anheben. Ersatzfreiheitsstrafen wollen wir weitgehend abschaffen und durch
556 ein System der Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Auch den
557 Jugendarrest, insbesondere den Freizeit-arrest, wollen wir auf den Prüfstand
558 stellen. Sie sind als Mittel der Abschreckung wie auch der Erziehung ungeeignet.
559 Wir halten individuelle Angebote für sinnvoller. Besonders der so genannte
560 Warnschussarrest widerspricht dem wichtigen Strafrechtsgrundsatz der
561 Verhältnismäßigkeit.

562 Unfaire Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit ersetzen

563 Wir wollen Ersatzfreiheitsstrafen weitgehend abschaffen und durch ein System der
564 Abgeltung durch gemeinnützige Arbeit ersetzen. Ein wichtiges Prinzip des
565 Rechtsstaates ist es, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und Strafen
566 ohne Ansehen der Person von unabhängigen Gerichten verhängt werden. Das ist
567 derzeit nicht uneingeschränkt gewährleistet, da verhängte Geldstrafen von
568 Menschen mit entsprechendem wirtschaftlichem Hintergrund leicht aus der
569 Portokasse bezahlt werden können, arme Menschen hingegen in manchen Fällen
570 ersatzweise ins Gefängnis müssen. Das ist nicht nur ungerecht und bestraft
571 Vermögenslose doppelt, es erzielt auch nicht den erhofften abschreckenden Effekt
572 bei Vermögenden. Die Abgeltung von (Geld-)Strafen durch gemeinnützige Arbeit
573 gibt der Gesellschaft etwas zurück und dürfte einen stärkeren
574 selbstreflektierenden Effekt haben.

575 Bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen in Haftanstalten

576 Eine Gesellschaft muss sich auch daran messen lassen, wie sie mit Straftätern
577 umgeht. Und auch diejenigen, die mit Inhaftierten arbeiten, haben gute
578 Arbeitsbedingungen verdient. Wir streben eine Verbesserung des
579 Personalschlüssels an und wollen den Berufsweg im Justizvollzugsdienst insgesamt
580 attraktiver gestalten. Denn die Beschäftigten in den Haftanstalten kämpfen mit
581 einer sehr hohen Arbeitsbelastung und Überstunden-Kontingenten. Das führt zu

582 einem erhöhten Krankenstand und Einschränkungen für die Gefangenen (weniger
583 Unterricht, Sportangebote, Therapieplätze, Arztbesuche usw.). Einen Schwerpunkt
584 bei zusätzlich geschaffenen Stellen sollten die Fachdienste im psychologischen,
585 pädagogischen, seelsorgerischen und medizinischen Bereich bilden. Laut Gesetz
586 haben Inhaftierte Anspruch auf eine humane Unterbringung. Der jetzige, oft
587 baufällige Zustand einiger Haftanstalten darf deshalb kein Dauerzustand bleiben.
588 Zudem birgt Sicherheitsrisiken, wie zum Beispiel mangelnden Brandschutz. Eine
589 Modernisierungsoffensive bietet dabei auch Chancen für eine menschenwürdige
590 Neukonzeption von Haftanstalten in baulicher und architektonischer Hinsicht.
591 Damit werden Möglichkeiten geschaffen, Vollzugspläne bzw. -ziele
592 erfolgversprechender umzusetzen und auch den Bediensteten den Arbeitsalltag zu
593 erleichtern.

594 Einfach an dein Recht kommen

595 Jeder Mensch in NRW muss einfach an sein Recht kommen. Wir wollen, dass
596 Menschen, die aufgrund ihrer persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse
597 nicht aus eigenen Mitteln den Rechtsweg beschreiten können, noch besser proaktiv
598 über ihre Rechte und Möglichkeiten zu Beratungs-, Verfahrens- und
599 Prozesskostenhilfe in einfacher und verständlicher Sprache aufgeklärt werden.
600 Wir werden mit konkreten Projekten das Vertrauen in unseren Rechtsstaat stärken.
601 So wird unter anderem nach dem Berliner Vorbild das Projekt „Wir im Rechtsstaat“
602 auch in Nordrhein-Westfalen eingeführt. Hier geben Richter*innen und
603 Staatsanwält*innen halbtägige Kurse, in denen Bürger*innen über ihre Rechte und
604 Pflichten im deutschen Rechtsstaat aufgeklärt werden. Die Kurse werden z.B. in
605 Vereinen, Flüchtlingsunterkünften oder Schulen stattfinden.
606 Jede*r Bürger*in hat in Nordrhein-Westfalen das Recht auf ein faires Verfahren.
607 Das ist in unserem Rechtsstaat eine zentrale Botschaft, auf die Verlass sein
608 muss. Vorurteile und Pauschalisierungen sind bestehende Hindernisse, die diesem
609 Recht entgegensteht. Mit Aktionstagen und Fortbildungen sensibilisieren wir alle
610 Mitarbeitenden in der Justiz für Vielfaltsthemen wie Migration, Religion,
611 Behinderung, Gender und LSBTQI*, um individuelle und strukturelle Barrieren
612 abzubauen und um zukünftig untereinander und im Umgang mit Bürger*innen
613 möglichst diskriminierungsfrei zu agieren.

614 Starkes Recht gegen Hass und Hetze

615 Das Internet und Soziale Medien nehmen immer mehr Platz im gesellschaftlichen
616 Leben ein. Neben vielen Erleichterungen und neuen Möglichkeiten sich zu
617 vernetzen sind dort auch Räume für verachtende, beleidigende, rassistische und
618 diskriminierende Kommentare und Handlungen entstanden. Diese „Hate Speech“ kann
619 für die direkt Betroffenen auch in der analogen Welt zur echten Gefahr werden.
620 Zudem ist „Hate Speech“ schädlich für die demokratische Debattenkultur, da
621 rechtsextreme Akteure immer wieder versuchen, demokratische Positionen, die für
622 Vielfalt und Minderheitenrechte einstehen, zum Verstummen zu bringen. Zur
623 Bekämpfung von Hassrede und Gewalt im Netz sind eine effektive Strafverfolgung,
624 eine zwischen Bund und Land gut verzahnte Meldestruktur, eine personell gut
625 ausgestattete Beratungsstruktur sowie Öffentlichkeitskampagnen notwendig, die
626 sich Hass und Hetze entgegenstellen. Wir werden außerdem die Zentral- und
627 Ansprechstelle „Cybercrime“ auf den Bereich der „Hate-Speech“ erweitern und so
628 eine zentrale und kompetente Strafverfolgungsbehörde gegen „Hate-Speech“
629 aufbauen.

630 Wir sichern den Schutz vor Gewalt

631 Kinder besser schützen

632 Nicht erst seit den furchtbaren Fällen von Kindesmissbräuchen in Lügde, Münster
633 und Bergisch-Gladbach wissen wir: Beim Schutz von Kindern vor sexualisierter
634 Gewalt – im persönlichen Umfeld und im Internet – sowie anderen Formen der
635 Kindeswohlgefährdung, bleibt weiter viel zu tun. Der Untersuchungsausschuss zu
636 den Fällen sexualisierter Gewalt in Lügde hat gravierende Mängel in der
637 staatlichen Struktur zum Schutz von Kindern aufgedeckt. Diese vielschichtigen
638 Mängel wollen wir mit großem Nachdruck beseitigen. Gemeinsam mit den Kommunen
639 und den Landesjugendämtern werden wir dafür sorgen, dass überall in NRW die
640 gleichen fachlichen und personellen Standards in der Jugendhilfe gelten. Wir
641 stärken die Netzwerke des Kinderschutzes vor Ort. Alle am Kinderschutz
642 Beteiligten aus Jugendhilfe, Justiz, Polizei, Bildungs- und Gesundheitswesen
643 arbeiten in Zukunft in verlässlichen und dauerhaften Netzwerken zusammen. Die
644 Koordination dieses Netzwerkes in der Kommune finanziert das Land.
645 Wir richten die Stelle eines*iner unabhängigen Landesbeauftragten für die
646 Belange des Kinderschutzes und der Kinderrechte ein. Wir stärken kindgerechte
647 Verfahren in Justiz und Polizei sowie die Fortbildung von Richter*innen und
648 Staatsanwält*innen und in der Polizei. Dort sollen auch Kompetenzen bei
649 kindgerechten Vernehmungen gestärkt werden. Wir wollen dafür sorgen, dass den
650 Betroffenen bei der Polizei kompetente Partner*innen zur Seite stehen.

651 Gewalt gegen Frauen und genderqueere Personen entschieden bekämpfen
652 Jede Frau, die von Gewalt betroffen oder bedroht ist, muss in NRW Unterstützung
653 und Schutz finden. Das ist unser Anspruch. Dafür stärken wir das bestehende
654 System der Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Notrufe und
655 Interventionsstellen. Die Frauenhilfestrukturen werden wir durch langfristige
656 Finanzierungszusagen unterstützen. Gleichzeitig entwickeln wir das Schutz- und
657 Unterstützungssystem mit allen Beteiligten weiter. So wird das Angebot
658 barrierefreier und richtet sich künftig stärker auch an Kinder, die Opfer von
659 häuslicher Gewalt sind und gezielte Hilfs- und Unterstützungsangebote brauchen.
660 Auch für genderqueere Personen wollen wir eine passgenaue Unterstützung
661 schaffen, die unter anderem durch separate Rückzugsräume und speziell geschultes
662 Personal gewährleistet wird.

663 Wir entwickeln das Hilfesystem so weiter, dass Opfer von geschlechtsspezifischer
664 Gewalt die Unterstützung erfahren, die sie brauchen. Dazu werden wir modellhaft
665 Clearingstellen erproben, die allen Frauen rund um die Uhr offenstehen und sie
666 dabei unterstützen, die passgenaue Hilfe zu finden. Außerdem setzen wir bei
667 Polizei und Justiz Schwerpunkte bei der effektiven Bekämpfung von Gewalttaten
668 gegen Frauen und queere Personen. Das beinhaltet schnelle Ermittlungen, schnelle
669 Strafverfahren und eine bessere Bewertung von Risikofällen.

670 Häusliche Gewalt koordiniert bekämpfen

671 Wir werden in NRW eine Koordinierungsstelle zur Verhütung und Bekämpfung von
672 Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt schaffen. Damit setzen wir die
673 Istanbul-Konvention weiter um, zu der NRW sich bekannt hat. Die Stelle bringt
674 verschiedene Hilfsangebote zusammen und unterstützt die Weiterentwicklung der
675 Gewaltschutz-Einrichtungen und ihrer Zusammenarbeit. Darüber hinaus werden wir
676 ein Monitoring zum Umsetzungsstand der Istanbul-Konvention in NRW entwickeln.
677 Auch Männer werden Opfer häuslicher Gewalt. Wir werden die Schutz- und
678 Unterstützungsstrukturen, die sich an männliche Opfer von Gewalt richten,

679 ausbauen. Das erfordert zusätzliche Ressourcen und darf nicht zulasten der
680 bestehenden Frauenhilfeeinfrastruktur gehen. Die Interventionsstellen bei
681 häuslicher Gewalt wollen wir finanziell stärken und als Anlaufstellen für alle
682 Opfer häuslicher Gewalt, unabhängig vom Geschlecht, weiterentwickeln.

683 Betroffene unterstützen, die den Gerichtsprozess wagen
684 Opfer von Sexualdelikten, Stalking und Bedrohungen erstatten in viel zu vielen
685 Fällen keine Anzeige. Ein Grund dafür ist die hohe Belastung der Opfer im
686 anschließenden Gerichtsprozess. Das werden wir ändern und uns für eine den
687 Vorwürfen angepasste Zeugenvernehmung einsetzen. Kein Opfer solcher Straftaten
688 darf mehr Angst davor haben, die Täter anzuzeigen. Zudem werden wir die
689 „Childhood“-Häuser in NRW stärken, in denen die notwendige Begleitung von
690 Kindern und Jugendlichen bei Missbrauchserfahrung in kinderfreundlicher Umgebung
691 unter einem Dach koordiniert und strukturiert wird.

692 Neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung
693 Wir werden neue Wege beim Opferschutz und bei der Resozialisierung straffällig
694 gewordener Menschen gehen, um für mehr Sicherheit für die Bevölkerung zu sorgen.
695 Im neuen Landesresozialisierungs- und Opferschutzgesetz werden wir den
696 Opferschutz stärken und bei der Resozialisierung mitberücksichtigen. Außerdem
697 werden wir den Übergang vom Strafvollzug in die Freiheit besser organisieren, so
698 dass ehemalige Straftäter*innen besser Fuß fassen können und Unterstützung
699 beispielsweise durch Sozialarbeiter*innen erhalten.
700 Oft ist die Haft nicht die gesellschaftlich sinnvollste Strafe, da sie den
701 Bestraften auch nach der Verbüßung ausgrenzt. Deshalb werden wir alternative
702 Sanktionsformen im Sinne von Haftvermeidung stärker in den Vordergrund rücken.
703 Insgesamt werden wir mit der Vereinheitlichung von Gesetzes- und
704 Verwaltungsvorschriften für mehr Klarheit bei Struktur und Zuständigkeiten
705 sorgen, so dass mehr Personal und Geld für den effektiven Opferschutz und die
706 Resozialisierung zur Verfügung steht. Sowohl der Opferschutz als auch die
707 Verbesserung der Lebenslage straffällig Gewordener stehen dabei für uns im
708 Mittelpunkt.

709 Wir stärken die Sicherheit und schützen Bürger*innenrechte

710 Mehr Sicherheit mit unserer Polizei: bürger*innenorientiert, professionell und
711 gut ausgestattet
712 Dass Nordrhein-Westfalen ein grundsätzlich sicheres Land ist, liegt auch an der
713 guten Arbeit der Polizei. Als Trägerin des staatlichen Gewaltmonopols muss sie
714 gut aus- und fortgebildet, personell gut aufgestellt und angemessen ausgestattet
715 sein. Wir nehmen das Leitbild der Polizei-NRW ernst und wollen eine
716 bürgerorientierte, professionelle und rechtsstaatliche Polizei. Die hohen
717 Einstellungszahlen in der Polizei werden wir aufrechterhalten und dabei die
718 Vielfalt der Gesellschaft auch in der Polizei abbilden. Wir wollen für mehr
719 Beamte*innen im Bezirks- und Schwerpunktdienst sorgen, um die wichtige
720 sozialraumorientierte Polizeiarbeit im „Veedel“ oder Stadtteil zu stärken. Damit
721 leisten wir einen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und erhöhen das
722 Sicherheitsgefühl der Bürger*innen. Flächendeckende und anlasslose
723 Videoüberwachung lehnen wir ab. Für eine Ausstattung mit Tasern, außer für
724 Spezialkräfte, sehen wir keinen Bedarf. Angesichts der immer größeren
725 Anforderungen beispielsweise in den Bereichen Kindesmissbrauch,
726 Umweltkriminalität, Geldwäsche, organisierte Kriminalität (Mafia) werden wir die

727 Kriminalpolizei personell und in der Aus- und Fortbildung stärken. Dabei
728 ermöglichen wir Spezialisierungen und fördern Fachkarrieren. Die
729 gesundheitlichen Belastungen im Polizeidienst sollen durch eine Überprüfung der
730 Schichtdienstmodelle und den Ausbau von Krisenintervention und Supervision
731 verringert werden. Die Fortbildung, insbesondere der Führungskräfte,
732 beispielsweise bei der Deeskalationskompetenz, der Sensibilisierung gegen
733 Rechtsextremismus und Rassismus, bei Hasskriminalität sowie der
734 Menschenrechtsbildung stärken wir weiter. Wir streben die rechtssichere
735 Einführung einer individualisierten und anonymisierten Kennzeichnung unter
736 Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Beamt*innen an.

737 Gemeinsam gegen Rassismus in der Polizei

738 Alle Menschen – unabhängig von Hautfarbe, Religion, Migrationsgeschichte,
739 Geschlecht oder sexueller Identität – müssen darauf vertrauen können, dass die
740 Polizei sie schützt und nicht diskriminiert. Daher wiegen die Fälle von
741 Rassismus und anderen menschenverachtenden Äußerungen in der Polizei schwer. Die
742 Handlungsempfehlungen der Stabsstelle „Rechtsextremistische Tendenzen in der
743 Polizei NRW“ werden wir umsetzen und die Maßnahmen fortlaufend weiterentwickeln.
744 Dazu gehören Präventions- und Reflexionsmöglichkeiten in der Polizei sowie
745 Regelungen zur Rotation. Zudem wollen wir verpflichtende Fortbildungen zum
746 Themenfeld Rechtsextremismus und Rassismus einführen und die Meldung von
747 Hinweisen erleichtern. Führungskräfte müssen besser qualifiziert und
748 sensibilisiert werden, damit sie Verdachtsfälle besser einschätzen und
749 intervenieren können. Zusätzlich werden wir eine wissenschaftliche Studie zu
750 rassistischen und anderen menschenverachtenden Einstellungen bei der Polizei NRW
751 in Auftrag geben.

752 Ein*e unabhängige*n Polizeibeauftragte*n für NRW

753 Die Polizei greift durch ihre Maßnahmen zum Teil empfindlich in die
754 Freiheitsrechte der betroffenen Personen ein. Wie jedes Verwaltungshandeln ist
755 auch polizeiliches Handeln überprüfbar. Einzelverfahren vor Gerichten oder im
756 qualifizierten Beschwerdemanagement können aber nicht mögliche strukturelle
757 Fehlentwicklungen innerhalb der Polizei aufdecken. Whistleblower*innen in der
758 Polizei müssen deshalb besonders geschützt werden und ihre Anliegen vorbringen
759 können, ohne irgendwelche Nachteile fürchten zu müssen. Wir wollen daher die
760 Stelle einer*eines unabhängigen Polizeibeauftragten beim Landtag NRW ansiedeln.
761 Die Stelle soll sowohl für Bürger*innen als auch für Polizeibeamt*innen
762 ansprechbar sein, den Landtag bei der Beratung von Themen zur Polizei
763 unterstützen und einen regelmäßigen Tätigkeitsbericht vorlegen.

764 Effektive Zusammenarbeit bei der Polizei

765 In keinem anderen Bundesland ist die Polizeistruktur so kleinteilig wie in
766 Nordrhein-Westfalen. Die Vielzahl der Behörden, ihre unterschiedlichen Größen
767 und Zuständigkeiten führen zu gravierenden Nachteilen bei der Aufgabenerfüllung.
768 Gerade der schreckliche Fall sexualisierter Gewalt in Lügde zeigt, dass eine
769 Polizeistrukturreform dringend erforderlich ist, weil die örtlichen
770 Polizeibehörden große beziehungsweise komplexe Verfahren strukturell nicht
771 leisten können. Daher müssen die Aufgaben und Zuständigkeiten der
772 Kreispolizeibehörden vereinheitlicht und regional gebündelt werden. So wird die
773 Polizeiarbeit überall in NRW effektiver und komplexe Fälle können besser
774 bearbeitet werden. Wir werden dafür sorgen, dass die Polizei weiterhin überall in
775 Nordrhein-Westfalen ansprechbar ist.

776 Kriminalpolitik auf solider Faktenbasis

777 Um die kriminalitätsbezogene Sicherheitslage richtig einschätzen zu können,
778 reichen die Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik nicht aus. Diese
779 betrachtet nur die der Polizei bekannt gewordenen Fälle, bis diese an die
780 Staatsanwaltschaft abgegeben werden. Das Dunkelfeld, also Taten, die der Polizei
781 nicht angezeigt wurden, bleibt hingegen unberücksichtigt. Mögliche
782 Veränderungen von Kriminalitätstrends bleiben so unerkannt. Es wird auch nicht
783 erfasst, ob die gemeldeten Verdachtsfälle überhaupt angeklagt wurden und ein
784 Urteil erging. Wir wollen, dass die Sicherheits- und Kriminalpolitik in NRW auf
785 einer rationalen und evidenzbasierten Grundlage beruht. Wir setzen uns daher für
786 einen periodischen Sicherheitsbericht unter Einbindung externer
787 Wissenschaftler*innen ein. So soll eine regelmäßig aktualisierte
788 Bestandsaufnahme der kriminalitätsbezogenen Sicherheitslage erfolgen, die über
789 die bloße Analyse der Kriminalstatistik und der Strafverfolgungsstatistiken
790 hinausgeht und Dunkelfeldstudien, Ursachenforschung und die
791 Sicherheitswahrnehmungen der Bürger*innen einbezieht.

792 Vertrag für Demokratie: Entschieden gegen Rechtsextremismus

793 Wir schließen einen Vertrag für die Demokratie: Die Arbeit gegen
794 Rechtsextremismus und Rassismus kann nur gemeinsam mit der demokratischen
795 Zivilgesellschaft gelingen. Wir wollen die Zivilgesellschaft durch einen
796 Fördertopf unterstützen, aus dem kleinere Initiativen und Bündnisse
797 unbürokratisch Kleinstförderungen beantragen können. Die Beratungsstruktur
798 gegen Rechtsextremismus angefangen bei der Opferberatung, über die mobile
799 Beratung gegen Rechtsextremismus bis hin zur Aussteigerberatung werden wir
800 finanziell deutlich stärken und dauerhaft absichern. Wir werden das kommunale
801 Förderprogramm „NRWeltoffen“ auf weitere Kommunen ausweiten und das integrierte
802 Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiterentwickeln. Das
803 Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus wollen wir mit einer eigenen
804 Geschäftsstelle stärken. Auch die Arbeit der Gedenkstätten und anderer Träger
805 der (historisch-)politischen Bildung ist ein wichtiger Beitrag für die Stärkung
806 der demokratischen Kultur und die Sensibilisierung für die Gefahren des
807 Rechtsextremismus. Um die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen als
808 wichtigen Bestandteil der Demokratiebildung zu stärken, wollen wir die
809 Landeszentrale für politische Bildung beim Parlament ansiedeln und sie durch
810 einen externen wissenschaftlichen sowie zivilgesellschaftlichen Beirat stärken.

811 Konsequentes Handeln gegen rechte Gewalt

812 Die größte Gefahr für unsere Gesellschaft geht vom Rechtsextremismus aus. Die
813 Sicherheitsbehörden brauchen dringend bessere Analyseinstrumente, um die Gefahr
814 durch neue Tattypen erkennen zu können. Offene Haftbefehle gegen
815 Rechtsextremisten müssen schnell vollzogen werden. Wir werden die
816 Handlungsempfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses NRW vollständig umsetzen.
817 Das Wissen über rechtsextreme und rassistische Strukturen und Entwicklungen ist
818 unabdingbar für den Kampf gegen Rechts. Deshalb werden wir die
819 Rechtsextremismus-Forschung in NRW stärken und ein Monitoring im Bereich
820 Rechtsextremismus sowie zu menschenfeindlichen Einstellungen in der Gesellschaft
821 einführen. Außerdem setzen wir auf Dunkelfeldstudien und ein Lagebild
822 Rechtsextremismus, um das Verständnis über die Dimensionen von Hasskriminalität
823 und die Entwicklung im rechtsextremen Spektrum zu verbessern. Zudem werden wir
824 ein öffentlich zugängliches Archiv zu Rechtsextremismus in NRW fördern.
825 Neue bzw. verstärkt auftretende Phänomene machen neue Beratungsangebote

826 notwendig. Wir werden ein Angebot schaffen, dass das Umfeld von
827 Verschwörungsgläubigen unterstützt. Außerdem werden wir eine personell gut
828 ausgestattete Melde- und Beratungsstruktur für die Betroffenen von „Hate-
829 Speech“ schaffen. Zur Unterstützung der Kommunen im Umgang mit Rechtsextremismus
830 wollen wir eine juristische Beratungsstelle auf Landesebene einrichten.
831 Auch in NRW kommt es immer wieder zu rassistisch und antisemitisch motivierten
832 Angriffen auf Synagogen, Moscheen oder Kultureinrichtungen. Wir setzen auf
833 deutlich bessere Schutzkonzepte für diese Einrichtungen und in migrantisch
834 geprägten Stadtteilen. Wichtig ist dabei die Einbindung der Communities in die
835 Entwicklung von Maßnahmen des Landes.

836 Ganzheitliches Handlungskonzept gegen gewaltbereiten Islamismus weiterentwickeln
837 Von salafistischen und jihadistischen Netzwerken geht weiterhin eine
838 ernstzunehmende Gefahr für unsere Gesellschaft aus. Die Sicherheitsbehörden
839 müssen hier weiterhin sehr wachsam sein, um mögliche weitere Anschläge zu
840 verhindern. Aber auch die Präventionsarbeit gegen den gewaltbereiten Salafismus
841 und Jihadismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe haben wir im Blick. Das von
842 uns angestoßene ganzheitliche Handlungskonzept gegen den
843 gewaltbereitenverfassungsfeindlichen Salafismus werden wir weiterentwickeln.

844 Den Verfassungsschutz neu ordnen
845 Der Verfassungsschutz soll die Feinde unserer Demokratie und vielfältigen
846 Gesellschaft mit öffentlichen und nachrichtendienstlichen Mitteln beobachten und
847 dabei einen klaren Fokus auf gewaltbereite Bestrebungen legen. Auf diesen Kern
848 seiner Tätigkeit werden wir ihn beschränken. Wir gründen ein Forschungsnetzwerk,
849 zur Erforschung und Dokumentation von Strukturen und Zusammenhängen von
850 demokratie- und menschenfeindlichen Bestrebungen. Wir schaffen mehr Transparenz
851 über die Arbeit des Verfassungsschutzes durch öffentliche Sitzungen des
852 parlamentarischen Kontrollgremiums des Landtags. Zusätzlich richten wird die
853 Stelle einer/eines ständigen Sachverständigen beim Parlamentarischen
854 Kontrollgremium ein, um das Gremium bei der Kontrolle des Verfassungsschutzes,
855 insbesondere bezüglich des Einsatzes von V-Leuten, zu unterstützen.

856 Katastrophenschutz: Aus der Pandemie und der Hochwasserkatastrophe lernen
857 Aus der Corona-Pandemie und der Hochwasserkatastrophe vom Juli 2021 werden wir
858 Lehren ziehen und den Katastrophenschutz in NRW so verändern, dass er deutlich
859 gestärkt wird. Das Engagement der Einsatzkräfte von Feuerwehren, anerkannten
860 Hilfsorganisationen, Technischem Hilfswerk sowie den Spontanhelfer*innen ist
861 unverzichtbar. Die Strukturen des Katastrophenschutzes müssen so angepasst
862 werden, dass Gefahren besser erkannt werden und die Einsatzkräfte schneller das
863 tun können, wofür sie für den Ernstfall ausgebildet werden: anderen zu helfen.
864 Zur Katastrophenvorsorge führen wir verbindliche Katastrophenschutzbedarfspläne
865 auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte ein. Im Katastrophenfall soll die
866 Landesebene Verantwortung übernehmen und die Kreise und kreisfreien Städte
867 unterstützen. Um die Vorsorge zu unterstützen und im Krisenmanagement
868 Verantwortung zu übernehmen, benötigen wir ein eigenes Katastrophenschutzamt auf
869 Landesebene. Die Aktivierung des Krisenstabes der Landesregierung werden wir
870 verbindlich regeln, damit die Kommunikation mit den unterschiedlichen Behörden
871 effektiv, schnell und einheitlich gelingt. Im Katastrophenfall müssen
872 Warnsysteme so gestaltet sein, dass sie möglichst alle Menschen erreichen und
873 für diese auch einfach verständlich und nachvollziehbar sind. Gemeinsam mit den
874 Kommunen und den Akteuren im Katastrophenschutz werden wir die
875 Selbsthilfefähigkeit der Bürger*innen stärken.

876 Wir werden auch die Forschung für den Katastrophenschutz und das
877 Krisenmanagement in NRW stärken. Alle bisherigen Berichte und Evaluationen zu
878 Katastrophenszenarien werden wir auf den Prüfstand stellen, um den
879 Verbesserungsbedarf für NRW zu ermitteln. Außerdem braucht das Land eine eigene
880 Katastrophenschutzplanung, um sich auf die Möglichkeit weiterer Katastrophen,
881 beispielsweise einen großflächigen langanhaltenden Stromausfall oder einen
882 Angriff auf die digitale Infrastruktur, vorzubereiten. Auch die Prävention und
883 Bekämpfung von Wald- und Naturflächenbränden müssen deutlich verbessert werden,
884 wie die Brandereignisse der letzten Jahre eindrücklich zeigen.

885 Ehrenamt im Brand- und Katastrophenschutz in seiner Vielfalt stärken
886 Die Arbeit von Ehrenamtlichen im Brand- und Katastrophenschutz ist unverzichtbar.
887 Das verdient Anerkennung, Unterstützung der Feuerwehren und der anerkannten
888 Hilfsorganisationen sowie gute Bedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie
889 und Ehrenamt. Der enge Austausch mit den Akteuren im Brand- und Katastrophenschutz
890 ist uns wichtig. Wir wollen die Ehrenamtskarte weiter ausbauen, beispielsweise
891 auch durch kostenlose Fahrten mit Bus und Bahn. Wer einen Führerschein für
892 Rettungsfahrzeuge erwirbt, macht das im Dienst der Gesellschaft und bekommt
893 deshalb in Zukunft mehr finanzielle Unterstützung. Wir werden außerdem eine
894 Feuerwehrrente nach dem Thüringer Modell prüfen.
895 Unsere Gesellschaft ist vielfältig – wir wollen, dass sich das auch bei
896 Feuerwehren und im Katastrophenschutz widerspiegelt. Projekte zur Stärkung der
897 Sichtbarkeit von Vielfalt und für Antidiskriminierungsarbeit unterstützen wir.
898 Gemeinsam mit den Organisationen wollen wir den Anteil von Frauen sowohl im
899 Haupt- wie auch im Ehrenamt deutlich erhöhen. Die Kinder- und Jugendarbeit bei den
900 Feuerwehren und Hilfsorganisationen unterstützen wir. Die Brandschutz- und
901 Jugendbildung sowie die Verankerung von Schulsanitätsdiensten unter Beteiligung der Kinder und
902 Jugendlichen sowie Erste-Hilfe-Kurse an Schulen werden wir ausweiten.

903 Wir fördern Kultur, Medien und Sport

904 Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk für alle
905 Unsere Demokratie lebt davon, dass wir uns eine Meinung bilden und demokratisch
906 um den besten Weg streiten können. Dafür brauchen wir Journalist*innen, die
907 unabhängig und kritisch arbeiten können. Und wir benötigen ein vielfältiges
908 Angebot an Zeitungen, Online-, Radio- und Fernsehsendungen. Wir stehen zu einem
909 pluralistischen, von staatlichen Institutionen unabhängigen und kritischen
910 öffentlich-rechtlichen Rundfunk, denn er sichert unabhängigen, allen
911 zugänglichen Journalismus. Wir verteidigen den WDR entschieden gegen
912 populistische Attacken von rechts und sichern weiterhin seine Finanzierung ab.
913 Gleichzeitig wirken wir darauf hin, dass der WDR sich mit der Gesellschaft
914 weiterentwickelt und relevant bleibt. Wir unterstützen ihn, auch jene
915 Zielgruppen zu erreichen, bei denen er sich bisher schwertut, also etwa bei
916 Jugendlichen oder Menschen mit Migrationserfahrung. Ebenso wie die Formate und
917 Inhalte müssen auch die Gremien des WDR in Zukunft die gesellschaftliche
918 Vielfalt unseres Landes besser abbilden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass
919 die Mediatheken aller öffentlich-rechtlichen Sender zu gemeinsamen Plattformen
920 weiterentwickelt werden.

921 Demokratie braucht Medienvielfalt und Lokaljournalismus
922 Eine offene Gesellschaft braucht vielfältige Informationsquellen und Medien, in
923 denen Meinungen ausgetauscht und Entscheidungen kritisch hinterfragt werden.

924 Doch gerade vor Ort schrumpft die Vielfalt an lokalen Zeitungen und
925 Radiostationen. Damit sich keine "Informationswüsten" ohne unabhängige
926 Berichterstattung zu Politik, Kultur und Gesellschaft bilden, unterstützen wir
927 die lokale Medienvielfalt und werden dies über eine neue, gemeinsame
928 Medienanstalt der Länder absichern. Wir geben der Idee des gemeinnützigen
929 Journalismus Rückenwind, so dass Bürger*innenmedienvereine und
930 Redaktionsnetzwerke ihre wichtige Arbeit leichter über Spenden finanzieren
931 können. Gerade dort, wo sich der herkömmliche Lokaljournalismus zurückzieht,
932 sind diese Initiativen wichtig, um vor Ort kritischen Journalismus aufrecht zu
933 erhalten. Wir Grüne stehen zum „NRW-Zwei-Säulen-Modell“ und für eine starke
934 Lokalradioszene. Die NRW-Landesmedienanstalt leistet hier bereits gute
935 Unterstützungsarbeit, die wir fortsetzen werden.

936 Medienkompetenz für alle –gegen Fake News
937 Frei zugängliche Informationen sind der Rohstoff für unsere Meinungsvielfalt und
938 Demokratie. Wenn sie gefälscht und manipuliert werden, ist das ein Angriff auf
939 unsere freie Gesellschaft. Gerade das Internet und die sozialen Medien
940 beinhalten beides. Deshalb ist es so wichtig, dass alle Bürger*innen in NRW
941 lernen, kompetent mit Informationen und Medien umzugehen –von klein auf, bis ins
942 hohe Alter. Wir unterstützen Bürger*innenmedien-Kompetenzprojekte, die
943 Bürger*innen und insbesondere auch Schüler*innen in NRW befähigen,
944 Falschmeldungen und Fake News zu erkennen, zu kontern und selbst als
945 Faktenchecker*innen zu arbeiten. Die wichtige Arbeit des 2020 neu gegründeten
946 „Landesverbandes Bürger*innenmedien NRW“ unterstützen wir. Dabei richten wir
947 unseren Blick nicht nur auf deutschsprachige Medien, sondern auch auf
948 internationale. Denn es ist bekannt, dass zunehmend auch ausländische,
949 autokratische Strukturen versuchen, mit Desinformationskampagnen die politische
950 oder gesellschaftliche Willensbildung hier zu beeinflussen.
951 Demokratiefeindlichen und hetzerischen Inhalten schieben wir einen Riegel
952 vor. Dafür müssen auch unsere Sicherheitsbehörden entsprechend sensibilisiert und
953 ausgestattet sein. Gleichzeitig setzen wir uns für eine deutliche
954 Wiederausweitung des mehrsprachigen Angebots des WDR ein, so dass unabhängige
955 Medienangebote auch alle Menschen in NRW erreichen.

956 Verlässliche Förderung für einen neuen Kultur-Aufschwung
957 Die Kunst- und Kulturszene in NRW bietet uns allen eine große Dichte
958 verschiedenster Museen, Clubs, Konzertsäle, Bühnen und freier Angebote. Kultur
959 und die Künste unterhalten nicht einfach nur. Sie sind das Lebenselixier unserer
960 Demokratie, sie geben Impulse und halten der Gesellschaft kritisch den Spiegel
961 vor. Wir Grünen stehen daher für eine transparente, beteiligende und vielfältige
962 Kulturpolitik. Wir geben Nordrhein-Westfalens einmaliger Kulturlandschaft
963 Sicherheit und stehen für ihren Erhalt und Ausbau. Unser Ziel ist, dass die NRW-
964 Kulturszene nach der Corona-Krise wieder als Nährboden unserer offenen und
965 vielfältigen Gesellschaft auflebt. Künstler*innen, Bühnentechniker*innen, Bühnen
966 und Kulturvereine brauchen dafür finanzielle Sicherheit. Bis die Auswirkungen
967 der Pandemie abklingen, setzen wir weiterhin auf spezielle Förderungen. Für eine
968 bessere und verlässliche Kulturförderung stärken wir außerdem die Finanzen der
969 Städte, Gemeinden und Kreise. Denn sie sind wichtige Geldgeber für die Kultur
970 vor Ort. Mittelfristig entwickeln wir die Förderlandschaft des Landes weiter und
971 machen sie krisenfest. Dafür untersuchen wir die Förderstrukturen und beziehen
972 vor allem die Erfahrungen der Corona-Krise mit ein. Wir achten besonders darauf,
973 dass die Verwaltungen von Bund, Land und Kommunen in der Kulturförderung besser

974 zusammenarbeiten und Kreativität nicht im Bestimmungs-und
975 Zuständigkeitswirrwarrverpufft.

976 Kulturschaffende und Künstler*innen besser absichern
977 Wenn wir eine freie und vielfältige Kultur wollen, müssen wir auch die
978 Bedingungen dafür schaffen, dass Menschen kreativ werden können. Viele Kultur-
979 und Medienschaffende arbeiten mit großem Engagement unter prekären Bedingungen,
980 verdienen wenig oder unregelmäßig und sind nicht ausreichend für das Alter
981 abgesichert. Die Kunstförderung darf deshalb nicht allein am Output orientiert
982 sein, sondern muss auch die soziale Sicherung der Künstler*innen zum Ziel haben.
983 Von Seiten des Landes NRW werden wir bis zum Ende der Pandemie die
984 Stipendienprogramme fortsetzen und dann evaluieren, welche Elemente zu einer
985 dauerhaften Kulturförderung gehören können. Über eine Gagenuntergrenze für
986 öffentliche Theater für Solo-Selbstständige auf und hinter der Bühne verbessern
987 wir außerdem die Arbeitsbedingungen von Künstler*innen.

988 Mehr Raum für Kultur
989 Kultur braucht Platz! Sie gedeiht in Erfahrungs-und Freiräumen – und zwar am
990 besten mitten unter uns, dort wo die Menschen leben und arbeiten. Wir schützen
991 und schaffen Kulturräume in ganz NRW und machen unsere Städte und Dörfer damit
992 lebenswerter. Wir unterstützen Kommunen, die eine kulturelle Zwischennutzung
993 leerstehender Gebäude ermöglichen wollen, etwa durch die Übernahme von
994 Versicherungen. Auch Landesgebäude und freistehende Flächen des Landes eignen
995 sich für solche kulturellen Projekte oder Zwischennutzungen. Dafür machen wir
996 den Weg frei. Wir passen die Anforderungen zum Lärmschutz so an, dass zwischen
997 dem berechtigten Ruheinteresse von Anwohner*innen und den Anforderungen an
998 lebendige Kulturräume ein fairer Ausgleich stattfindet. Dass Clubs erstmals auch
999 rechtlich als kulturelle Orte anerkannt sind, begrüßen wir sehr und werden in
1000 NRW dafür sorgen, dass dies rechtlich entsprechend umgesetzt wird und Clubs vor
1001 Verdrängung geschützt werden.

1002 Kultur ist für alle da – Zugang zu Kultur erleichtern
1003 Kunst und Kultur unterstützen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung. Wer
1004 früh und möglichst intensiv die eigene Kreativität entwickeln kann, wird sich
1005 sozial, kulturell und menschlich auch später im Leben deutlich besser
1006 zurechtfinden. Kunst und Kultur sensibilisieren auch für die Umwelt und das
1007 menschliche Miteinander über alle Grenzen hinweg. Deshalb wollen wir Grüne in
1008 NRW gut begonnene Projekte wie „Kultur und Schule“, „Kulturrucksack NRW“ oder
1009 auch „JeKits – Jedem Kind Instrumente, Tanzen, Singen“ klug und modern
1010 weiterentwickeln. Wir wollen die musischen Fächer in den Schulen wieder stärken,
1011 Theater-, Museums- und Konzertbesuch sollten künftig auch zum schulischen Kanon
1012 kultureller Bildung gehören. Dabei sollen auch grundsätzliche Überlegungen wie
1013 ein „KulturTicket-NRW“ oder vor Ort der „freie Eintritt für Schulklassen“ sowie
1014 insgesamt eine weitreichende sozialverträgliche Teilhabe an Kultur und Kunst in
1015 NRW künftig eine noch wesentlich größere Rolle spielen. Hier wollen wir
1016 entsprechende Modellprojekte vorantreiben. Auch Kooperationsmodelle zwischen
1017 Freier Szene und öffentlichen Kultureinrichtungen sollen verstärkt gefördert
1018 werden.

1019 Den Kunstbetrieb vielfältiger und ökologischer machen
1020 Gesellschaftliche Vielfalt ist ein kultureller Schatz. Das sollte sich auch in
1021 den Kultureinrichtungen Nordrhein-Westfalens widerspiegeln. Vielfalt wird mit
1022 uns Programm – und zwar besonders dort, wo das Land und die Kommunen die Kultur

1023 finanziell fördern. Öffentlich geförderte Einrichtungen werden wir unterstützen,
1024 die gesellschaftliche Vielfalt und Barrierefreiheit stärker zu berücksichtigen
1025 – etwa im Programm, bei der Besetzung von Künstler*innen oder Leitungspositionen
1026 oder Jurys. Bei der Besetzung von Intendanten müssen endlich Frauen stärker zum
1027 Zuge kommen. Neue Leitungs- und Organisationsformen als Alternative zum
1028 überkommenen, stark hierarchischen Intendanten-Modell, sollen nicht die Ausnahme,
1029 sondern die Regel werden.

1030 Kunst und Kultur spielen eine wichtige Rolle bei der Bewältigung der Klimakrise.
1031 Zum einen können sie selbst ihren ökologischen Fußabdruck verkleinern, zum
1032 anderen wichtige Impulse für eine nachhaltige Transformation unserer
1033 Gesellschaft geben. Immer mehr Initiativen, Festivals, Filmproduzierende und
1034 Spielstätten versuchen mit großem Einsatz, ressourcenschonender zu arbeiten. Wir
1035 unterstützen diese Bemühungen ebenso wie die Einrichtung einer „Green Culture
1036 Desk“-Beratungsstelle und eines „Green-Culture-Fonds“ des Bundes.

1037 Medien-, Film- und Kreativwirtschaft fördern
1038 NRW ist ein Film- und Medienland. Die Branche ist ein eigenständiger, wichtiger
1039 Wirtschaftsfaktor, dessen Innovationskraft auch für andere Branchen immer
1040 bedeutsamer wird. Wir stärken ihn weiter durch Förderung und kluge Vernetzung
1041 mit anderen, auch internationalen Förderzusammenhängen. Auch das „Medienetzwerk
1042 NRW“ soll weiter gestärkt werden. Dabei spielen Ausbildungs- und Förderangebote
1043 wie die „internationale Filmschule Köln“, das „Mediengründerzentrum NRW“ und das
1044 „GamesLab Cologne“ eine zentrale Rolle. Ebenfalls unterstützen wir nach wie vor
1045 ganz besonders die erfolgreiche Arbeit der Film- und Medienstiftung NRW. Die
1046 Gründerförderung in Kreativwirtschaft und Kultur wollen wir in Kooperation mit
1047 den Fach- und Kunsthochschulen in NRW weiter ausbauen und zusätzlich auch eine
1048 effektive Popkulturförderung in NRW etablieren.

1049 Erinnerungen bewahren und aus ihnen lernen
1050 Die Verbrechen des Nationalsozialismus prägen uns und unser Land weiter. Wir
1051 alle tragen Verantwortung dafür, die Erinnerung an die Opfer der NS-Zeit wach zu
1052 halten und aus dieser Erinnerung heraus für unsere Demokratie und unsere
1053 gesellschaftlichen Freiheiten einzutreten. Es gibt nur noch sehr wenige
1054 Zeitzeugen, die von ihren Erlebnissen berichten können und längst nicht jede
1055 Familie im Einwanderungsland NRW hat einen biografischen Bezug zur NS-
1056 Geschichte. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Erinnerung für alle
1057 Menschen lebendig und erfahrbar gemacht wird und sichern daher die Arbeit der
1058 Gedenkstätten finanziell weiter ab. Wir sind außerdem offen dafür, neue
1059 Erinnerungsorte zugänglich zu machen und mit entsprechenden Angeboten
1060 auszustatten – auch um an die Opfer des Rechtsextremismus in der
1061 Nachkriegsgeschichte zu erinnern. Rechtspopulistischen und anderen Kräften, die
1062 einen Schlussstrich unter das Gedenken setzen wollen, stellen wir uns
1063 entschieden entgegen.

1064 Sport braucht weiter eine intakte Infrastruktur
1065 Sport ist für den gesellschaftlichen Zusammenhalt wichtig, denn Sport ist gut
1066 für Gesundheit und Wohlbefinden. In den Vereinen, auf Sportplätzen, in Hallen und
1067 Schwimmbädern kommen Menschen verschiedener Herkunft, unterschiedlichsten Alters
1068 und unterschiedlichster Erfahrungen zusammen. Mit seinen vielen ehrenamtlich
1069 Engagierten ist der organisierte Sport wortwörtlich die größte
1070 Bürger*innenbewegung in NRW. Aber auch jenseits der Vereine und Verbände finden
1071 sich Menschen zusammen, um gemeinsam Sport zu treiben und in Bewegung zu
1072 bleiben. Im Sport werden die Werte einer offenen und solidarischen Gesellschaft

1073 gelebt und vermittelt: Fairness, Respekt, Teamgeist und Vielfalt. Und Sport hält
1074 uns fit und fördert unsere Gesundheit. Wir Grüne unterstützen deshalb den Sport
1075 im Land aus voller Überzeugung. Viele Sportstätten werden zurzeit durch das
1076 Programm "Gute Sportstätten 2022" instandgesetzt. Den Erfolg des Programms
1077 werden wir evaluieren und das Programm weiterentwickeln. Wir setzen uns
1078 insbesondere für eine gute Bäderinfrastruktur ein und stärken den
1079 Schwimmunterricht an Schulen und in Vereinen. Unser Ziel ist es, dass jedes Kind
1080 bis zum Ende der Grundschulzeit die Möglichkeit hat, schwimmen zu lernen.
1081 Daneben werden wir Bewegungsmöglichkeiten für Klein und Groß in die Wohnumgebung
1082 integrieren. Sportmöglichkeiten, wie beispielsweise auf dem Grüngürtel in Köln,
1083 erfreuen sich großer Beliebtheit und fördern das Zusammenleben in den
1084 Quartieren.

1085 Sportförderung und Sportgroßveranstaltungen, von denen alle profitieren
1086 Wir Grüne sehen Sportgroßveranstaltungen als integratives und einendes Element
1087 an. Außerdem profitieren sowohl der Leistungs- als auch der Breitensport von
1088 solchen Events. Deshalb sollen sie in Nordrhein-Westfalen unter der Maßgabe von
1089 Nachhaltigkeit und Kostentransparenz und unter Beteiligung der Bürger*innen in
1090 Zukunft begleitet und vorangetrieben werden. Sport und Bewegung leisten wichtige
1091 Beiträge zur gesundheitlichen Prävention. Wir werden den Präventionsgedanken
1092 noch stärker in die Sportförderung integrieren. Prävention und
1093 Gesundheitsförderung sind ein Mehrwert für alle, aber insbesondere auch für
1094 ältere Menschen. Unser Ziel ist es, die Förderung der guten,
1095 eigenverantwortlichen Arbeit des LSB NRW nach „Good-Governance“-Kriterien
1096 transparent und rechtssicher zu gestalten und gleichzeitig die Wünsche von
1097 Sportler*innen ohne Zugehörigkeit zu einem Verein ausgewogen zu berücksichtigen.
1098 Hierfür ist es richtig, sich in einer neu zu schaffenden Landessportkonferenz
1099 mit allen wichtigen Sportakteur*innen an einen Tisch zu setzen. Wir legen mit
1100 einem Sportfördergesetz die Grundlage, dass alle Menschen in NRW die Möglichkeit
1101 haben, entsprechend ihren Wünschen und Fähigkeiten Sport zu treiben.

1102 Dialog im Sport fördern, eSport unterstützen
1103 Wir Grüne werden dem Sport ein verlässlicher Partner darin sein,
1104 Sportveranstaltungen zu dem zu machen, was sie sein sollten: ein Ereignis, an
1105 dem die ganze Gesellschaft teilnehmen kann. Dafür sollen regelmäßige
1106 Dialogformate und Fanhearings die Kommunikation und Kooperation zwischen allen
1107 Beteiligten verbessern. Wir werden unsere Verbündeten gegen Gewalt,
1108 Diskriminierung, Ausgrenzung und Hass im Sport stärken. Wir setzen dabei
1109 ausdrücklich darauf, die organisierte Fanszene als aktiven Teil der
1110 Zivilgesellschaft einzubeziehen. Ebenso gehören die Polizei, die „Zentrale
1111 Informationsstelle Sporteinsätze“, die Ordnungsbehörden, Vereine und Verbände
1112 sowie Fanprojekte und Fanbeauftragte zu den Gesprächspartner*innen. Wir
1113 unterstützen die Gaming-Kultur und insbesondere den eSport finanziell und ideell
1114 stärker. Wir setzen uns dafür ein, dass eSport-Vereine als gemeinnützig
1115 anerkannt werden. Um Austausch und Verständigung zwischen beiden Welten zu
1116 fördern, unterstützen wir gemeinsame Projekte von eSport und klassischem Sport.
1117 Ähnlich wie beispielsweise beim klassischen Fußball die Themen Rassismus und
1118 Vielfalt, machen wir auch beim eSport gesellschaftliche Themen zum Gegenstand
1119 von Förderung und Austausch.

1120 Wir gestalten gemeinsam Europa und die Eine Welt

1121 NRW vernetzt Europa –global denken, lokal handeln

1122 NRW liegt als bevölkerungsreichstes Bundesland im Herzen Europas. Wir sind
1123 überzeugt, dass wir die sozialen und ökologischen Herausforderungen des
1124 Klimawandels nur auf internationaler Ebene bewältigen können. Ganz besonders
1125 zählen wir dabei auf unsere europäischen Partner. Wir gründen eine Europa-
1126 Stiftung, die die europäischen Werte und die unterschiedlichen Facetten einer
1127 lebendigen Demokratie in der schulischen und außerschulischen Bildung fördert.
1128 Damit schaffen wir eine Koordinierungs- und Ansprechstelle für die zahlreichen
1129 dezentralen Angebote in NRW. Indem die Stiftung ebenfalls den europaweiten
1130 Austausch zwischen Kommunen und Regionen stärkt, erneuert sie den europäischen
1131 Zusammenhalt und macht die Errungenschaften der Europäischen Union für die
1132 Bürger*innen vor Ort erlebbar. Wir setzen uns von NRW aus für die Einhaltung der
1133 Menschenrechte und Rechtsstaatsprinzipien innerhalb der EU ein und halten
1134 entschieden gegen antidemokratische Angriffe.

1135 Wir kämpfen weiter für ein echtes Lieferkettengesetz

1136 Viele Jahre haben Grüne im Bundestag und im Europäischen Parlament für ein
1137 Lieferkettengesetz gekämpft, welches Arbeitnehmer*innenrechte und
1138 Umweltstandards auch in Drittländern schützt und deutsche und europäische
1139 Unternehmen für Verstöße ihrer Lieferanten in die Verantwortung nimmt. Das 2021
1140 beschlossene Gesetz ist für uns Grüne eine herbe Enttäuschung. CDU, CSU und SPD
1141 haben ein Gesetz beschlossen, das zwar eine Lieferantenhaftung vorsieht, die
1142 Ausnahmen aber zur Regel macht. Maßgebliche Teile der deutschen Unternehmen
1143 werden vom Gesetz nicht erfasst. Bis es ein echtes Lieferkettengesetz gibt,
1144 werden wir vorangehen und die öffentliche Beschaffung in NRW durch ein neues
1145 Tariftreue- und Vergabegesetz nach nachhaltigen und sozialen Kriterien
1146 ausrichten.

1147 NRW arbeitet für eine nachhaltige Entwicklung in der EU und global

1148 Die Umsetzung der Agenda 2030 und der Klimaziele gehen zu langsam voran. Wir
1149 setzen die Ziele im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie NRW um, indem wir die UN-
1150 Nachhaltigkeitsziele als festen Bestandteil in allen Landesressorts etablieren
1151 und auch die Kommunen dahingehend unterstützen. Außerdem führen wir einen
1152 verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck ein, um bei Gesetzentwürfen und bei der
1153 Vergabe öffentlicher Aufträge zu prüfen, ob soziale und ökologische Standards
1154 eingehalten werden. Der Europäische Grüne Deal stellt für uns einen klaren
1155 Handlungsauftrag dar, bis 2040 klimaneutral zu sein. Wir wollen in NRW
1156 vorangehen und uns dieser Verantwortung stellen. Unser Ziel muss sein, unseren
1157 Kindern einen Planeten zu hinterlassen, der lebenswert ist.
1158 Neben fairer Entlohnung und Arbeitssicherheit ist die Kreislaufwirtschaft ein
1159 wichtiger Baustein. Um die begrenzten Ressourcen der Erde zu schonen und Energie
1160 einzusparen, müssen so viele Produktionsverfahren wie möglich im Kreislauf
1161 geführt werden. Hierfür brauchen wir beispielsweise nachhaltiges Produktdesign
1162 und mehr recyclingfähige Rohstoffe. Die dafür nötigen Maßnahmen möchten wir
1163 gemeinsam mit Branchenvertreter*innen, Verbänden, Gewerkschaften und der
1164 Zivilgesellschaft umsetzen. Das Land muss hier als Partner auftreten und die
1165 Industrie bei dieser Aufgabe finanziell unterstützen. Branchenverträge können
1166 dafür den geeigneten Rahmen bilden.

1167 Zivilgesellschaft für die Eine Welt stärken

1168 Viele Menschen engagieren sich in unserem Bundesland ehrenamtlich für den
1169 globalen Süden. Sie bauen gemeinsam mit ihren Partner*innen dort Projekte auf.
1170 Immer mehr Verbraucher*innen kaufen fair gehandelte Produkte und sie alle
1171 leisten damit einen ganz persönlichen Beitrag. Diese zivilgesellschaftlichen
1172 Aktivitäten wollen wir unterstützen durch den Ausbau des „Eine Welt Netzes“ als
1173 Dachverband developmentspolitischer Vereine und engagierter Personen in NRW
1174 sowie durch verstärkte Kampagnen für „Fairen Handel“. In unserem Land existiert
1175 eine gute Struktur von Angeboten zur Nachhaltigkeitsbildung. Diese bestehenden
1176 Strukturen wie die Stiftung „Umwelt und Entwicklung NRW“ und das Programm
1177 „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“ wollen wir ausbauen, um
1178 mehr Menschen damit zu erreichen. Auch die internationale Zusammenarbeit mit den
1179 beiden NRW-Partnerländern Südafrika und Ghana wollen wir intensivieren. Wir fördern
1180 globale Partnerschaften von Vereinen, Verbänden, Kommunen, Wissenschaft und
1181 Betrieben aus NRW. Einen wichtigen Aspekt bilden hierbei die beiderseitige
1182 Austausch und Kooperationsprojekte von Studierenden, Schüler*innen und
1183 Auszubildenden.

1184 Städtepartnerschaften für Nachhaltigkeit

1185 Viele unserer Städte und Gemeinden haben enge Beziehungen mit ihren
1186 Partnerregionen überall auf der Welt und führen gemeinsam Projekte aus, auch in
1187 der kommunalen Entwicklungspolitik. Wir wollen deshalb gemeinsam mit unseren
1188 Kommunen ein Konzept entwickeln, um die Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele,
1189 Menschenrechte und Fairen Handel zu zentralen Aspekten bestehender und
1190 zukünftiger Städtepartnerschaften macht.
1191 Auch ist Nordrhein-Westfalen Mitglied der internationalen „Under-2-Coalition“,
1192 die mit regionalen Maßnahmen die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius
1193 begrenzen will. Kommunale Klimapartnerschaften sollen dabei eine tragende Rolle
1194 spielen, um auf kommunaler Ebene einen Beitrag zu den globalen Herausforderungen
1195 zu leisten. Denn es sind maßgeblich unsere Städte und Gemeinden, die europäische
1196 und internationale Vereinbarungen umsetzen und mit Leben füllen.
1197 Klimapartnerschaften helfen ihnen dabei, sich untereinander zu vernetzen,
1198 Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Projekte umzusetzen. Damit die Kommunen
1199 Ansprechpartner*innen haben, wenn sie eine Klimapartnerschaft aufbauen wollen,
1200 schaffen wir eine Koordinierungs- und Beratungsstelle auf Landesebene, die sie
1201 bei ihrem Vorhaben unterstützt und begleitet. Außerdem stellen wir Finanzmittel
1202 für kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Gemeindefinanzierungsgesetz zur
1203 Verfügung.

1204 NRW als Standort für Internationales verankern

1205 NRW ist mit seiner Bundesstadt Bonn ein wichtiges Zentrum für internationale und
1206 Eine-Welt-Politik. Allein die UN sind hier mit 20 Einrichtungen vertreten, hinzu
1207 kommen noch über 150 weitere internationale Institutionen, Vereine und
1208 Hilfswerke der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Bonn ist
1209 ebenfalls Standort des „Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit
1210 und Entwicklung“, des „Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik“, der
1211 „Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit“ oder dem „Bonn International
1212 Center for Conversion“. Mit dieser breiten Struktur aus Wissenschaft,
1213 internationalen Organisationen und NGOs soll das Land NRW Vorreiter in der
1214 Entwicklungszusammenarbeit sein. Wir wollen NRW als wichtigen Stand- und
1215 Konferenzort für Menschenrechte und Friedensbildung, Nachhaltigkeitsstrategien,
1216 und Demokratisierungsprozesse etablieren.

1217 NRW: Hafen für Menschenrechte und Teil der Einen Welt
1218 Wir leben in einem funktionierenden Rechtsstaat, dessen Aufgabe es ist, die
1219 Rechte seiner Bürger*innen zu schützen. Was für uns so selbstverständlich
1220 klingt, ist es für viele Journalistinnen, Abgeordnete, Wissenschaftlerinnen und
1221 Menschenrechtsverteidiger*innen, Frauen, LBTTIQ, Menschen mit Behinderung,
1222 Angehörige von Minderheiten in vielen Ländern dieser Erde nicht. Sie werden von
1223 Unrechtsregimen als Regimegegnerinnen und -gegner angesehen und wegen ihrer
1224 Arbeit oder lediglich aufgrund ihres Glaubens, ihres Aussehens oder ihrer
1225 Orientierung im eigenen Staat unterdrückt, bekämpft, verfolgt.
1226 Wir wollen diesen Menschen in NRW einen sicheren Hafen bieten, in dem sie ihre
1227 Arbeit fortsetzen können und vor Repressalien geschützt sind. Im Bundestag
1228 verabschiedeten Abgeordnete bereits 2003 das Programm „Parlamentarier schützen
1229 Parlamentarier“; aus dem schon 100 Patenschaften hervorgegangen sind. Die
1230 Abgeordneten nutzen dabei ihr Netzwerk, um bedrohte Parlamentarierinnen und
1231 andere Menschenrechtsaktivisten aufzunehmen. Ein solches Programm wollen wir
1232 auch für NRW schaffen und die bisherigen Erfolge in der Verteidigung von
1233 Menschenrechten weiter nach vorne zu bringen.